BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 1 **Köln, 2. Januar 1961** **DM 2,—**
Sechster Jahrgang - Postverlagsort Köln - G 1800 E

Inhalt:

- *Manfred Pahl-Rugenstein, „Das Ende des Status quo"* S. 1
- *Dr. Hermann Rauschning, „Brief an General d. Art. a. D. Alexander Andrae"* S. 14
- *Prof. D. Helmut Gollwitzer, „Was denkt eigentlich diese unsere Führung?"* S. 22
- *Staatssekretär a. D. Professor Dr. Eduard Brenner, „Monopolpolitik",* S. 30
- *Christel Küpper, „Zum Notdienstgesetzentwurf der Bundesregierung"* S. 33
- *Robert Scheer und Maurice Zeitlin, „Die USA und die Revolution in Kuba"* S. 41
- *Horst Andel, „Zur Lage im Kongo"* S. 56
- *Heinz Abosch, „Jean-Paul Sartre und die Politik"* S. 64
- *P. A. Timberlake, „Die blinde Stelle im neuen Exportdenken Großbritanniens"* S. 70
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 76

Manfred Pahl-Rugenstein

Das Ende des Status quo

Gedanken an der Schwelle des Jahres 1961

Sollen wir schreien?
Sollen wir schaffen?
Saint-John Perse

Was wird das Jahr 1961 dem deutschen Volk und der Welt bringen? Wir können es noch nicht wissen; aber man glaubt allgemein, daß eine Zäsur sich vollziehen wird und Bewegung in das internationale politische Leben kommt. Festzustehen scheint auch, daß die deutschen Probleme einen der Brennpunkte bilden werden. Der hochbetagte Kanzler ließ durch seinen Famulus, Staatssekretär

Eckardt, schon vor einigen Monaten ankündigen: „Das deutsche Volk muß 1961 alle Nerven zusammenhalten". Bundespräsident Lübke schloß sich an: „Es ist nicht gerade sehr bequem in dieser Zeit davon zu sprechen. Denn wir alle wissen ja, daß uns vielleicht im nächsten Jahr schwere Auseinandersetzungen wegen der Erhaltung des Bestehenden bevorstehen" (zur Deutschlandfrage am 30. 11. 1960 im Fernsehen).

Ist aber — so muß man fragen — der bestehende Zustand so begehrenswert, daß man alles daransetzen muß ihn zu verteidigen und zu erhalten? Die Bundesregierung scheint diese Ansicht zu vertreten, und das trotz der Äußerung von Dr. Adenauer in seiner Weihnachtsansprache: „Die außenpolitischen Wolken in dem zu Ende gehenden Jahr 1960 sind noch dunkler und schwärzer geworden. Die Welt ist dem ersehnten Frieden für alle im abgelaufenen Jahr kaum näher gekommen. Wenn wir an die Zukunft denken, so müssen wir uns ehrlich gestehen, daß sie recht dunkel vor uns liegt". Das Rezept der Bundesregierung, Licht in diese Dunkelheit zu bringen, verriet der Bundesminister des Auswärtigen, als er im deutschen Fernsehen über die Ministerratstagung der Nato in Paris sprach, folgendermaßen: „Ich hoffe, daß es möglich sein wird, die militärischen und politischen Gespräche so zu beschleunigen, daß wir in der nächsten Ministerratssitzung der Nato, die in Oslo in den ersten Tagen des Mai des nächsten Jahres stattfinden wird, um bei dieser nächsten Tagung bereits die fälligen, ja überfälligen Entscheidungen zu treffen. Dann, glaube ich, haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß das Gespräch — wir wünschen ein solches Gespräch — daß die Verhandlungen mit der Sowjetunion wieder aufgenommen werden können, aufgenommen werden können auf der Grundlage einer starken Verteidigungskraft, und das ist die beste Voraussetzung für ein fruchtbares Gespräch". (Nach dem Wortlaut im Bulletin v. 21. 12. 60). Gemeinsam vertraten von Brentano, Minister Strauß und General Heusinger in Paris dieses Verlangen nach der „Position der Stärke". Strauß stellte in seiner Rede fest, daß die furchtbare Wirkung der Atomwaffen ohne Grenzen gesteigert werden und jede Entfernung überwinden könne, und er bestätigte, daß beide Hälften der Welt sowohl die atomaren Supervernichtungsmittel, als auch die notwendigen Raketen dazu besitzen. Wörtlich sagte er dann: „Das erfordert keine radikale Änderung unserer Strategie, aber eine Anpassung. Und damit ist für die Vereinigten Staaten von Amerika zum erstenmal seit etwa 150 Jahren nicht nur die drohende Wahrscheinlichkeit, sondern die Sicherheit eingetreten, daß das eigene Land der Einwirkung feindlicher Kräfte ausgesetzt ist, und zwar in einem katastrophalen Ausmaß. Der größte und stärkste Verbündete ist nicht mehr außerhalb der Reichweite feindlicher Waffen, die mittleren und kleineren Verbündeten hängen in ihrer gesamten Existenz von dem stärksten Verbündeten ab". Im Augenblick solcher militärischer Gegebenheiten tritt nun das ein, was das Bulletin der Bundesregierung am 22. 12. als „das wohl bedeutendste Ereignis dieser Ministertagung vom 16. bis 18. Dezember in Paris" bezeichnet: das amerikanische Angebot, den europäischen Nato-Mächten bis 1963 fünf atomgetriebene amerikanische Unterseeboote und achtzig Polaris-Raketen zur Verfügung zu stellen. Die Amerikaner erläutern dieses Angebot: 1. Die Ausarbeitung eines multilateralen Konzepts für Eigentum, Finanzierung und Verfügungsgewalt über nukleare Waffen in der Nato ist notwendig; 2. bis 1963 sollen fünf mit Atomkraft betriebene Unterseeboote mit je sechzehn Polaris-Raketen der Nato leihweise überlassen werden; 3. man ist bereit, nach 1964 dem Ankauf von hundert Mittelstreckenraketen durch die Nato zuzustimmen.

„Wir müssen", sagte Minister Strauß laut Bulletin nach der Tagung, „den USA für das neue, in die Zukunft weisende Angebot, daß sie dem Bündnis gemacht haben, außerordentlich dankbar sein". Herr Strauß wußte dabei, daß die amerikanische Delegation in Paris zwar diskutieren konnte, jedoch „Angebote" gar nicht machen konnte, da nach der amerikanischen Verfassung der neue Präsident Kennedy in seiner Entscheidungsfreiheit nicht eingeengt werden darf, und zweitens die geltenden amerikanischen Gesetze die Hergabe von Atomwaffen verbieten. Hierzu hatte der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses im amerikanischen Senat, der demokratische Senator Fulbright, am 24. November 1960 bereits erklärt: „Die amerikanische Gesetzgebung verbietet in jedem Falle die Überlassung von Kernwaffen an fremde Mächte, also auch an ein Bündnissystem". Er bezweifelte zudem, daß eine kollektive Entscheidungsgewalt von fünfzehn Nato-Staaten über Atomwaffeneinsatz im Ernstfall praktikabel sei. Die Delegierten in Paris wußten, daß bindende Beschlüsse erst nach dem Präsidentenwechsel in den USA gefaßt werden können; so konnte auch das in Eisenhowers Botschaft ausgesprochene Drängen nach einer Nato-Planung auf lange Sicht nur „mit Dankbarkeit und Befriedigung" aufgenommen werden. In der amerikanischen Nato-Delegation, geführt von Außenminister Herter, Finanzminister Anderson, Verteidigungsminister Gates und Generalstabschef Lemnitzer befand sich bezeichnenderweise kein Vertrauensmann des künftigen USA-Präsidenten.

Außenminister Herter bezeichnete in Paris die Berlin-Frage als „das drohendste und unmittelbarste Problem"; zugleich befürwortete er die Nato-Atombewaffnung. Das heißt nichts anderes, als daß die USA wünschen, sich selbst aus der totalen Sicherheitsgarantie für jeden Zwischenfall in Europa zu entlassen und eine örtliche „Feuerwehr" vorzuschalten. Allzu laut ist inzwischen das Raunen darüber geworden, daß die USA wegen Berlin keinen Selbstmord zu begehen wünschen. Auf der Nato-Tagung wurde deshalb das Verlangen nach handfester Vermehrung der konventionellen Nato-Truppen ebenfalls ausführlich beraten. Man muß offen aussprechen, daß diesem ganzen unklaren und unausgegorenen Komplex von Überlegungen das eine zugrunde liegt: die uneingestandene Tatsache, daß die Sicherheit in Europa, in Berlin und in der Welt heute durch Waffen und Rüstungen nicht mehr gewährleistet werden kann, daß der Frieden nicht durch weitere Aufrüstung zu erhalten ist, sondern allein durch Machtbegrenzung und politische Lösungen. Der britische Außenminister Lord Home war es denn auch, der zur Berlin-Frage äußerte: „Wir müssen für das einstehen, was wir für richtig halten, so daß die Welt unseren Standpunkt kennt. Der Westen muß aber gleichzeitig zu Verhandlungen bereit sein, die allerdings sorgfältiger Vorbereitung bedürfen". Das Tagungskommuniqué bekräftigt diesen Gedanken in der Erklärung, „alle Streitfragen prinzipiell auf friedlichem Wege zu regeln, ohne zu Gewalt und Drohung Zuflucht zu nehmen".

Gegen die Atomwaffenpläne der Nato gibt es grundsätzliche Einwände aus den eigenen Reihen. Im Namen Norwegens meldete Finn Moe seine Bedenken an. Von der dänischen Regierung wurde bekannt, daß sie mit voraussichtlich großer Parlaments-Unterstützung ihr Veto gegen eine derartige Umwandlung einlegen würde. London verlangt zuvor Klarheit über das Problem der Kontrolle der Atomwaffen, ehe es seine Entscheidung treffen könne. Frankreich hat durch die Auslösung seiner dritten Atomexplosion, der „Roten Springmaus", die der Weiterentwicklung einer taktischen Atombombe und zugleich der Entwicklung eines Wasserstoffbombenzünders diente, auf eigene Art ein Veto gegeben.

Seit die Nato besteht, wird sie „aufgebaut", und die bisherige Anhäufung von Natowaffen hat nicht dazu beigetragen, die Lösung der politischen Weltprobleme nach 1945 zu erleichtern. Man kann im Gegenteil feststellen, daß die Forcierung der Nato-Rüstungen und das Gegenbild des Waffenarsenals des Warschauer Paktes den Vorschlägen von Kennan, Gaitskell und Rapacki zur Entspannung und Rüstungsbegrenzung in Mitteleuropa im Wege gestanden haben und damit wesentlich dazu beigetragen haben, die deutschen Probleme in die jetzige gefährliche Sackgasse zu führen. Es sei an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß der Artikel 12 des Natovertrages Westdeutschland die legale Möglichkeit gibt, mit den übrigen Vertragspartnern Beratungen abzuhalten, um auf Grund der jetzigen Entwicklung Deutschlands Stellung in Europa zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit in eine neue Position zu bringen. Dieses Begehren ist „nach zehnjähriger Geltungsdauer des Vertrages oder zu jedem späteren Zeitpunkt auf Verlangen eines der Vertragspartner" möglich, „um den Vertrag unter Berücksichtigung der Umstände zu überprüfen, die dann den Frieden und die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets berühren".

Deutschlands Lage zwischen den beiden Weltblöcken ist eine der risikoreichsten in der Welt. Niemand in Deutschland darf erwarten, daß andere Völker, wie befreundet sie auch immer sein mögen, für uns die deutschen Probleme besser, aufrichtiger, realer und selbstloser durchdenken und anpacken werden, als wir es in eigener Sache tun können und zu tun haben. Das Zeitalter der „totalen Abschreckung" geht seinem Ende entgegen; einerseits weil technisch und finanziell die Probleme nicht mehr lückenlos zu meistern sind — die Konstruktion einer sicher funktionierenden Anti-Rakete würde z. B. das Gleichgewicht mit einem Schlage zerstören —, weil andererseits die fehlenden Übereinkommen über Rüstungskontrolle und Atomversuchsstop wesentliche Unsicherheitsmomente erzeugen und dem Hervortreten neuer Atommächte und damit einem „Atomchaos" Tür und Tor öffnen. Das Bemühen, Konflikte „örtlich" zu begrenzen, d. h. den „großen" totalen Atomkrieg zu vermeiden, bedeutet für Deutschland, daß jede uns betreffende kriegerische Verwicklung, welcher „Stufe" auch immer, für unser Volk die totale Katastrophe, das Ende ist. Das Verlangen der Bundeswehr nach Versorgungsbasen, Flugplätzen und anderen militärischen Einrichtungen im europäischen Hinterland, in England und bis nach Spanien, zeigt jedem Bundesbürger deutlich, wie „der Schutz der Heimat und unseres Lebens" im Konfliktfall aussieht, von wo aus „verteidigt" werden kann. Man kennt das Wort des Bundesverteidigungsministers, daß „der Krieg nie stattfinden darf". Während man im Pentagon überlegt, ob man im „großen Atomwaffeneinsatz" die Städte des Gegners aussparen und man nur „militärische" Ziele anpeilen soll, um so statt beiderseitigen sofortigen Selbstmordes zu der Möglichkeit zu gelangen, in einem länger dauernden Krieg in der Endphase mit konventionellen Truppen Sieg und Gewinn davon zu tragen, zugleich den Gegner zu veranlassen, die eigenen Städte zu schonen, wissen alle Verantwortlichen und Eingeweihten in der Welt sehr deutlich, daß „Stärke" heute keine Trumpfkarte ist, die man auf Gipfelkonferenzen, in der UN oder bei anderen offiziellen Verhandlungen ziehen kann. Diese Karte sticht nicht mehr.

In Westdeutschland sieht man an der Schwelle des neuen Jahres sehr wohl, daß die deutschen Fragen in den nächsten Monaten die internationalen Gremien entscheidend beschäftigen werden. Was man anscheinend nicht sieht ist, daß eine neue „Position der Stärke" keine Verhandlungsbasis ist. Über drei

Regierungsperioden hinweg sind die Ankündigungen aus Bonn, die Wiedervereinigung, die Lösung des Berlin-Problems und manches andere Anliegen zu erreichen „wenn wir erst stark genug sind", bisher nicht nur erfolglos geblieben, sondern haben wesentlich zu einer Verhärtung der politischen Spannungen auf internationaler Ebene beigetragen. Es sieht allerdings für die nächste Zukunft nicht danach aus, als ob es dem Bundeskanzler nochmals gelingen wird, den stürmischen Zeiten nicht nur seine unbewegliche Miene, sondern auch abermals seine unbewegliche Politik entgegenzusetzen. Unter dem Präsidenten Kennedy wird der deutsche Bundeskanzler nicht mehr die Rolle des „Außenministers der USA" spielen können, wie amerikanische Politiker seine Einflußnahme genannt haben.

In den USA wird in den kommenden Jahren, das steht schon heute fest, ein neuer Wind wehen. Bei der tiefgehenden Verzahnung der Weltprobleme darf man allerdings nicht erwarten, daß ein sofortiger Strukturwandel sich abzeichnet. Der Beginn der neuen amerikanischen Präsidentschaft steht zudem im Zeichen innerer Schwierigkeiten in den USA. Die starke Rüstungsbelastung und die „Auslandshilfe" haben die Währungs-Kontinuität der USA in Gefahr gebracht. Die erfolglose Mission von Anderson und Dillon Ende November in Bonn haben dies der deutschen Öffentlichkeit deutlich gemacht. In ihr trafen zwei amerikanische Gesichtspunkte aufeinander. Einmal war es das Verlangen, die Rüstungsausgaben zu senken und höhere Rüstungszahlungen von der Bundesrepublik getragen zu sehen; zum anderen wollte man auf dem Weltmarkt eine bessere Position für die amerikanische Wirtschaft erringen und trug daher das Verlangen nach Kapitalexport in die Entwicklungsländer an die Bundesrepublik heran. Die amerikanische Stahlindustrie hatte 1960 den niedrigsten Produktionsstand seit 1945; mit weniger als 1,2 Millionen Tonnen wöchentlich wurde die Kapazität nur zu etwas mehr als 40 % ausgenutzt. Man erwartet, daß Ende Januar 5½ Millionen Arbeitslose in den USA vorhanden sind. Kennedy wird reichlich zu tun haben, sich mit der Rezession der Wirtschaft herumzuschlagen. Hinzu kommen für ihn Probleme des Aufbaues der sozialen Leistungen in den USA. Wirtschaftsexperten glauben mit Sicherheit daran, daß die amerikanische Wirtschaftskrise sich dieses Mal auch in Westdeutschland fühlbar bemerkbar machen wird. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß die Umstellung des sowjetischen Rubels nicht nur für den russischen Innenmarkt eine psychologische Stärkung bedeutet, sondern — das ergibt sich aus der Neufestsetzung der Goldparität — eine Verbilligung sowjetischer Erzeugnisse auf dem Weltmarkt darstellt. Während die Kaufkraft auf dem Binnenmarkt der Sowjetunion auf das Zehnfache steigt (auf das Preisgefüge ohne Wirkung, da die Preise gleichzeitig auf ein Zehntel der bisherigen gesenkt werden), steigt der Goldwert des neuen Rubels nun auf das Viereinhalbfache. „Die bevorstehende sowjetische Geldreform", schreibt die Frankfurter Rundschau am 27. 12. 60, „macht im Gegenteil den Rubel stabiler und somit wertvoller, wertet ihn jedoch trotzdem ab. Das ist ein beachtliches wirtschaftspolitisches Kunststück". Gerade auf den großen Märkten in Afrika und Asien wird sich das auf den Wettbewerb mit den USA auswirken.

In der Außenpolitik der USA werden sehr wahrscheinlich nicht nur neue Inhalte sondern wahrscheinlich auch neue Methoden hervortreten. Anfang Dezember erregte bereits die Feststellung von Acheson Aufsehen, die USA müßten unter der neuen Präsidentschaft die Beziehungen zu Formosa neu regeln, sich von Quemoy und Matsu zurückziehen, auf eine Teilmobilisierung der Armee

auf Formosa hinwirken, schließlich mit der Aufnahme von Peking in die UN einverstanden sein. Zur Nato erklärte Acheson, „de Gaulle habe sich praktisch von der Nato zurückgezogen, Adenauer verhandele auf eigene Faust mit den Sowjets und Macmillan sei das Opfer einer in sich gespaltenen Nation". Kennedys neuer Außenminister, Dean Rusk, hat in der Aprilnummer der amerikanischen Zeitschrift Foreign Affairs bekundet, daß er Gipfelkonferenzen ablehnend gegenübersteht. Er tritt für Verhandlungen ad referendum ein und glaubt: „Ein Präsident in Washington in direktem Kontakt mit den Ressortchefs, den Führern des Kongresses und der Partei könnte vielleicht viel schneller und zuversichtlicher handeln, als wenn er selbst am Verhandlungstisch säße". Rusk richtete dann an Chrustschow die Frage, ob ihm nicht für Verhandlungen auf Ministerebene oder für nachgeordnete Instanzen entsprechend ranghohe Politiker zur Verfügung ständen. Man darf annehmen, daß die amerikanische Politik zumindest versuchen wird, vor einem Gipfeltreffen innerhalb oder außerhalb der UN Kontakte, Fühlungnahmen und Gespräche auf ministerieller oder diplomatischer Ebene zu führen. Dies dürfte sich vor allem auch auf die Abrüstungsbemühungen erstrecken. In die gleiche Richtung weisen die Absichten Macmillans, 1961 auf Reisen bis nach Peking in informativen Gesprächen mit führenden Staatsmännern Möglichkeiten der Befriedung und für Übereinkommen zu erkunden. Durch die Ernennung des 53jährigen Deutsch-Amerikaners Paul Nitze zum Staatssekretär für internationale Angelegenheiten des amerikanischen Verteidigungsministeriums hat Kennedy eine Personal-Union in der Verantwortlichkeit für die Rüstung und die Abrüstung geschaffen. Kennedy sagte zu dieser Ernennung, indem er die großen diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Erfahrungen des neuen Staatssekretärs betonte, Nitze werde eine Schlüsselstellung bei der Ausarbeitung der neuen Abrüstungspläne einnehmen, ein Amt innehaben, dessen Bedeutung er nicht genug hervorheben könne. Seine Regierung werde sich intensiv mit dem Abrüstungsproblem befassen und Nitze werde für die Zusammenarbeit zwischen dem Verteidigungsministerium und dem nationalen Sicherheitsrat und für die Zusammenarbeit zwischen dem Verteidigungs- und dem Außenministerium in Abrüstungsfragen verantwortlich sein. Eine solche Personal-Union sei der einzige Weg, die widerstrebenden Interessen auf einen Nenner zu bringen und eine widerspruchslose politische Linie für Abrüstungspläne festlegen zu können. Auch die Ernennung von McNamara zum Verteidigungsminister läßt erkennen, daß Kennedy in der Abrüstung nicht nur strategische Aspekte sieht, sondern die politische Seite der Probleme hervorheben will. Mit dieser Wahl bezieht Kennedy eindeutig Stellung gegen eine Vorherrschaft des Pentagons; McNamara selbst, Mitglied der Republikanischen Partei, bezeichnet sich als unabhängig und hat kundgetan, daß er die Auseinandersetzung nicht scheut. Kennedy hat ihm von seinem erst kürzlich übernommenen Posten als Präsident der Ford Motor Compagny in sein Kabinett geholt. Sein Eisenhower-Vorgänger stammte von der Konkurrenz, der General Motors. Zusammen mit dem Leiter des Budget-Büros, David E. Bell, hat er den größten Einfluß auf die Verwendung der amerikanischen Etat-Milliarden, von denen er mehr als die Hälfte für sein Ministerium verbrauchen wird. McNamara äußerte, daß im Pentagon bisher Unmassen von Geld verschwendet wurden und das Riesenministerium dringend der organisatorischen Straffung bedarf, wobei die Pläne von Senator Symington beachtenswert seien. All dies deutet darauf hin, daß Kennedy den Primat der Militärpolitik, der sich in der Eisenhower-Ära herausgebildet hat, zurück-

weisen will und in realer Erkenntnis der weltpolitischen Gegebenheiten der politischen Initiative den ersten Platz einräumen will.

Das Jahresende hat Bonn aus den USA noch eine Überraschung besonderer Art gebracht, und man darf annehmen, daß sie im Weißen Haus bei geschlossenen Fenstern zwischen dem jetzigen und dem künftigen Präsidenten vereinbart wurde, nämlich eine Initiative der US-Regierung wegen Berlin durch diplomatische Fühlungnahme mit der Sowjetunion. Der amerikanische Botschafter in Bonn, Walter Dowling, besuchte den Sowjetbotschafter in der DDR, Perwuchin; Botschafter Menschikow verhandelte in Washington mit dem State Department und in den UN konferierte der amerikanische Chefdelegierte Wadsworth mit dem sowjetischen Chefdelegierten Sorin. Aus Washington ist zu hören, daß dabei ein Gentleman-Agreement zustande gekommen ist, in der Berlin-Frage keinen neuen Zündstoff anzuhäufen. Die Bundesregierung in Bonn beeilte sich mitzuteilen, daß sie „unterrichtet" worden sei. Auf den Gang der Verhandlungen über den innerdeutschen Handel sowie auf das Handelsabkommen mit der Sowjetunion wird diese „Unterrichtung" sicherlich nicht ohne Einfluß sein. In der Umgebung Kennedys erblickt man in dieser diplomatischen Fühlungnahme mit der Sowjetunion eine gute Ausgangsposition für eine neue Initiative in der Abrüstung, vor allem in der Frage des Verbotes von Kernwaffenversuchen.

Diese sich abzeichnenden amerikanischen Bemühungen fügen sich gut ein in die von der UN am 21. Dezember von der Vollversammlung verabschiedete Entschließung (mit 68 Stimmen bei 26 Enthaltungen, ohne Gegenstimmen), alle Länder, die noch keine Kernwaffen besitzen, aufzufordern, auch in Zukunft auf deren Produktion zu verzichten, und alle Regierungen zu ersuchen, sich auf eine Verhütung der weiteren Ausbreitung von Atomwaffen zu einigen, sowie der Aufforderung an die Nichtatommächte, keine Kernwaffen zu erwerben. Eine zweite Resolution der Vollversammlung fordert die Genfer Atomkontrollkonferenz auf, sich baldmöglichst um ein Übereinkommen zu bemühen. Man weiß, daß die Militärs in aller Welt darauf drängen, neue Versuche durchzuführen, „um nicht ins Hintertreffen zu geraten"; man weiß, daß auch „zivile" Versuchsprojekte warten (— aber die Trennung zwischen beiden Bereichen ist praktisch nicht existent —); man sollte aber auch wissen, daß die Atomversuche keine „Experimente" im Sinne wissenschaftlicher Versuche sind, sondern in jedem Falle mittelbar oder unmittelbar Menschen an Gesundheit und Leben schädigen oder treffen. In den ersten elf Monaten des Jahres 1960 sind im Krankenhaus von Hiroshima 47 Patienten nachweislich an den Folgen der Atombombe von 1945 gestorben. Tausende leidender Patienten vegetieren noch dahin.

Mit den genannten beiden Resolutionen endete die erste Hälfte der jetzigen Sitzungsperiode der UN-Vollversammlung. Die Besprechungen, die am 20. September mit jener Sitzung unter Teilnahme der führenden Staatsoberhäupter und Minister der Welt begannen, auf der Chrustschow seine weitgehenden Abrüstungsvorschläge unterbreitete, sollen am 7. März 1961 wieder aufgenommen werden. Die Debatten der letzten Wochen in diesem internationalen Gremium offenbarten Hilflosigkeit und Unvermögen, ließen die Zwietracht in der Welt zutagetreten, ohne zu ihrer Überwindung wesentlich beizutragen. Zum ersten Mal in der Geschichte der UN ist diese durch die Kongofrage in den Geruch der Parteilichkeit ihrer Organe geraten, ist die Haltung von Generalsekretär Hammarskjöld Anlaß zu ernsthaften Auseinandersetzungen gewesen. Die Behinderung der rechtmäßig gewählten Regierung Lumumba und des Kongo-

Parlaments in der Ausübung ihrer Tätigkeit durch Verweigerung der Benutzung von Flugplätzen, Funk- und Fernmeldeeinrichtungen kann als objektiver Tatbestand nicht hinwegdiskutiert werden. Die vielgerühmte „Selbstbestimmung" hätte es dem Kongo und seiner Regierung gestatten müssen — und dazu hätte die UN-Organisation jede Hilfe leisten müssen — seine innen- und außenpolitische Haltung mittels der demokratischen Apparate von Parlament und Regierung selbst zu bestimmen. Inzwischen haben sich im Kongo, wohlgemerkt in Anwesenheit der UN-Beauftragten, anarchische Verhältnisse herausgebildet; das internationale Kommitee des Roten Kreuzes in Genf gab in diesen Tagen bekannt, daß allein in der Kasai-Provinz etwa 300 000 Flüchtlinge vom Hungertod bedroht sind, täglich hunderte von ihnen sterben und diese Zahl sich bald vervielfachen wird. Spitäler sind ohne Personal; zu Hunderten und Aberhunderten liegen Männer, Frauen und Kinder an den Straßen, in Hütten und Speichern, ohne Nahrung, fast ohne Wasser. Das ist fürwahr eine schwarze Weihnacht! Das geschieht angesichts von bis zum Bersten mit Nahrungsmitteln, Textilien und Medikamenten gefüllten Militärdepots in Europa und in der Welt. Das geschieht in einem Lande, dem die Natur in überreichem Maße Bodenschätze und günstige Bedingungen für seine Ernährung geschenkt hat. Die Hilflosigkeit der hochgezüchteten weißen Zivilisation gegenüber diesen Zuständen, das Hervorkehren des Ost-West-Streites angesichts solchen menschlichen Elends, spricht ein beschämendes Urteil über unsere heutige Welt. Die weiße Rasse weiß sehr wenig oder will nichts wissen von der Mentalität der schwarzen Menschen, deren Alternative nicht West oder Ost heißt, sondern Schwarz und Weiß. Die Gefahren, die vom Kongo für den Weltfrieden ausgehen, sollte niemand unterschätzen.

Der Kongo ist nicht der einzige Unruheherd des schwarzen Erdteils. Streik, Attentate, Aufstände begleiteten die letzte Algerien-Reise von de Gaulle und führten zu ihrem vorzeitigen Abbruch. Zum 8. Januar hat de Gaulle nun zu einer Volksabstimmung über Algerien aufgerufen, ohne jedoch seinem Referendum eine eindeutige Linie mit auf den Weg zu geben. de Gaulle fordert von der Algerischen Exilregierung Waffenruhe ohne seinerseits Garantien für den künftigen Status in Algerien und die Führung von Verhandlungen zu geben. Sowohl Algerien als auch das französische „Mutterland" sind gespalten, voll Zwietracht und Verwirrung. Dies schließt jedoch nicht aus, daß am 8. Januar das Referendum, das de Gaulle zugleich zu einer persönlichen Prestigefrage für sich und seinen Präsidialstaat, unter Ausschaltung des Palais Bourbon, macht, mit einer Mehrheit für de Gaulle endet. Im französischen Volk ist das Verlangen danach, „diesen schmutzigen Krieg in Nordafrika" endlich zu beenden, sehr stark; andererseits werden die eigentlichen Hintergründe der Formulierung des Referendums nicht durchschaut und über seinen Inhalt herrscht weitgehend Unkenntnis.

Eine vor Weihnachten durchgeführte französische Meinungsumfrage ergab, daß 45% der Befragten die Antwort schuldig blieben, 35% für Ja, 11% für Nein und 9% für Stimmenthaltung waren. 58% standen der Frage, ob das Referendum für die Lösung der Algerien-Probleme einen Fortschritt bedeute, skeptisch oder meinungslos gegenüber. Ein weiteres Zeichen der allgemeinen Direktionslosigkeit ist das klägliche Schauspiel, das die französischen Abgeordnetenkammer der Nation geboten hat, als sie in der Frage der Atombewaffnung der Regierung Debré dreimal das Vertrauen mit einer raffiniert ausgeklügelten winzigen Stimmenmehrheit aussprach. Eine Annahme des Mißtrauensvotums hätte die Auflösung der Kammer herbeigeführt, die Abgeordneten selbst brotlos gemacht; und bei dem herrschenden Parteienwirrwarr hätte kein Deputierter dessen sicher sein können, daß er aufs neue seinen politischen Beruf ausüben

werde und in den Genuß der Diäten gelangen würde. Trotz romanisch-heftiger Debatten erwies sich das Parlament als steril, unentschlossen und ohne Fähigkeit zur Entwicklung eigener Alternativen. Die neue, dritte Atomexplosion in der Sahara aber hat für Frankreich, und nicht nur für Frankreich, nicht allein militärische Bedeutung, sondern wird das politische Klima in Afrika und in den übrigen Entwicklungsländern weitgehend beeinflussen, und dies nicht nach der Schönwetterseite. Sie kann zudem, denkt man an die französische Mitarbeit bei der Einrichtung des Atomreaktors in Israel, unter Umständen dazu beitragen, die Atombewaffnung weiterer Mächte außer Kontrolle zu bringen. Als eine Macht, die den soeben zitierten UN-Beschluß über Kernwaffen kraß mißachtet, die ihre militärischen Interessen in Algerien rücksichtslos voranstellt, auch eingegangenen Verpflichtungen gegenüber, und das Recht auf Freiheit der Meere bricht, hat Frankreich der Zusammenarbeit der Völker und ihrem Vertrauen zueinander einen schlechten Dienst erwiesen.

Die Kongo-Krise hat in diesen Wochen auch Belgien in ein gefährliches Chaos gestürzt. Streik und Unruheakte haben Verkehr und Arbeitsleben weitgehend lahmgelegt. Lebenswichtige Betriebe können nur mit Notdienst und unter Einsatz des Militärs betrieben werden. Ausgelöst wurden die Ereignisse durch das „Spar-Programm" der Regierung Eyskens, die, bereits verantwortlich für die Kongo-Entwicklung, nun das daraus resultierende finanzielle Defizit dem kleinen Mann in Form von Millionen-Belastungen durch neue indirekte Steuern aufbürden und erhebliche Einsparungen auf sozialem Gebiet durchführen wollte. Selbst in den Reihen der christlichen Gewerkschaften Belgiens, etwa 50 % der organisierten Arbeitnehmer, die sich dem Streik versagen, da die Folgen und finanziellen Kosten eines Chaos eben wieder von der Bevölkerung zu tragen wären, besteht keine Fürsprache für eine Politik, die den politischen Forderungen des überwiegenden Teiles der Bürger nicht entspricht. Über die Auswirkungen der belgischen Ereignisse, die der Prunk-Hochzeit des Königs auf dem Fuße folgen, kann im Augenblick der Niederschrift dieser Zeilen noch nichts gesagt werden.

Vor dem Obersten Sowjet hat sich am Jahresende der sowjetische Außenminister Gromyko zur Haltung seines Landes gegenüber der neuen USA-Regierung und gegenüber Bonn geäußert. Er befürwortete eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, wobei er bedauerte, daß „die westdeutsche Seite fortwährend den Boden der Vernunft verlasse". Als Beispiel nannte er die Vorgänge am Tage der vorgesehenen und dann nicht zustandegekommenen Unterzeichnung des Handelsabkommens. Bekanntlich hatte von Brentano unmittelbar vor der Unterzeichnung in einem Brief gefordert, daß die Sowjetunion den Status von Westberlin und seine Einbeziehung in den Wirtschaftsraum der Bundesrepublik für die Dauer des neuen Vertrages anerkenne. Der Bonner Botschafter der Sowjetunion, S m i r n o w , hatte dies mit der Bemerkung zurückgewiesen, „die Bundesrepublik versuche im Handstreich eine ganze Gipfelkonferenz vorweg zu nehmen". Gromyko verwies darauf, daß diese politischen Fragen mit dem Handelsabkommen nichts zu tun hätten. Er drückte die Hoffnung aus, daß zum Nutzen beider Seiten die Hindernisse weggeräumt werden, und er fuhr fort: „Wird aber die Frage des Handels als Mittel benutzt, auf unsere Politik einzuwirken, so müssen wir erklären, daß diejenigen, die dazu greifen wollen, einen schweren Rechenfehler machen". Gromyko wandte sich gegen die „wie Pilze nach dem Regen" in Europa emporschießenden deutschen Militärstützpunkte und forderte als vordringlich den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden Teilen Deutschlands, wobei er betonte, daß die Sowjetunion dabei keine selbst-

süchtigen Interessen, weder wirtschaftlicher, militärischer, noch anderer Art habe. Gromyko forderte eine Strukturänderung der Vereinten Nationen und die Aufnahme Chinas in das Weltgremium. Er stellte sich hinter den Vorschlag des Präsidenten von Ghana, Nkrumah, Afrika in eine atomwaffenfreie Zone umzuwandeln. Er bekräftigte die Algerien-Resolution der UN. Er forderte schließlich eine außerordentliche Sitzung der UN-Vollversammlung zur Erörterung der Abrüstungsfragen. Der Westen sei in Wirklichkeit nicht nur ein Gegner der Abrüstung, sondern auch ein Gegner jeder Kontrolle, während die Sowjetunion bereit sei, sich Kontrollen jeder Art zu unterwerfen, wenn der Westen den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen zustimmt. Er kündigte an, daß die Sowjetunion die nötigen Konsequenzen aus einer etwaigen Umwandlung der Nato zur Atommacht ziehen werde, was auf eine Atombewaffnung der Bundesrepublik hinauslaufe. „Die Sowjetregierung hat den Wunsch, daß die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, die sich in der letzten Zeit merklich verschlechterten, mit der Amtsübernahme Kennedys wieder in das Gleis kommen, auf dem sie sich z. Zt. Roosevelts befanden". Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland sei in Europa immer noch das wichtigste Problem. Gromyko forderte die USA und die Westmächte auf, „in dieser Frage den wirklichen Stand der Angelegenheit in Deutschland und in Europa in Betracht zu ziehen".

Inmitten dieser Strukturierung der Weltpolitik kann die Bundesrepublik Deutschland in Hinsicht auf die großen politischen und militärischen Probleme nicht nach eigenem Belieben selbständig handeln; wohl aber sind die Handlungen ihres Parlaments und ihrer Regierung von mitbestimmendem Einfluß auf das internationale Klima und auf die Situation Deutschlands in der heutigen Welt. Man muß feststellen, daß die von der Mehrheit des Bundestages getragenen Bundesregierungen mitverantwortlich sind für die Verhärtung unserer politischen Lage und die Steigerung unserer militärischen Gefährdung. Man muß weiter feststellen, daß es den im Grundgesetz niedergelegten Grundsätzen und Rechten einer freiheitlich demokratischen Ordnung widerspricht, wenn eine von der Regierung abweichende Meinung in deutschen Fragen, die aus verantwortlicher Einschätzung der Lage entstanden ist, nicht diskutiert, sondern als „kommunistisch oder kommunistischen Plänen Vorschub leistend" diffamiert wird, wenn der Ruf, den der Abgeordnete Dr. Heinemann im Bundestag erhob: „Treten Sie zurück, Herr Bundeskanzler", nicht als Kritik an der CDU-Regierung, sondern sozusagen als Vergehen an unserer Demokratie gewertet wird. In unserer Lage zwischen den beiden Superatommächten können die deutschen Probleme nicht durch die jeweils halbe Teilnahme an den Blockbildungen einer Lösung zugeführt werden, vielmehr kann nur eine Politik des Disengagements mit dem Ziel einer von Ost und West garantierten militärischen Neutralität die Voraussetzung für eine Lösung der deutschen Probleme schaffen. Es gilt, Verhandlungsvorschläge zu unterbreiten, auf objektiver Einschätzung unserer Situation unter Einbeziehung der von uns zu tragenden Folgen des zwölfjährigen Reiches beruhend, die als Diskussionsbasis von Ost und West diskutiert werden können. Es geht dabei nicht etwa darum, das jetzige einseitige Westrezept gegen ein ebenso einseitiges Ostkonzept auszuwechseln, noch etwa deklamatorisch die „Neutralität" zu erklären, sondern darum, einen deutschen Entspannungsbeitrag zu einer echten Befriedung in Europa vorzulegen, unter Verzicht auf Atomwaffen bei einem äquivalenten Verhalten der DDR und ihrer Partner. Es geht um einen Vorschlag, der das gute Verhältnis zu unseren westlichen Nachbarn und Partnern gewährleistet, geordnete und guter Zusammenarbeit dienende Beziehungen zum Osten herstellt und unser Verhältnis zu den neutralen Nationen auf eine sachlich und wirtschaftlich wünschenswerte Basis bringt. Für die deutsche Nation ist kaum

ein größeres Risiko denkbar, als das, unter dem wir jetzt leben müssen; jede Änderung in Hinsicht auf eine Befriedung und Entspannung enthält ein geringeres Risiko für uns. Der Mut dazu, durch eine hierauf abgestellte deutsche Politik eine Änderung der jetzigen Verhältnisse herbeizuführen, muß aufrechter genannt werden als etwa eine Haltung, der nichts anderes einfällt, als in die weitere Aufrüstung zu flüchten.

Betrachtet man die politischen Vorstellungen und Handlungen der C D U - R e g i e r u n g , so wird man vergebens Ausschau halten nach politischen Konzepten und Plänen, die dazu beitragen könnten, die Entspannung in Europa real und aktiv herbeizuführen. Was hat der Bundesaußenminister, real gesehen, unter der Bemerkung verstanden, die er auf der Nato-Tagung in Paris machte, es gebe „nur einen Weg zur Beilegung der Streitigkeiten, nämlich den von ernsthaften Verhandlungen über eine kontrollierte Abrüstung in Etappen"? Die Bundesregierung, die sich stets so sehr darum bemühte, dem „Sicherheitsbedürfnis" Frankreichs Rechnung zu tragen, will nicht zugeben, daß die militärischen Vorgänge in Westeuropa der Sowjetunion als Gefährdung des Friedens erscheinen, ihr Bedürfnis nach Sicherheit nicht befriedigen. Die Militärfachleute der Sowjetunion rechnen sich aus, daß durch den Einsatz von Mittelstreckenraketen, die abschußbereit und sofort einsatzfähig auf dem Boden der Bundesrepublik stehen, Atomschläge das sowjetische Staatsgebiet erreichen können, bevor sowjetische Fernraketen ihren Weg in die USA finden. Was bedeutet das für uns in der Bundesrepublik? Es bedeutet, daß die Sowjetunion entsprechende Raketenbasen errichtet, die im schrecklichen Fall X die Atomwaffen auf deutschem Boden vernichten sollen. Westdeutschland würde damit zur Atomwüste gemacht. Diese Sache hat aber auch noch eine politische Seite; sie bedeutet, daß die politischen Spannungen sich verschärfen, daß die Sicherheitsforderung des Ostens in Europa evtl. in Berlin, der Achillesferse des Westens, aufgerollt wird. Die unglückliche Generals-Denkschrift ist im Osten, darauf deuten die Ausführungen Gromykos vor dem Obersten Sowjet hin, nicht vergessen worden.

Aus beiden Faktoren, dem militärischen Umdenken des Pentagons in bezug auf die totale Abschreckung und aus der Sicherheitseinstellung der Sowjetunion in bezug auf die Atomwaffen auf westdeutschem bzw. westeuropäischem Boden, ergibt sich für unser Volk eine äußerst exponierte Gefährdung, wie sie kaum an einem anderen Punkte der Welt zutage tritt. Der Primat der Militärpolitik hat sich nach 1945 für uns äußerst verhängnisvoll ausgewirkt. Das neuerliche Verlangen nach atomarer Bewaffnung im Nato-Rahmen kann nur zu einer Erschwerung der so dringend notwendigen politischen Lösungen führen. Millionen westdeutscher Staatsbürger haben in der Kampagne „Kampf dem Atomtod" öffentlich bekannt, daß sie gegen die Rüstungspolitik und für die Entspannung in Mitteleuropa eintreten. Im damaligen Deutschlandplan der SPD fand dieser politische Wille in großen Zügen seinen Niederschlag. Hinzu kam die Haltung der SPD gegen wirtschaftliche Machtkonzentration, die Geldpolitik der CDU und gegen die Einengung der demokratischen Freiheiten. Die Stimmengewinne, die die SPD für sich buchen konnte, basierten auf dieser politischen Einstellung.

Seit dem 30. Juni 1960 hat nun die S P D die CDU gewählt, und sie hat das durch ihren Parteitag in Hannover in aller Öffentlichkeit bestätigt. „Wir werden ja Gelegenheit haben, uns auszudenken, ob wir nach dem, was in Hannover passiert ist, nicht zu der Feststellung kommen müssen, ob die SPD — wenn auch nicht hinsichtlich der Mitgliederliste, so doch in der Sache — nicht schlicht und einfach kollektiv zur CDU übergetreten ist", kommentierte der Bundestagspräsident G e r s t e n m a i e r die Sachlage. Die SPD hat eindeutig den Boden der Oppo-

sition verlassen, sie stimmt der „Politik der Stärke" zu. Darüber kann auch die Ablehnung des Wehretats im Haushalt 1961, „weil wir kein Vertrauen zu Strauß haben", nicht hinwegtäuschen. Der Unterschied zur CDU besteht darin, daß diese durch ihre Sprecher die Atombewaffnung fordert, während die SPD in Hannover beschlossen hat, „die Bundesrepublik solle nicht darauf hinwirken". Breite Kreise der SPD-Mitgliedschaft und ihrer Anhänger sind dabei, sich von ihr abzuwenden; viele bezeichnen den Umfall der SPD als Verrat an den eigenen Grundsätzen. In diesem Zusammenhang wird die Gründung einer neuen Oppositionspartei, der Deutschen Friedens Union, die am 17. Dezember in Stuttgart erfolgte, in der Öffentlichkeit und, wie Zeitungsmeldungen zu entnehmen ist, in den Bonner Ministerien und in den im Bundestag vertretenen Parteien mit besonderer Aufmerksamkeit beachtet. Insbesondere die SPD hegt Befürchtungen, daß die neue Partei die 5-Prozent-Grenze bei den kommenden Bundestagswahlen überspringen wird — und zwar ohne großen Propagandaaufwand, allein getragen von der öffentlichen Meinung und Einstellung — und daß dies zu einem großen Teil auf Kosten der SPD geschehen wird. „In der SPD-Spitze", meldet der Bonner Generalanzeiger am 28. Dezember, „hat man aus diesen Gründen sehr aufmerksam die Liste der 40 gewählten Mitglieder des Vorstandes der DFU studiert und dabei festgestellt, daß von diesen Namen zwangsläufig eine gewisse Zugkraft auf den linken Flügel der SPD ausgehen könnte". Die Presse bemüht sich im übrigen, der neuen Partei linksradikale Haltung und Ostabhängigkeit nachzusagen, nach „Hintermännern" zu fragen. Die neue Partei veröffentlicht ihrerseits ein Programm und ein Manifest, aus dem hervorgeht, daß es ihr darum geht, der jetzigen westdeutschen Politik eine politische Entspannungsalternative zur Sicherung des Friedens und der Freiheit des deutschen Volkes entgegenzustellen. Sie bekennt sich eindeutig zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und ihre führenden Persönlichkeiten, zu denen Frau Professor Riemeck und Graf von Westphalen gehören, lehnen die kommunistische Ideologie für Deutschland ab. Die „alten" Parteien haben sogleich erkannt, und das trotz abwertender Stellungnahmen in der Öffentlichkeit, wie ernst diese Neugründung zu nehmen ist. Die nächsten Monate werden zeigen, wie weit die neue Oppositions-Partei ihr Profil im öffentlichen Leben unserer Demokratie zu präzisieren vermag.

Die Radikalisierung des politischen Lebens lastet auf den Völkern der Welt und vernebelt das Gefühl für objektive Wertungen. Selbst hohe katholische Würdenträger haben sich in diesen gefährlichen Strudel der Polemik hineinreißen lassen. Der katholische Erzbischof von New York, Francis Kardinal Spellman, sagte am Heiligen Abend im amerikanischen Fernsehen in seiner „Weihnachtsbotschaft", die „verrückten Zare Sowjetrußlands sprechen von der Abrüstung nur im Rahmen ihrer Pläne für eine betrügerische Freiheit. Wenn die westliche Welt Moskaus Abrüstungspläne akzeptiere, würde sie sich der sowjetischen Atomeroberung, dem Mord der ganzen freien Welt ausliefern". Ein anderes Mitglied des Kardinals-Kollegiums, Kardinal Feltin, appellierte allerdings im Gegensatz dazu an diesem Abend in der Kathedrale Notre Dame in Paris eindringlich an alle Völker der Welt, eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung zu erwirken, und sagte dabei: „Wenn es weniger Vertrauen in die brutale Gewalt gäbe und mehr Menschlichkeit auf allen Gebieten, würde es weniger Möglichkeiten für einen Krieg geben." Die gleichen Gedanken hatte am 3. Oktober 1960 der indische Ministerpräsident vor der Vollversammlung der UN geäußert. Nehru sagte: „Um den Frieden zu erreichen, müssen wir den Versuch machen, ein Klima zu schaffen, in dem Frieden und Toleranz gedeihen können, und bei allem, was wir tun und sagen, sollten wir zu vermeiden trachten, daß Furcht und Haß noch

gesteigert werden. Wenn also der Krieg eine Scheußlichkeit ist und jenes letzte Verbrechen darstellt, das verhindert werden muß, dann müssen wir uns auch geistig und politisch entsprechend einstellen und dürfen nicht aus Angst zögern, etwas dafür zu tun. Das mag riskant sein — aber das größere Risiko liegt darin, den augenblicklichen gefährlichen Kurs auch weiterhin zu steuern."

Das deutsche Volk sieht sich im Jahre 1961 zu der Entscheidung aufgerufen, Mut zu einer neuen Politik zu haben. Es sieht sich vor die Aufgabe gestellt, hinter Polemik und parteiischen Darlegungen objektiv die Realitäten unserer Lage und die Wege zu Entspannung und friedlicher Zukunft zu sehen. Es steht vor der Aufgabe, umzudenken, wegzudenken von dem Götzen Militärmacht, der in seiner heutigen Gestalt nicht Sicherheit, sondern Unsicherheit bedeutet, und seinen verantwortlichen Politikern den Auftrag zu geben, die allein möglichen p o l i t i s c h e n Lösungen unserer Probleme nachdrücklich zu vertreten.

Demokratie lebt nur aus der aktiven und aufrechten Mitwirkung des Staatsbürgers. Sie steckt nicht in jenem Untertanengeist, den der diesjährige Nobelpreisträger S a i n t - J o h n P e r s e in seiner Dichtung „Meer des Baal, Meer des Mammon" beschwört:

„Wir nahen dir, Tafel der Großen, das Herz gepreßt von menschlicher Enge.
Sollen wir schreien? Sollen wir schaffen?
Dich wählen wir, Freistatt der Großen ... Feld des Beifalls!"

Seien wir unbequem. Schreien wir nicht nach anderer Mund; schaffen wir nicht, ohne nach dem Sinn und der Wirkung unseres Tuns zu fragen. Diskutieren wir unsere Gedanken, um den besten Weg für die Zukunft und Freiheit unseres Volkes und aller Völker zu finden.

Dr. Hermann Rauschning

Brief an General d. Art. a. D. Alexander Andrae

Portland/Oregon, USA.
28. Nov. 1960.

Sehr verehrter Herr Andrae,

bitte verstehen Sie mein bisheriges Schweigen auf Ihren Brief vom 21. September. Nicht nur auf Ihnen lastet das Schweigen statt erhoffter Antwort und der Vergeblichkeit des unabhängigen politischen Wortes. Gegen die Richtigkeit Ihres Vorschlages in der Anpassung an die tatsächliche machtpolitische Lage und die Unmöglichkeit, sie in unserem und des Westens Interesse ohne Anwendung der äußersten Gewaltmittel verbessern zu können, kann ernstlich kein Einwand erhoben werden, gewiß nicht von mir. Meine eigenen Vorschläge bewegten sich seit langem in derselben Richtung und eine Antwort auf Ihren Brief war bereits im voraus durch meinen Artikel in Nr. 9 der „Blätter für deutsche und internationale Politik" „Bilanz der Besinnung" gegeben, in dem ich Vorschläge zu einer Lösung im Rahmen einer zentraleuropäischen Friedenszone machte. Allerdings habe ich absichtlich vermieden, einen genau durchdachten Plan in seinen Einzelheiten vorzulegen. Denn man tut gut, diese dem rein pragmatischen Prozeß des Verhandelns und Aushandelns zu überlassen. Die vorzeitige Mitteilung von Einzelheiten können nur verwirren und die Aufmerksamkeit auf Nebensachen ablenken. Denn wenn erst die Bereitschaft zu einer Kompromißlösung vorhanden ist, dann sind die von den Fachleuten festzulegenden Durchführungsbestimmungen ein vergleichsweise leichtes Problem. Aus anderen Gründen sollte man sich auch davor hüten, mit einem Maximalprogramm zu beginnen oder gar über ein Minimalprogramm Worte zu verlieren.

Sie fragen nach Kreisen in USA, die einer beiden Seiten des Weltgrabens dienliche, vernünftige Endlösung, die Sie in der Richtung Ihres Planes für möglich halten, zugänglich wären. Sie können gewiß immer einige Senatoren und ein Abgeordnete oder kleine Kreise für Pläne wie der Ihrige interessieren und ein paar verbindliche Worte erlangen. Aber was ist damit gewonnen, solange die Politik beider Parteien und alle einflußreichen Organe und ihre Kommentatoren trotz Kritik im einzelnen doch im wesentlichen an der bisherigen Konzeption des verstorbenen Außenministers John Foster Dulles und der NATO-Politik fest halten. Um bei Regierungskreisen beachtet zu werden, ist es außerdem notwendig, politisches Gewicht zu haben. Sie fragen zuerst: wer steht dahinter? Wer steht hinter Ihnen; wer hinter Wolf Schenke; wer hinter dem Nauheimer Kreis und zahlreichen anderen kleinen Gruppen? Es ist in diesen ganzen Jahren seit 1954/55, als ich in der Bundesrepublik war, zu keiner Zusammenfassung und einem gemeinsamen außenpolitischen Programm aller dieser oppositionellen Elemente gekommen, die sich in der Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes angesichts einer unbelehrbaren und entscheidende Fakten einfach nicht zur Kenntnis nehmenden Regierung einig waren. Wo blieben denn Bemühungen, um wenigstens eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden mit dem Ziel, wenn nötig, auch in die parlamentarisch-demokratische Arena hinabzusteigen, um sich zu Gehör zu bringen. Es ist echt deutsch, daß jeder glaubt, den echten Ring zu besitzen und die Priorität der eigenen Einsicht wie einen rocher de bronze stabilisieren zu müssen, aber beileibe nicht um einen Deut von der eigenen Linie abzugehen. Man ist in Rumpf- und Restdeutschland, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, schneller bei der Hand, den Gesinnungsgenossen in Motiven und Zielen zu verdächtigen und zu diffamieren, als den Gegner, oder

wenn das nicht, ihn doch als lästigen Konkurrenten totzuschweigen, statt ihn als Bundesgenossen zu stützen. Wie dem auch sei, solange die Hoffnung bestand, daß die SPD eines Tages Ideen, Pläne und Kräfte dieser außenpolitischen Nonkonformisten in sich aufnähme, um schließlich und endlich selbst zu einer bisher fehlenden folgerichtigen außenpolitischen Alternative zur Hallstein-Doktrin und der Bonner Generallinie zu kommen, bestanden noch gewisse Chancen, daß abweichende außenpolitische Pläne gehört wurden. Seit der Kapitulation der SPD und der Gleichschaltung der bundesdeutschen Außenpolitik auf die Bonner Linie just in dem Augenblick, als es auch dem beschränktesten Kommunalpolitiker hätte klar geworden sein müssen, daß sie nicht mehr zu halten sei, ist jede kritische Meinungsäußerung gegen die Einheitsfront Adenauer/Brandt höchstens suspekt, zunächst aber belanglos. Sehr richtig schreiben Sie, daß der Einzelne nichts ausrichtet. Aber gegen die Vereinzelung hilft nicht, sich Gehör im Ausland zu verschaffen. Sie können nicht auf Resonanz im Ausland rechnen, wenn Sie im Inland keine haben. Gegen die Vereinzelung kann nicht ich etwas tun. Das müssen Sie schon in der Bundesrepublik selber versuchen. Die Möglichkeit dazu besteht. Stellen Sie alles Trennende zurück und präsentieren Sie der Einheitsfront CDU / SPD wenigstens eine einheitliche außenpolitische Opposition all der Gruppen und Einzelpersonen, die die Fortsetzung der „harten" Politik Bonns in einem dritten Desaster Deutschlands enden sehen.

Lassen Sie es mich mit allem Nachdruck hervorheben: die wirkliche Schwierigkeit ist nicht, geeignete Pläne für eine Lösung der Berliner Frage zu finden. Sie können versichert sein, daß im Auswärtigen Amt in Washington mehrere solcher Pläne durchgearbeitet vorliegen, auch ein Plan, der dem Ihrigen nahekommen dürfte. Die Schwierigkeit liegt vielmehr in der mangelnden Bereitschaft zu einem Kompromiß, der es notwendig macht, bisherige Forderungen aufzugeben. Diese Schwierigkeit beheben Sie nicht durch die Vorlage eines Planes, und sei es der beste. Es geschieht durch den Einfluß auf die politische Willensbildung, durch den Nachweis oder die sichtbare Gefahr, daß ein weiteres Verharren bei der bisherigen Politik zu einer Katastrophe führt; jedenfalls den eigenen aufgeklärten Interessen nicht dient, sondern schadet. Wie wollen Sie eine solche Einflußnahme auf die Politik eines fremden Landes gewinnen, wenn Sie schon außerstande sind, den politischen Willen Ihres eigenen Landes zu beeinflussen! Die Deutschen befinden sich dieser Sachlage gegenüber in einer geradezu naiv anmutenden Verkennung des Werbewertes von „Plänen". Die Schwierigkeit einer Lösung der Berliner Frage liegt darin, daß der Westen, vor allem USA bisher noch nicht bereit waren, das Faktum in seinen ganzen schweren Folgen anzuerkennen, daß die Sowjetunion als Machtstaat wie als besondere Ordnung ein dauerndes Element in dem Gemeinwesen der Nationen ist und aus ihren Positionen in Zentraleuropa weder herauskomplimentiert noch geblufft oder durch Spielertricks herausgespielt werden kann. Es ist im Westen, vor allem aber in USA bisher noch nicht die heimliche Hoffnung oder sogar der recht laut und vernehmlich geäußerte Wunsch aufgegeben, die Sowjets, sei es durch überlegene Macht, sei es infolge innerer, wirtschaftlicher oder sonstiger Schwierigkeiten, beispielsweise infolge des Gegensatzes mit China, doch noch „zurückrollen" und die Probleme in Zentraleuropa den eigenen Interessen allein entsprechend lösen zu können. Solange diese Illusionen gehegt werden und das Fundament der Außenpolitik der Westmächte bilden, ist an etwas anderes als an eine Fortdauer des jetzigen Status mit allen Gefahren, die er einschließt, nicht zu denken. Nicht der bestechendste Plan einer Lösung der Berliner Frage wird daran etwas ändern. Um aber die Lage noch schlimmer zu machen als sie

ist, so ist es gerade die Regierung der deutschen Bundesrepublik, mitsamt den größten Parteien, die am hartnäckigsten an der bisherigen politischen Linie festhalten und jeden Versuch zu einer neuen Politik blockieren. Es wäre sehr wohl möglich, daß eine deutsche Regierung in der Lösung der eigenen Schicksalsfragen einen entsprechenden Einfluß auf die politische Willensbildung der Westmächte in der Richtung auf Lösungen, wie sie Ihr Plan entwickelt, haben könnte, wenn sie es w o l l t e.

Ich verrate Ihnen und anderen Informierten kein Geheimnis, wenn ich sage, daß der Westen sogar auf so eine Initiative der Bundesregierung in gewisser Weise wartet, um seine eigene bisherige Politik zu korrigieren und die Heißsporne des Antibolschewismus und einer gewaltsamen Lösung zum Schweigen zu bringen. Statt dessen legt sich die Bonner Regierung samt bisheriger Opposition als eine Straßenblockierung jedem Versuch einer Änderung des bisherigen Status im Sinne einer Entspannung in den Weg. Angesichts dieser Intransigenz der bundesdeutschen Politik wird eines Tages der Westen, und hier wiederum USA an der Spitze, gar nichts anderes tun können, als über die Proteste der Deutschen hinweg doch eine Lösung der Berliner und deutschen Frage im alten Verfahren des „do ut des" mit Sowjetrußland auszuhandeln. Das aber könnte zu Regelungen führen, die sich sehr ungünstig für das deutsche Volk auswirken müßten. Auch damit werde ich Ihnen nichts Neues sagen, daß Amerika weder an einer Wiedervereinigung Deutschlands wirklich gelegen ist, noch im Grunde an einer Sicherung eines selbständigen Westberlins. Was das erstere anlangt, so liegen genug Äußerungen vor, die die Bekenntnisse zur deutschen Einheit lediglich als Lippenbekenntnisse erkennen lassen. Es besteht so etwas wie ein consentium omnium, sich nicht nur mit der dauernden Teilung abzufinden, sondern sie geradezu als die richtige Lösung zu begrüßen. Das einzige Hindernis, diesen Tatbestand als grundlegend anzuerkennen, ist der Dorn im Fleisch „Westberlin". Auch hier sagt sich jeder nüchterne Politiker, daß an dem Endschicksal Westberlins bei einer dauernden Teilung nicht gezweifelt werden könne. Es ist nur Rücksicht auf das eigene Prestige, das USA verhindert, dies offen einzugestehen und die Folgerungen zu ziehen. Ginge es nicht um das ohnedies lädierte Prestige, das so im Vordergrund des Wahlkampfes in USA gestanden hatte, so würde USA Berlin „Hekuba" sein; man würde es nicht die Knochen eines amerikanischen GI wert halten, geschweige hier die Gefahr eines Atomkrieges heraufzubeschwören.

Aber alles hat seine Grenzen, auch die Toleranz, mit der USA Kanzler Adenauer in der Lebensfrage der Entspannung mit Sowjetrußland eine Art Vetorecht eingeräumt hat. Es liegen frühere Äußerungen des neu gewählten Präsidenten Kennedy vor, die mindestens neue Versuche einer Beilegung der Spannungen um Berlin erwarten lassen. Es ist mindestens fraglich, ob Präsident Kennedy die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands für wesentlich hält. Träfe das zu, dann gibt es nur e i n e Lösung für die mögliche Beilegung des Problems Westberlin, und das wäre für das deutsche Volk die schlechteste Lösung. Es wäre eine Regelung wie sie seiner Zeit von den Vätern des Versailler Friedens hinsichtlich der Freien Stadt Danzig getroffen wurde. Die damaligen Siegermächte konzedierten nicht für dies „unzweifelhaft deutsche Gebiet", das aber zugleich die Funktion hatte, Polen den gewünschten freien Zugang zum Meer zu verschaffen, den Status als Freie Stadt und souveränes Gemeinwesen unter Kontrolle des Völkerbundes, um es dauernd als ein solches zu sichern, sondern eingestandenermaßen nur, um den Übergang des Gebietes in den Staat Polen „zu erleichtern". Statt eines plötzlichen Anfalles an Polen, wie das anfänglich vorgesehen war, sollte dies einer längeren Evolution überlassen werden, um

Härten zu vermeiden. Schaltet sich die Bundesregierung nicht mit Kompromißplänen ein, in denen einer entgegengesetzten Entwicklung auf eine Einheit Deutschlands und einer inneren Überwindung der Grenzen wenigstens Ansatzmöglichkeiten geboten werden, so wird man befürchten müssen, daß von den Westmächten Regelungen zugestimmt werden könnten, die zwar das Prestige USA's schont, vielleicht sogar einige Konzessionen der Sowjets auf anderen Amerika wichtigen Gebieten eintragen, bei Licht besehen aber Westberlin auf evolutionärem Wege dem Schicksal ausliefern, vor dem es bewahren zu wollen gegenwärtig mit allen Brusttönen heiliger Entrüstung versichert wird: nämlich es in die DDR aufgehen zu lassen ohne jeden Vorbehalt für eine etwa allmählich zu erreichende Zusammenschließung der deutschen Staatsgebilde.

Damit komme ich zu Ihrem Plan selbst. Wenn Sie unter „Werdegang" schreiben: „Einigung der Mächte über diesen Vorschlag als geeignete Verhandlungsgrundlage", so hoffe ich inzwischen klar gemacht zu haben, daß diese Einigung das Problem selbst ist, aber nicht der Plan, und daß der Plan von der Art dieser Einigung abhängt. Ihr Plan hat nur Aussicht als Verhandlungsgrundlage angenommen zu werden, wenn sich die deutsche Bundesregierung rechtzeitig in Bemühungen um eine Entspannung einschaltet, nicht aber, wenn sie beiseite steht, wenn sie ihn vertritt und wenn sie sich den schwierigen Bedingungen fügt, mit denen die Sowjetunion den Rahmen für Einigungsbestrebungen der beiden deutschen Teilstaaten abgesteckt hat. Die deutsche Einheit steht und fällt mit dem Willen der Deutschen. Nur der politische Wille der Deutschen kann sie dem Zögern der Mächte abgewinnen. Hier liegen nun die Meriten Ihres Vorschlages, aber auch gewisse Schwierigkeiten. Die Gründung einer Freien Stadt im Zusammenschluß der beiden Teile Berlins, bei „gleichartiger Selbständigkeit und gleichwertiger Sicherheit", — mit Ihren Worten —, für die beiderseitigen Ordnungssysteme, eine Garantie der Autonomie der sozialen Sphäre demnach, ist gewiß eine Lösung, die die erforderlichen Zugeständnisse beider Verhandlungsparteien gleichwertiger machen würde als eine Konstituierung Westberlins allein zu einer Freien Stadt. Eine solche Regelung empfiehlt sich auch deswegen, weil damit im engsten Rahmen eines städtischen Gemeinwesens praktisch vorexerziert werden müßte, ob und wie eine kooperative Koexistenz auch in größerem Rahmen funktionieren könne. Sie ist daher auch von mir bereits in dem Januar 1959, also bereits vor zwei Jahren erschienenen Buch „Mut zu einer Neuen Politik", S. 246 vorgeschlagen. Ihr Vorschlag verdient in vieler Hinsicht wohl den Vorzug vor meinem. Aber er hat zur Voraussetzung, daß beide Stadtteile aus ihrem bisherigen staatlichen Verband herausgelöst werden müssen. Die Gründung läuft damit zunächst auf eine neue Teilung Deutschlands, eine Dreiteilung hinaus. Von einer solchen als möglichem Ausweg aus der Sackgasse war bereits vor einigen Jahren gerüchteweise die Rede; damals allerdings in Verbindung mit der Zuweisung eines gewissen „Hinterlandes" für die Stadt. Das weist auf wirtschaftliche Schwierigkeiten Ihrer Lösung. Wie soll ein so großes städtisches Gemeinwesen, das einst als Hauptstadt des Reiches eine Weltstadt war, isoliert existieren? Als ein zentraleuropäisches Schanghei? Vor einer Dreiteilung an sich, als Aushilfe, wird man sich nicht zu scheuen brauchen. Auch im Politischen, und nicht nur um „sich im Unendlichen zu finden", tut man oft gut, „erst zu trennen und dann zu verbinden". Aber die Schwierigkeit, Ganzberlin als isoliertes, von seinem natürlichen Hinterland abgeschlossenes Gemeinwesen zu erhalten, dürfte auch bei pfleglicher Behandlung der bisherigen Beziehungen zu West- und Ostdeutschland so groß sein, daß man eine solche Lösung nur in einem größeren Rahmen wird durchführen können.

Schon die Freie Stadt Danzig, die als staatliches Gemeinwesen nicht nur eine Funktion im polnischen Wirtschaftsraum zugewiesen bekommen hatte, sondern deren Staatsgebiet drei große Landkreise umfaßte, von denen zwei zu den fruchtbarsten und produktivsten Ganz-Deutschlands gehörten, konnte sich nur durch erhebliche Subventionen vom Reich ihre Selbständigkeit den Polonisierungsversuchen gegenüber und dem sicheren Endschicksal bewahren, völlig in den staatlichen und wirtschaftlichen Machtbereich Polens integriert zu werden. Was übrigens eingestandenermaßen das Endziel der Gründung der Freien Stadt Danzig seitens der Siegermächte gewesen ist, wie ich hier nochmals hervorheben möchte, vor dem sie nur durch die Politik ihrer ersten beiden Präsidenten (Dr. Sahm, Dr. Ziehm) und die reichsdeutschen Vergünstigungen bewahrt wurde. Wird etwas ähnliches für Berlin möglich sein? Werden solche Zuwendungen legalisiert und kontrolliert werden können?

Gewiß ist das denkbar und durchführbar, aber nur im Hinblick auf das langfristig zu verwirklichende Endziel der Wiedervereinigung. Entscheidend ist somit die Frage: Was ist das Endziel einer Gründung einer Freien Stadt Berlin? Die Antwort kann nur sein: Für sich isoliert kann sie keine Dauerlösung, sondern nur eine vorläufige Regelung in der Beseitigung eines Haupthindernisses der Verständigung der Weltmächte sein. E n t w e d e r im Sinne eines endlichen Anfalles Westberlins an die DDR und dauernde Teilung Deutschlands o d e r im Hinblick auf eine Verwirklichung des für Deutschland, aber nicht für die übrigen Mächte wesentlichen Zieles, den Zusammenschluß der beiden deutschen Teilstaaten zu einem gemeinsamen Staatswesen, dessen Hauptstadt Berlin zu dem Zeitpunkt werden soll, zu dem eine trag- und aktionsfähige Einheit erarbeitet werden konnte. Seine Einheit, für die durch Friedensschlüsse der Großmächte ein Rahmen gesteckt und Garantien für die unbehinderte Verwirklichung gegeben werden müßten. Solch Endziel und Rahmen der Verwirklichung sind schwer denkbar, wenn sich das deutsche Volk nicht rechtzeitig in die Verhandlungen einschaltet. Die anderen Mächte, um es noch einmal zu sagen, haben kein Interesse an einer solchen Regelung, die sie nur als eine gefährliche Komplikation der einfachen Lösung dauernder Zweiteilung Deutschlands beurteilen werden. Maßgebend für eine solche Beurteilung ist zudem die Frage nach der zukünftigen Stellung eines geeinten Deutschlands und die von beiden Weltlagern dabei gehegten Befürchtungen.

Auf diese Befürchtungen, so unbegründet sie den Deutschen erscheinen mögen, will ich hier nicht eingehen. Sie wissen ebenso wie ich, daß sie darauf hinauslaufen, daß für die Sowjetunion ein geeintes Deutschland nur tragbar ist, wenn es ein neutrales Staatswesen ist, in dem die Rüstungsbegrenzung und -kontrolle, das Verbot von Kernwaffen und anderen Massenzerstörungsmitteln der A-B-C-Waffen als erstes Land durchgeführt werden. Für den Westen aber ist ein Gesamtdeutschland allenfalls tragbar, wenn es als Ganzes in den Bereich des bisherigen militärischen Schutzsystems, in die NATO einbezogen und damit zugleich unter Kontrolle gehalten werden kann, nicht aber wenn es eine eigene Entwicklung nehmen könnte, die es unter Umständen in den Anziehungsbereich der Sowjets bringen könnte.

Die Erkenntnis, daß ein geeintes neutrales Deutschland auch für den Westen in l ä n g e r e r S i c h t ein besserer Garant des Friedens ist als ein gespaltenes, in die gegenwärtigen Machtbereiche integriertes, hat sich in der amerikanischen Außenpolitik noch nicht durchgesetzt. Wie denn überhaupt die Fruchtbarkeit des Prinzipes der Neutralität als einziges politisches Mittel, das noch den weiteren Fortschritt der „Erosion" des Macht- und Geltungsbereiches des Westens aufhalten könnte, — populär als „Prestigeverlust" USA's ein Hauptthema des jüng-

sten Wahlkampfes —, noch nicht zur Kenntnis genommen wurde. Die Wiedervereinigung Deutschlands als eine und innerhalb einer neutralen Zone zwischen West und Ost ist keineswegs allein eine Konzession an ein nationales Lebensrecht der Deutschen. Man tut der Sache keinen Dienst, wenn man in der Bundesrepublik dieses Motiv ausschließlich in den Vordergrund stellt, weil es nicht nur Mißtrauen und Abneigung bei den ehemaligen Feinden verstärkt, sondern auch weil es die eigentliche Problematik verdeckt. Es ist aber auch keine Konzession an die Sowjets, wenn der Westen sich den Gedanken eines neutralen, dafür aber eines zu vereinenden Deutschlands zu eigen machen würde. Weil etwas von den Sowjets vorgeschlagen wurde, — die allmähliche und unter eigener Kraft zu vollziehende „de-segregation", „Enttrennung" der beiden realiter bestehenden Staatswesen — braucht es noch nicht falsch zu sein. Hier nun scheint mir eine Schwäche Ihres Planes sichtbar zu werden. Eine neutralisierte Freie Stadt Berlin — denn das wäre ein Gemeinwesen unter der Kontrolle eines Hohen Kommissars der UN — setzt die Neutralität der beiden Staatswesen voraus. Die Konstituierung Berlins als Freie Stadt ist eine lebensfähige Regelung nur, wenn die Neutralisierung Berlins die Neutralität der beiden deutschen Staatswesen zur Folge hat. Sowohl politisch wie wirtschaftlich ist es die Grundvoraussetzung. Man sollte noch einen Schritt weiter gehen. Man sollte statt einer neutralen Zone Deutschland ganz Zentral-Europa zu einer solchen Zone ausgliedern und ihre Staaten zu einer in sich ausbalancierten Kooperative, einer Art „Subföderation" der UN zusammenfassen, wie solche seiner Zeit der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Washingtons, Sumner Welles, in „Time for Decision" angeregt hatte.

Um den erwähnten Schwierigkeiten zu begegnen und um der zögernden Verständnisbereitschaft des Westens für die eigentlichen, den tagespolitischen Konflikten zu Grunde liegenden Zusammenhänge zu gewinnen, fängt man besser mit dem umfassenderen Problem einer dauernden Befriedigung und Entspannung an, mit Zentraleuropa statt mit Berlin. Was hier auf dem Spiel steht, was hier gewonnen werden könnte, läßt sich daraus entnehmen, daß eine völkerrechtlich garantierte Neutralität der ost-mitteleuropäischen Staaten Polen, Tschechoslowakei, Ungarn zusammen mit den beiden deutschen Staatswesen das einzige friedliche politische Mittel ist, den bisher aufs engste von Moskau abhängigen Nationen größere Unabhängigkeit im Rahmen der gegenwärtigen Mächtekonstellation zu gewähren. Eine Forderung, die im Westen als illusionärer Wunsch der Rückgewinnung für den Westen weit vor der Frage des Schicksals Berlins und gar der der deutschen Einheit rangiert und nicht weniger als Westberlin eine amerikanische Prestigefrage ist. Innerhalb einer neutralen, atomwaffenfreien und rüstungskontrollierten Friedenszone in Zentraleuropa werden die Fragen Berlin und deutsche Einheit zweitrangig, und eine Verständigung im Kompromiß der Interessen leichter. Die deutsche Einheit verliert damit den bitteren Geschmack für die Nachbarstaaten, da sie einer größeren Einheit eingeordnet wird. Aus solchen Erwägungen heraus, vor allem angesichts der sterilen, starren, stumpfen Trennungspolitik Bonns gegenüber dem zentraleuropäischen Osten und den Sowjets gegenüber, hatte ich in Nr. 9 der „Blätter" einen Plan skizziert, der unter Rückgriff auf den Vorschlag des polnischen Außenministers Rapacki, eine atomwaffenfreie, mitteleuropäische Zone zu bilden, weiter in der Richtung geht, die Sumner Welles mit dem Gedanken einer Subföderation gewiesen hatte.

Ich will meinen Vorschlag nicht wiederholen. Er ist kein „Plan" wie Ihrer. Er ist nur eine Anregung, nach Lösungen in einer anderen Richtung als bisher

zu suchen. Frontal ist dem Berliner Problem kaum beizukommen. Zu fest haben sich hier beide Gegner eingegraben. Man wird diesen politischen Frontabschnitt umgehen und mit den Verhandlungen an anderen Punkten beginnen müssen, wobei sich angesichts der unlösbaren Verknüpfung aller Probleme eine annehmbare Lösung des Schicksals Berlins sozusagen von selbst ergeben könnte, indem ein wesentlicher Teil der Schwierigkeiten sich auf einmal als nicht gravierend herausstellt. Die immensen Schwierigkeiten einer zentraleuropäischen neutralen Zone liegen auf der Hand. Aber eins empfiehlt sie: die Gleichwertigkeit der Konzessionen. Die Gründung einer Freien Stadt Westberlin ist in den Augen des Westens keine Kompensation für die Preisgabe des vorgeschobenen Postens in Berlin, der, wenn auch militärisch von keinem Wert, politisch sozusagen den Fuß in der Tür zu Ost-Zentraleuropa darstelle. Ein Rückzug des russischen Militärs aus ganz Zentraleuropa — die erste Voraussetzung einer Neutralität — ist dagegen eine vollwertige Kompensation für eine Rückverlegung der amerikanischen Truppen hinter den Rhein und eine Entlassung der bundesdeutschen Streitkräfte aus der NATO. Mit einer isolierten Lösung Berlins ist im Grunde nichts geändert. Die Bildung einer zentraleuropäischen Friedenszone aber würde eine geradezu revolutionäre Änderung der Lage und eine fühlbare Entspannung bedeuten. Die sachlichen Schwierigkeiten einer Verwirklichung sind nicht abzustreiten. Schwierig ist das Problem der Einstimmung einer bisher auf einen gemeinsamen westeuropäischen bzw. osteuropäischen Markt abgestellten Wirtschaftspolitik in eine mitteleuropäische Wirtschaftszone, die, als neutral, in dem Maße, in dem die Wirtschaft ihrer Gliederstaaten der westlichen bzw. östlichen Wirtschaft subsidiaer gewesen ist, nun beiden Wirtschaften gleich verbunden sein müßte. Aber dafür lassen sich Regelungen finden. Worauf es zunächst ankommt, ist, beiderseitig den Punkt des geringsten Widerstandes zu finden und aus dem politischen „Pat" herauszukommen, das im Gegensatz zu dem „atomaren Pat" nicht einen Kriegsausbruch erschwert, sondern als ultima ratio heraufbeschwört. Hier winkt eine mögliche Lösung, die allen Beteiligten Vorteile im Rahmen des Möglichen bietet, Vorteile, die die Opfer und Konzessionen weit aufwiegen; auch für die Deutschen, so wenig dies anerkannt werden wird. Denn sie bietet den Deutschen die einzige Möglichkeit, wie sie die unverrückbaren Grenzen im Osten von innen heraus überwinden und unsichtbar machen, die das Heimat- und Rückkehrrecht der Vertriebenen und Geflohenen noch verwirklichen könnte in einem gemeinsamen Lebensraum und allerdings nicht als die Herrschenden, auch nicht als primus, wohl aber als unus inter pares.

Für die Deutschen der Bundesrepublik erhebt sich darauf der Einwand, daß sie in der vorgeschlagenen Regelung nicht mehr Gleiche, sondern von vornherein Unterlegene seien. Sie würden, wenn auch nicht als Deutsche der slawischen und ungarischen Bevölkerung, so doch als Angehörige des westlichen Ordnungssystems ständig eine Minorität sein, wodurch die Gefahr der Bolschewisierung unerträglich würde . . . Einer solchen glaubt sich die Bundesrepublik schon in einer engeren Verbindung mit der im Verhältnis von 1 : 3 unterlegenen DDR nicht gewachsen, wie häufige Äußerungen führender Persönlichkeiten erweisen. Ich will hier auf die Gefahr der Bolschewisierung in einer engeren Verbindung mit sowjetischen Gemeinwesen nicht eingehen. Sie ist für eine in sich gefestigte Ordnung weniger eine Gefahr als eine Ausrede. Ich will, um Ihre Aufmerksamkeit durch diesen Brief nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen, nur noch auf eins hinweisen, womit ich zum Anfang meiner Ausführungen zurückkehre.

Es hat keinen Sinn, dem deutschen Volk auf seinem neuen Weg in den Abgrund mit Plänen möglicher Lösungen der lebenswichtigen Probleme entgegenzutreten, solange nichts geschieht, es aus seinen Illusionen und Träumen herauszureißen, solange seine Führung mit der wohl schäbigsten politischen Parole, die sich denken läßt, — zu halten, was man habe — jedes Risiko, sich im schlechten Wetter einen Schnupfen zu holen ablehnt, solange die Führungen aller Weststaaten ihre Massen in Illusionen schaukeln und wiegen und, wie jene Amme ihr altes Ritterbaby, von der Insel Bimini träumen lassen. Solange nicht der Wille vorhanden ist, die Wirklichkeit zu sehen, weil es schmerzhaft ist, solange keine Bereitschaft zur Verständigung besteht, weil sie Opfer verlangt, ist Pläne entwerfen müßiges Spiel. Worauf es ankommt, ist, die Welt immer wieder mit der Nase in den Dreck zu stoßen, in den sie Dank der weisen Führung aller Beteiligten hingeraten ist, und da beginnt man am besten zu Hause. Es ist verständlich, daß keine der großen Parteien in der Bundesrepublik, die an der Macht sind oder an die Macht wollen, mit dem Programm einer neuen Art „Erfüllungspolitik" hervortreten wollen, in Erinnerung an die Belastung, die sich die „Erfüllungspolitiker" in der Weimarer Republik zugezogen haben. Aber das deutsche Volk wird sich nicht um die unerbittliche Notwendigkeit herumdrücken können, daß es die Bedingungen wird erfüllen müssen, die diesmal nicht kurzsichtige Politiker, sondern die politische Wirklichkeit selbst als Folge der eigenen politischen Handlungen präsentiert. Gewiß, die Masse reagiert noch immer wie die Tyrannen alter Zeit, die die Boten schlechter Nachrichten niedermetzeln ließen. Man gewinnt keine Stimme mit der Wahrheit, daß es keine einzige Nation gibt, die einen Wunsch der Deutschen auf eine Revision der Oder-Neiße-Linie wirklich stützt. Man gewinnt auch keinen parlamentarischen Sitz oder kann auf den künftigen Bundeskanzlerposten nicht ambitionieren, indem man die wirkliche Lage Westberlins und die Möglichkeiten einer Lösung beleuchtet, statt sie mit einem Schwall tönender Phrasen zu verhüllen. Aber es gibt noch eine parteimäßig nicht gebundene weit verstreute Opposition, die der Wille zur Wahrheit und zum Frieden beseelt, eine Opposition, die nicht nach Posten ausschaut, nicht nach den Sesseln der Macht schielt, sondern die Freiheit hat, zu sagen, was sie sieht, wie sie urteilt und was sie für heilsam hält. Solcher Opposition aus dem bisherigen amorphen Zustand der Zerstörung als Clique, Klüngel und Gemeinden von „Stillen im Lande" zu einer sichtbaren Gestalt zu verhelfen, die gehört wird: das ist das Gebot der Stunde. Sie kann das Odium zeitweiser Unpopularität auf sich nehmen; denn die Feindschaft der parlamentarischen Parteien lastet ohnedies auf ihr. Die großen Schicksalswenden wurden in Deutschland oft genug von einer Fronde gegen Monarch und kompakte Majorität herbeigeführt.

Darf ich mit dem Wunsch schließen, daß Sie sich, verehrter Herr Andrae, mit so manchen anderen, mir bekannten Gesinnungsgenossen zu dieser Fronde zusammenfinden, damit Ihrem und Ihrer Freunde Wort zur rechten Zeit Gehör geschenkt wird; dann auch für „Pläne", sei es für die Lösung der Berliner, der deutschen oder der zentraleuropäischen Frage. Dazu gehört gewiß Mut, der Bürgermut, auch Civilcourage genannt, der „Mut zu einer Neuen Politik".

Mit besten Grüßen und in Verbundenheit Ihr gez. Hermann Rauschning

Prof. D. Helmut Gollwitzer

Was denkt sich eigentlich diese unsere Führung?

Eine Antwort an den Bundestagspräsidenten D. Eugen Gerstenmaier

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" gab am 17. November 1960 Bundestagspräsident D. Eugen Gerstenmaier Gelegenheit zu einer ausführlichen kritischen Stellungnahme zu dem in dem Sammelband „Ich lebe in der Bundesrepublik" (List-Taschenbuch, 1960) erschienenen Aufsatz von Prof. D. Helmut Gollwitzer, Berlin, „Die sich selbst betrügen". Obgleich die Redaktion der FAZ selbst von einer „Disputation" sprach, lehnte sie es ab, Prof. Gollwitzer Platz einzuräumen für eine Erwiderung auf die Kritik Gerstenmaiers. Prof. Gollwitzer hat daraufhin seine Antwort der „Frankfurter Rundschau" (vgl. deren Ausgabe vom 14. 12. 60) und den „Blättern für deutsche und internationale Politik" zur Verfügung gestellt. D. Red.

„Disputation" überschreibt der Herr Bundestagspräsident Gerstenmaier die Entrüstungsflut, die sich in seinem Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 17. 11. 1960 über meinen kleinen Beitrag zu dem Sammelband „Ich lebe in der Bundesrepublik" ergießt. Eine Disputation erfordert eine gemeinsame Basis. Sie besteht darin, daß wir beide Christen sein wollen und beide den demokratischen Rechtsstaat bejahen. Es kann sich, wenn die Diskussion einen Sinn haben soll, nicht darum handeln, einander dies zu bestreiten, sondern im Gegenteil einander dabei zu behaften. Zur Disputation gehört auch ein entsprechender Ton; ich ignoriere deshalb die persönlichen Anwürfe Gerstenmaiers und gehe nicht auf sie ein. Schließlich erfordert eine Disputation, daß man zusätzliche Erschwerungen vermeidet; sie entstehen dadurch, daß man dem Partner Meinungen andichtet, die er notorisch nicht hegt. Wenn z. B. Gerstenmaier behauptet, daß ich in der Frage der Atomwaffen, Kirche und Politik rettungslos vermischend, „das politische Handeln an der Bergpredigt" messe, so ist dies eine Versimpelung dessen, was er dazu von mir gelesen hat, die weder dem Ernst des theologischen Problems der Atomwaffen noch der Schwere des nationalen Problems der atomaren Ausrüstung einer deutschen Armee im kalten deutschen Bürgerkrieg entspricht. Drei sachliche Fragen lassen sich, soviel ich sehe, aus Gerstenmaiers Votum herausschälen: 1. Ist es christlich zu verantworten, einer politischen Partei den Namen „christlich" beizulegen? 2. Hat der Anschluß Westdeutschlands an die NATO das heutige Fiasko in der Wiedervereinigungspolitik verursacht? 3. Wo liegt die Grenze des vertretbaren Risikos für die westdeutsche Politik?

1. Gerstenmaier beschwert sich, daß er die Namensgebung seiner Partei rechtfertigen muß; denn die Beweggründe dazu führe er „nicht gerne auf der Zunge", weil man hier auf „heiligem Lande" stehe. Aber umgekehrt wird ein Schuh daraus! Der Name „christlich" ist heiliges Land, nicht unsere Beweggründe, und wer diesen Namen ungehemmt „auf der Zunge führt", wie Gerstenmaiers Partei, muß sich gefallen lassen, nach seinen Beweggründen gefragt zu werden. Denn das 2. Gebot lautet: „Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht unnützlich führen!" Gerstenmaiers mißliche Aufgabe, diese Namensgebung zu rechtfertigen, gelingt ihm dann auch nicht besser als denen, die es vor ihm unternommen haben. Was ist das Christliche an der CDU? Mit diesem Namen habe sich die Partei „auf christliche Grundsätze verpflichtet", hören wir mit Berufung auf eine Erklärung der Evangelischen Kirchenversammlung in Treysa vom August 1945, die kürzlich schon Paul Bausch („Evangelische

Verantwortung", Oktober 1960) aus ihrer verdienten Versenkung hervorgeholt hat und die aufs neue zu zitieren auch Gerstenmaier keine theologischen Hemmungen hat. Was sind diese christlichen Grundsätze, und wo finden wir sie? Gerstenmaier hütet sich, sie uns zu nennen. Finden wir sie im vergessenen Ahlener Programm, in Erhards Neoliberalismus, in den Schwüren gegen die Wiederbewaffnung vor 1950 oder im Bekenntnis zu ihr nach 1950? Das alles sind vernünftig zu diskutierende Thesen, für die sich auch ein Christ erklären kann, wenn er sie für richtig hält. Aber wieso müßte er sich als Christ zu ihnen bekennen? Nur dann wären es doch „christliche Grundsätze" und nicht nur diskutable Vernunftbehauptungen.

Außer den ungenannt bleibenden Grundsätzen nennt Gerstenmaier unvorsichtigerweise auch die Praxis. Meint er im Ernst, daß sich seine Partei von den übrigen durch eine besonders christliche Praxis unterscheide? Wird er sich wundern können, wenn ihm daraufhin aus dem Leserkreis außerhalb seiner Partei schallendes Gelächter entgegentönt in Erinnerung an allerlei betrübliche Erfahrungen, die man mit der Praxis seiner Partei — vielleicht nicht mehr, aber sicher auch nicht weniger als mit der Praxis anderer Parteien — machen konnte? Der Gewissenernst einzelner CDU-Politiker ist so unbestritten wie der von Vertretern anderer Parteien. Daß aber bei dieser Partei ein besonders ernstes Hören auf Gottes Gebot stattfinde, hätte doch auch den Außenstehenden auf eine überzeugende Weise sichtbar werden müssen. Werden von ihr die Wahlkämpfe christlicher geführt? Finden bei ihr die Lobbyisten der Interessentengruppen weniger Gehör als anderwärts? Hat sich in der Atomwaffenfrage gezeigt, daß man in dieser Partei besonders ernst mit der Frage gerungen hat, was Gottes Gebot dazu sage? Dann hätte es in dieser Frage ja wie sonst überall unter den Christen eine interne Partei-Diskussion geben müssen. Von einer solchen war nichts zu hören, sondern während wir anderen alle in schwerem Disput standen, wußte man in der CDU schon von vornherein, daß Gottes Gebot sich mit diesem Vernichtungsmittel vertrage, daß dies „nicht eine moralische, sondern eine rein militärische Frage" sei, wie es heute überall heißt, und bei der geschlossenen Zustimmung zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr im Frühjahr 1958 zeigte sich, daß in der CDU-Fraktion das Hören auf Gottes Gebot, auf das nach Gerstenmaier diese Partei „unter keinen Umständen verzichten" will, wie auf Kommando ein gänzlich einheitliches Ergebnis hatte wie sonst nirgends in der ganzen Christenheit.

Was geschieht demjenigen, dessen Hören auf Gottes Gebot ein abweichendes Ergebnis hat? Nach Gerstenmaier hat in der CDU jeder Christ einen anerkannten Anspruch darauf, mit dem gehört und respektiert zu werden, was er seinem „christlichen Bekenntnis im öffentlichen Leben glaubt schuldig zu sein". Die Namen G. Heinemann und P. Nellen, die hier für manche andere stehen, beweisen das Gegenteil. Man wird zugeben müssen, daß eine Partei eine geschlossene Linie braucht. Dann übernimmt sie sich aber mit der Zusicherung jenes Anspruchs. Wenn dessen Realisierung nur soweit reicht, als die Parteilinie es duldet, stehen wir wieder ratlos vor der Frage, worin denn eigentlich das Christliche der CDU zu finden sei.

Ein Christ muß Partei ergreifen, wie sonst im Leben, so auch in der Politik. Er tut das genau solange auf christliche Weise, als er die Partei, die er ergreift, nicht christlich nennt. Der Name „christlich" ist für eine Partei illegitim, weil er, legitim gebraucht, nie ein Parteiname sein kann. Es muß traurig stimmen, daß der Theologe Gerstenmaier keinen Unterschied darin sieht, ob ein einzelner Mensch (und auch die Kirche) oder ob eine Partei sich christlich nennt. Tut es ein einzelner oder die Kirche, so geschieht es, wenn es recht geschieht,

wahrhaftig „ohne jede Prätention", sozusagen auf den Knien, nicht um sich selbst zu rühmen, sondern um den Herrn zu rühmen, in dessen Dienst man stehen darf. Dieser Herr ist nicht für eine Partei, sondern für alle, für uns Gottlose alle gestorben; darum sondert der Name „christlich" nicht die Frommen von den Gottlosen ab, sondern bezeichnet den Dienst und die Botschaft, deren Bote der Christ zu allen seinen Mitmenschen sein soll. Eine politische Partei kann und soll nicht dieser Botschaft, sondern konkreten irdischen Zwecken dienen. Der Name, den sie sich wählt, ist immer „prätentiöse Selbstqualifikation", denn mit ihm wirbt sie und empfiehlt sie sich. Das ist legitim; illegitim aber ist es, dafür den christlichen Namen zu verwenden; denn damit wird er als Mittel im Kampf um die Macht, zur Selbstempfehlung und zur Absonderung von anderen verwendet und also mißbraucht. Wenn die CDU, wie Gerstenmaier sagt, „ihr politisches Tun und Lassen . . . unter Gottes Gebot und Ordnung stellen" will, so könnte sie damit gleich anfangen durch die Ablegung eines Namens, dessen Gebrauch eine ständige Verletzung des 2. Gebotes ist. Aber gesetzt, Gerstenmaier käme zu dieser Einsicht — wie würde er auf den entschlossenen Widerstand seiner Wahlstrategen stoßen, denen die Werbekraft dieses Namens und die damit verbundene klerikale Unterstützung wichtiger ist als alle christlichen Bedenken! So bleibt es bei der Verfälschung jedes Wahlkampfes durch außerpolitische Motive, die dem Bild des modernen religiös neutralen Staates, das Gerstenmaier so schön entwirft, gänzlich widerspricht. Kann man sich denn wirklich mit Gerstenmaier dabei beruhigen, daß die Säkularisierung eine allgemeine Erscheinung des Abendlandes ist? Sieht man nicht, wie in unserem Lande durch den politischen Mißbrauch des christlichen Namens eine zusätzliche Ursache dafür geschaffen wird, daß die kirchliche Verkündigung die Fassade der offiziellen christlichen Konvention kaum mehr zu durchbrechen vermag? Wagt irgend jemand zu behaupten, die CDU sei eine Hemmung und nicht eine Beförderung dieser „Konventionalisierung des Christentums" gewesen? Muß ein Christ nicht darüber bedrückt sein, wie dadurch der christliche Name zum Gespött und zum Anlaß bitterster Reaktionen bei unzähligen Andersdenkenden wird — wie durch die häufige Selbstbezeichnung der CDU als bürgerlicher Partei der Rückfall in die alte Gleichsetzung von „christlich" und „bürgerlich" geschieht, die der Kirche, wie man heute oft beklagt, die Ohren der Arbeiterschaft verschlossen hat — wie nun jede Schande einer mit ihm sich schmückenden Partei zur Schande des christlichen Namens selbst werden muß! Warum spürt man nichts von dieser Bedrückung bei Gerstenmaier und seinen Parteifreunden?

Es ist nicht zu ändern: vom evangelischen Verständnis des Christentums her ist diese Namensgebung und das in ihr sich ausdrückende Selbstverständnis undiskutabel. Luther, dessen Lehre von den beiden Reichen man sich besser bei dieser Frage entsinnen sollte, statt dann, wenn man sie zur Rechtfertigung von Massenvernichtungsmitteln mißbrauchen will, hat dazu das Nötige gesagt: Wenn er ein Kriegsmann wäre (und das gilt doch wohl auch für den Politiker) und sähe auf der Fahne ein Kreuz, „wenn's gleich ein Kruzifix selbst wäre, so wollt' ich davonlaufen, als jage mich der Teufel", schreibt er 1529 in seiner Schrift „Vom Kriege wider die Türken", und ebenda: „Aber über alles bewegt mich, daß man unter christlichem Namen wider den Türken zu streiten vornimmt, lehrt und zeigt, gerade als sollte unser Volk ein Heer von Christen heißen wider den Türken als wider Christi Feinde, welches ist stracks wider Christi Lehre und Namen."

2. Zu der zweiten Frage behauptet Gerstenmaier, es gab „keinen anderen Weg" als den der militärischen Westintegration der Bundesrepublik; in keinem

einzigen Augenblick habe die „reale Möglichkeit" bestanden, die Freigabe der Sowjetzone und die Wiedervereinigung zu einem nichtkommunistischen Deutschland zu erreichen; es sei „objektiv unrichtig", daß die Sowjets „jemals" zu einer solchen Freigabe bereit gewesen wären, da sie ja „unaufhörlich nach der Weltherrschaft des Kommunismus drängen". Dabei bekomme ich von ihm das Lob, daß ich wenigstens nicht „die alte hausgemachte Legende von der großen Chance" der sowjetischen Angebote wieder aufgetischt hätte. Ich beeile mich, dieses Lob zunichte zu machen, indem ich gestehe, daß ich genau diese „Legende" im Sinne hatte, freilich nicht so, als ob sie mir ein Glaubenssatz wäre. Denn man beachte wohl: Gerstenmaier ist es, der hier eine Behauptung aufstellt, nicht ich. Niemand weiß, ob damals wirklich eine „reale Möglichkeit" bestanden hat. Gerstenmaier aber will genau wissen, daß sie nicht bestanden hat. Woher weiß er das? Man hat sich ängstlich gehütet, durch erprobende Verhandlungen festzustellen, ob sich aus den Vorschlägen des alten Stalin und seiner Nachfolger etwas machen ließe (zur Verhinderung überflüssiger Mißverständnisse: nicht um Annahme dieser Vorschläge, deren Fallstricke deutlich waren, sondern um Verhandlungen über sie mit dem Ziel eines brauchbaren Kompromisses handelte es sich). Warum hat man es nicht zur rechten Zeit versucht? Wer so fest wußte, daß nichts daran sei an ihnen, konnte es ja riskieren, da Verhandlungen dann nur die sowjetische Heuchelei entlarven konnten. Gerade diejenigen, die es nicht riskierten, befürchteten offenbar, die Vorschläge könnten ein echtes Angebot enthalten, und lehnten eben darum auch nur den Versuch einer Erprobung ab. Warum? Um durch greifbare Möglichkeiten, die sich dabei zeigten, nicht an der militärischen Westintegration, zu der man längst fest entschlossen war, gehindert zu werden.

Niemand kann sagen, ob auf anderen Wegen mehr erreicht worden wäre; aber wer bis fünf zählen kann, konnte sehen, daß d i e s e r Weg das Ergebnis haben mußte, daß wir heute von der Wiedervereinigung weiter entfernt sind denn je. Führen sonst auch öfters Umwege zum Ziel, so gab es hier bei nüchterner Einschätzung aller Kräfte doch kein Indiz dafür, daß der Weg nach Paris ein Umweg nach Magdeburg und Dresden sein werde. Der Abmarsch der Westdeutschen nach Westen mußte unvermeidlich den Ostmarsch der Mitteldeutschen zur Folge haben. Das ist von einigen klarsehenden Leuten deutlich gesagt worden; das ganze Regierungslager hat in ungezählten Reden das Gegenteil behauptet. Das waren pure Illusionen, heute zerplatzt wie Luftballons, und nur die groteske Vergeßlichkeit unserer Zeit macht es möglich, daß diejenigen, die vor diesen Illusionen gewarnt haben, heute als Illusionisten verschrien und proöstlicher Gesinnung verdächtigt werden. Nur Illusionisten konnten die Erkenntnis verhindern, daß mit der Eingliederung der Bundesrepublik in den westlichen Militärblock das Schicksal der 17 Millionen, das heute bei uns so laut beklagt wird, besiegelt war, und ohne diese Illusionen hätte man vermutlich ernsthafter nach anderen Möglichkeiten gesucht, die westlichen Interessen und die gesamtdeutsche Verantwortung unter einen Hut zu bringen. Wer heute dekretiert, solche Möglichkeiten habe es nicht gegeben, behauptet mehr, als irgendein Mensch je wissen kann. Jedenfalls: Dahin sind nun alle Illusionen, mit denen damals die Warner zugedeckt wurden: aus der Position der Stärke könnten wir von den Sowjets die Freigabe der Zone erzwingen, auch nach dem 8. 5. 1955 würden die Sowjets weiter über die Wiedervereinigung verhandeln, wir könnten dann zum günstigen Zeitpunkt auch unsere NATO-Zugehörigkeit als Preis anbieten, in Karlshorst verachte man die Pankower und brenne auf eine Verständigung mit Bonn, für gute Wirtschaftsbeziehungen würde man uns die Zone noch zum Preis zuschlagen, Deutschland sei nun davor gesichert, Schlacht-

feld zu werden — und was dergleichen Verheißungen mehr waren, die ich meine freundlich charakterisiert zu haben, wenn ich sie Selbstbetrug nannte, was sie im Munde der redlichen Männer und Freunde, von denen ich sie gehört habe, sicher nur waren. Das Fiasko ist am Tage, aber es wird nicht empfunden, weil es nicht die Westdeutschen sind, die es am eigenen Leibe auszubaden haben.

Darum wiederhole ich meinen Satz aus jenem Aufsatz: „Die Politik, von der man sich im deutschen Selbstbetrug die Wiedervereinigung versprach, ist die Ursache dafür, daß sie nicht erreicht wurde." Es ist leicht erklärlich, daß diejenigen, die daran verantwortlich beteiligt waren, heute zur Sicherung ihrer eigenen Nachtruhe beteuern müssen, an der ganzen Katastrophe sei Hitler allein schuld, und jeder andere Weg hätte Deutschland als „ungeschütztes Objekt" im „Niemandsland" hilflos den Manipulationen und Interventionen Rußlands unterworfen; außerdem hätten wir vor den Pariser Verträgen ja keinerlei Handlungsfreiheit gehabt, und die Westmächte hätten auch nichts anderes erlaubt — und schließlich seien diese alten Kamellen ja „ohnehin nicht mehr interessant", nachdem auch die SPD eingeschwenkt sei; wer jetzt noch unsere Gewissensruhe stört, ist ein unbelehrbarer Fanatiker. Es muß jeder selbst sehen, wieweit er damit durchkommt. Nur muß er damit rechnen, daß anderen die schwachen Stellen seiner Verteidigung nicht verborgen bleiben. Daß mit Hitlers Politik und Zusammenbruch die deutsche Spaltung schon unaufhebbar gewesen sei, kann nur der behaupten, der den primitiven Satz: „Was der Russe einmal hat, gibt er nicht wieder heraus" zum politischen Axiom erhebt, was ich ausdrücklich Gerstenmaier nicht unterstelle. Hat dieser Satz aber keine axiomatische Wahrheit, dann war die Wiedervereinigung in einem nichtkommunistischen Deutschland erste Aufgabe der westdeutschen Politik. Axiomatische Wahrheit mußte dagegen dem anderen Satz zugebilligt werden, daß die Wiedervereinigung entgegen den vitalen Interessen einer von den vier Besatzungsmächten nicht erreicht werden könnte. Als die mutige und kluge Helene W e s s e l 1952 im Bundestag einmal vom Sicherheitsinteresse der Sowjets sprach, das wir berücksichtigen müßten, antwortete ihr höhnisches Gelächter unserer Volksvertreter. Inzwischen hat sich herumgesprochen, daß man über solche Interessen nachdenken müsse; solange man sich aber deren Analyse durch die panische oder bequeme Formel erspart, daß „Sowjetrußland und Rotchina unaufhörlich nach der Weltherrschaft des Kommunismus drängen werden", muß das Gespräch offenbar bei den primitiven Anfangsgründen beginnen. Damit mag Gerstenmaier in Wahlreden die Pferde scheu machen, aber in einer ernsthaften „Disputation" sollte er nicht mit Formeln kommen, die genauso wahr und so falsch sind wie das, was ich täglich im „Neuen Deutschland" über den Weltherrschaftsdrang des amerikanischen Imperialismus lese. Daß die Westmächte, wie Gerstenmaier sagt, die Neutralisierung Deutschlands nicht erlaubt hätten, ist eine vermutlich richtige und jedenfalls schätzenswerte Bemerkung Gerstenmaiers, geeignet, zur Differenzierung des Weltbildes des westdeutschen Zeitungslesers beizutragen, der ja sonst immer nur zu lesen bekommt, daß einzig die Sowjets unserem Volk das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten haben und noch vorenthalten. Daß wir aber erst durch die Pariser Verträge Handlungsfreiheit gewannen, ist eine Bemerkung, die mit der Mehrdeutigkeit dieses Begriffs spielt; sie trifft zu für die staatsrechtliche Handlungsfreiheit (die sich aber nach den Pariser Verträgen gerade nicht auf die weiterhin den alliierten Mächten vorbehaltenen Wiedervereinigungsprobleme bezieht, was Gerstenmaier unerwähnt läßt), nicht aber für die politische Handlungsfreiheit, wenn darunter verstanden wird, daß wir schon seit Gründung der Bundesrepublik nicht mehr einfach Objekt der westlichen Politik gewesen sind.

Eben das ist ja ein mit Recht vielgerühmter Unterschied des Westens von dem Stalinschen Satellitensystem gewesen, und Adenauers Angebot deutscher Divisionen im Sommer 1950 wie die ganze darauf folgende Diskussion hatten dies zur Voraussetzung: Wir wurden nach unserer Entscheidung gefragt, wir haben selbst entschieden, wir haben darum zu verantworten, was geschehen ist, und können es nicht einfach auf die Westmächte abschieben — abgesehen davon, daß auch deren Politik mit ihrer verhängnisvollen Überschätzung der Notwendigkeit eines deutschen Verteidigungsbeitrages wesentlich durch Einflüsterungen aus Deutschland mitbestimmt worden ist.

So bleibt nur die Frage, ob es sich bei der Entscheidung für die Blockfreiheit, die selbstverständlich wie jede hier in Frage kommende Entscheidung ihre Risiken hatte und bei der es erst noch darauf ankam, was man politisch aus ihr machte, um ein vertretbares Risiko gehandelt hätte. Gerstenmaier will genau wissen, was die unvermeidbaren Folgen gewesen wären: wir wären entweder unter dem Besatzungsregime geblieben (er hütet sich zu prophezeien, wie lange) und hätten also die Einheit doch nicht erreicht, oder wir wären im „Niemandsland" zuerst „in Mißkredit bei Ost und West" geraten und schließlich doch der Bolschewisierung und der „Einheit in Knechtschaft" anheimgefallen. Er weiß aber genau, daß es Alternativvorschläge mit vertretbarem Risiko gegeben hat, daß in dem angeblichen „Niemandsland" sich eine Menge von Staaten heute bewegen und daß das Interesse des Westens, sie zu stützen und zu schützen, unvermindert wirksam ist. Es bleibt darum die Frage an ihn: Hätten er und viele andere wirklich die Kaltherzigkeit besessen, sich für die militärische Westintegration zu entscheiden, wenn sie sich damals klar über die nationalen Folgen gewesen wären und nicht die Illusion gehabt hätten, diese ließen sich vermeiden?

Das alles sei heute uninteressant, weil nun auch die SPD zustimme, meint Gerstenmaier mit merkwürdiger Logik. Daß eine Regierung welcher Partei auch immer jetzt und in Zukunft Politik machen muß, von dem Boden derjenigen Tatsachen aus, die von der vorhergehenden Regierung geschaffen worden sind, ist klar, und nicht anders meine ich die sogenannte „Schwenkung" der SPD verstehen zu sollen. Aber wie dem auch sei, man täusche sich nicht darüber, daß das, was geschehen und versäumt worden ist, nicht vergangen ist. Es schwelt unter der Oberfläche, und Gerstenmaiers lange Verteidigung ist selbst ein Beweis dafür, daß wir — hoffentlich — nicht darüber zur Ruhe kommen, bis unser nationales Problem eine bessere Lösung gefunden hat. Es wird die Beurteilung der bisherigen Entscheidungen auch von Einfluß sein für diejenigen, die jetzt vor uns stehen. Deshalb handelt es sich hier nicht um Streitgegenstände, die an die Fachhistoriker abgetreten werden könnten.

3. Die Frage nach dem vertretbaren Risiko hat große Dimensionen. Da Gerstenmaier schreibt, für die Wahl eines anderen Weges hätte man in Bonn „weniger freiheitsbesessen" sein müssen, sei diese Frage am Begriff der Freiheit, diesem großen Märtyrer unserer Tage, verdeutlicht. Gerstenmaier stimmt meinem Satze zu, daß jede geschichtliche Aufgabe einen sittlichen Gehalt hat. Den sittlichen Gehalt der Freiheit zeigte der Apostel Paulus an einer wichtigen Stelle des Neuen Testamentes (Brief an die Galater 5,13) durch seine Unterscheidung zwischen einer Freiheit des „Fleisches", das heißt einer Freiheit zum egoistischen Genuß, und einer Freiheit im Dienste der Liebe. Entscheidend ist also, wozu man die Freiheit, die man hat, benützt. Wenn ein Volk mehr ist als ein Konsumverein, gilt das auch für ein Volk. Je nach dem Wozu ändert sich auch die Risikogrenze. Wenn einer im Kampf mit den Wellen außer seinem eigenen Leben auch noch das seines Bruders retten will, darf er doch nicht blindlings handeln; auch er muß nach dem vertretbaren, das heißt sinnvollen

Risiko fragen; denn es ist keinem gedient, wenn sie beide umkommen. Wenn er aber nur um die eigene Haut besorgt ist, dann wird er unversehens die Grenze so eng ziehen, daß ihm schließlich jede Selbstgefährdung, die mit dem Rettungsversuch verbunden sein könnte, als unzumutbares Risiko erscheint. Es gibt in der Geschichte kein neutral zu kalkulierendes Risiko. Seine Beurteilung und erst recht seine Bewältigung hängt im großen Maße ab von dem Geiste, der ein Volk oder wenigstens seine Führung und seine führenden Schichten in einer Notzeit beseelt. Wer die Hintergründe unserer Politik in diesen zehn Jahren ein wenig kennt, der weiß, welchem von den beiden eben erwähnten Männern sie gleicht. Dem Geiste, in dem man die Warnungen überhört und niedergeschlagen und sich mit Illusionen beruhigt hat, weil man jedes Risiko für den anderen Teil des Volkes scheute und auf den winkenden Profit starrte, diesem Geiste gilt die Anklage. Wer den Kommunismus als „Seelenmord von Peking bis Pankow" definiert, der mußte erst recht zum Risiko, auch zum Risiko des „Niemandslandes" für die so Gefährdeten bereit sein. Hier ist auch die legitime Möglichkeit für die kirchlichen Worte, die weder politische Eingriffe noch apolitische Reserve sind. Soweit solche versucht wurden, haben sie in der kirchlichen und politischen Öffentlichkeit nur gereizte Abwehr statt nachdenklichen Gehörs gefunden.

Die Freiheit, die wir uns auf solche Weise egoistisch gesichert haben, ist darum auch nur eine egoistische Freiheit geblieben. Wer darüber, wie es nun allenthalben geschieht, klagt, sollte über die Ursachen und Zusammenhänge nachdenken. Eine Folge davon ist, daß die Freiheit, die man nicht für eine Aufgabe eingesetzt hat, sondern als ein Gut ansieht, das man ängstlich erhalten muß, an den Sicherungen, die man für nötig hält, allmählich stirbt. Oft genug schon in der Geschichte ist sie an der Angst vor ihrem Verlust ebenso gestorben wie durch den Sieg äußerer Feinde, und von jeher wurden die meisten Beschneidungen der Freiheit als Maßnahme zu ihrer Erhaltung ausgegeben. Daß die rechtlichen Beschneidungen erst folgen, wenn im vorrechtlichen Bereich der Konformismus schon sein Erstickungswerk getan hat, ist kein ausreichender Trost. Es ist wie ein Watteregen, sagt Carlo Schmid einmal, erst merkt man es kaum, und dann kann man auf einmal nicht mehr atmen. Das spürt freilich derjenige früher und empfindlicher, der dazu verurteilt ist, gegen den Strom zu schwimmen. Das ist eine alte Erfahrung. „Ich verstehe nicht, warum man bei uns über Mangel an Freiheit klagt", sagte mir vor einiger Zeit ein menschlich sehr schätzenswerter kommunistischer Funktionär in der DDR, „ich kann doch hier alles sagen, sofern es nicht antihumanistisch ist". Wer im Zentrum einer Gesellschaft steht, hält sie selbstverständlich für eine freie; inwiefern sie es wirklich ist, zeigt sich deutlicher denen am Rande. Denn es bleibt bei der Maxime, die einst Rosa Luxemburg in ihrem Widerspruch gegen Lenin formuliert hat: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden." Gerstenmaer, der mich kennt, wird nicht meinen, mich in der Liebe zur Freiheit zu übertreffen. Er hat mit uns allen genug Gelegenheit, in unserer Bundesrepublik diese Liebe zu bewähren und inmitten der Rückwirkungen des kalten Bürgerkriegs auf das westdeutsche Leben der Erstickung der Freiheit und der systematischen Erziehung zur Linientreue entgegenzuarbeiten.

Die Möglichkeiten, sich zu verständigen, sind offenbar im Laufe dieser Jahre nicht größer, sondern geringer geworden. Über die verschiedenen Wege und Umwege nach 1950 konnte man schließlich noch streiten. Daß aber die Teilregierung eines gespaltenen, im kalten Bürgerkrieg zerrissenen Volkes, die sich eingestandenermaßen auf die Möglichkeit eines „begrenzten Konfliktes",

das heißt eines heißen Bürgerkrieges, einstellt, nach Atomwaffen für ihre Armee (unter dem Vorwand der Bündnisverpflichtung) drängt, statt für die Dauer der Spaltung solche Waffen, soweit es ihr nur möglich ist, aus ihrem Territorium herauszuhalten, darüber läßt sich nicht mehr reden, das ist nicht mehr zu entschuldigen. Als Gerstenmaier mir auf der letzten Gesamtdeutschen Synode der Evangelischen Kirche mit ruhigen Worten sagte, die mir und seinen Freunden so entsetzlich dünkende Möglichkeit, daß sich die beiden deutschen Bürgerkriegsarmeen an Elbe und Werra nun auch noch mit Atomwaffen ausgerüstet gegenüberstehen — eine Möglichkeit, von der wir meinten, eine deutsche Regierung müßte sie mit allen Kräften zu vermeiden suchen —, sei von ihm schon von Anfang an als natürliche Folge des Beitritts zur NATO einkalkuliert worden, und er sehe darin nichts zusätzlich Schlimmes, verstummte ich. Was hätte ich dazu noch sagen können? Höchstens dies, daß ich es ihm nicht glaube, und daß vor fünf Jahren jeder, der diese Konsequenz an die Wand gemalt hätte, mit illusionären Argumenten, aber noch guten Glaubens von ihm und anderen Apologeten der Regierungspolitik als Verleumder verschrien worden wäre. Nachdem es heute aber so steht, bedarf es freilich einer systematischen Erziehung zur Gedankenlosigkeit, damit die jetzige Entwicklung auch dem schlafenden Bundesbürger nicht in ihrer Schrecklichkeit klar wird. Da kauft die Bundesregierung die Kopien des Hiroshima-Films auf, da kann General S p e i d e l von einem „Endsieg" nach einem nuklearen Konflikt sprechen (Bulletin der Bundesregierung vom 19. 8. 1960), und der Bundeskanzler kann in seiner ersten Wahlrede versichern, nichtatomarbewaffnete deutsche Truppen gegen den östlichen Feind aufmarschieren zu lassen, hieße „Hunderttausende von jungen Soldaten dem Tod in den Rachen jagen", und Gerstenmaier predigt uns, als wäre er der Turnvater Jahn, eine „Rangordnung christlicher Werte" („1. Freiheit, 2. Friede, 3. Einheit"), ohne auch nur andeutungsweise ein Bewußtsein von der atomaren Situation, die das alles doch tief problematisch macht, zu verraten.

Was denkt sich eigentlich diese unsere Führung? Hinter welchem Monde lebt sie oder meint sie, daß wir leben? Was soll man von einem Politiker halten, der noch nicht gemerkt hat, daß es diese Reihenfolge nicht mehr gibt, sondern daß wir heute Frieden und Freiheit nur m i t e i n a n d e r gewinnen oder verlieren können — oder der, falls er es selbst schon gemerkt hat, seinem Volke noch das Gegenteil davon sagt — und das alles mit Berufung auf das Evangelium! Kein Wunder, daß Gerstenmaier sich mitgekränkt fühlt, wenn dem Bundesbürger Gedankenlosigkeit nachgesagt wird. Und daß er mit einer Kirche zufrieden ist, die sich nicht dazu hat drängen lassen, aus dieser Gedankenlosigkeit aufzurütteln.

Gebe Gott, daß er nicht so wie jetzt auf den Trümmern der deutschen Einheit eines Tages, nach dem Zerstieben weiterer Illusionen, auf den letzten Ruinen unseres Landes beteuern muß, er könne „nach längerer Prüfung keinen anderen Weg erkennen, den wir bei gewissenhafter Prüfung hätten gehen können." Jedenfalls: daß er für eine Position, die den Atomkrieg für ein Mittel zur Verteidigung „christlicher Werte" hält, meint das Evangelium in Anspruch nehmen zu können, das geht zu weit, das ist aktiver Beitrag zur „Konventionalisierung", das heißt zur Entleerung und zum Verächtlichwerden des Christentums. Das kann ihm doch unmöglich auf die Dauer verborgen bleiben. Wenn das klar ist, dann können wir über die Wege, die wir in illusionsloser Erkenntnis der heutigen Weltsituation und in nüchterner Einsicht in unsere Grenzen befürworten, um mit der schlechthin notwendigen Erhaltung des Frie-

dens auch die Freiheit uns zu erhalten und die Einheit wiederzugewinnen, uns mit Argumenten der Vernunft noch reichlich streiten. Das ist kein „heiliges Land", sondern das sind menschliche Positionen, sicher oft genug allzu menschliche, bei denen jeder die Schuhe anbehalten darf — deren keine man darum aber auch mit dem heiligen Namen „christlich" schmücken soll. Womit ich bei dem ersten Punkt dieser Ausführungen wieder angelangt bin.

Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner

Monopolpolitik

Vor dem SPD-Parteitag hofften noch etliche überzeugte Sozialisten, die Partei würde die Haltung der Fraktion als Opposition korrigieren. Auch atmeten etliche auf nach dem Nein von Ollenhauer. Sie wurden alle enttäuscht. Das Nein wurde ein Ja, wenn auch später wieder ein Nein, und blieb ein Ja. Der Parteitag billigte das völlige Einschwenken der offiziellen Partei auf die wesentlichen Regierungsgrundsätze in auswärtiger Politik und Rüstungspolitik. Was sich zwischen dem Ja und Nein, das hörbar durchklang, hinter den Kulissen der Parteiherrscher abgespielt hat, kann man nur ahnen. Jedenfalls hat man in dem Schlußappell von Hannover den Vertretern der Wähler eine den Wirklichkeiten ins Gesicht springende recht unoriginelle Falle gestellt. Man versüßte die Einordnung in die Regierungslinie mit materiellen Versprechungen, wie Verdoppelung des Lebensstandards, eigener Wagen, Eigenheim und der deutschen Volksaktie und allen nur möglichen sozialen und kulturellen Errungenschaften. Ob die Masse der Wähler ebenso leicht in diese Falle geht, bleibt abzuwarten. Denn diese beiden Dinge, die Durchführung der Vollaufrüstung und die Einhaltung all jener Versprechungen, werden sich als feindliche Brüder erweisen. Bei einem Einmann-System — oder Zwei- bis Dreimann-System — läßt sich allerdings mehr erzwingen als bei einem demokratischen System. Unsere Parteidemokratie hat ja auch schon lange einen Knacks bekommen, als sie vor den Toren der Parteihäuser Halt machte.

Haben die Lenker der Opposition vergessen, wie Adenauer sich die Mitarbeit der Opposition vorstellt? Haben sie vergessen, daß das Monopol der Außenpolitik noch nie in so offener und schroffer Form durch die Vertreter der Regierungsparteien gefordert wurde als im vergangenen Sommer? Sie verlangten nicht mehr und nicht weniger als die gänzlich undemokratische Gleichstellung der Außenpolitik der Opposition. Das böse Wort wird leider durch Äußerungen von Ministern wieder salonfähig. Gelingt die Gleichschaltung in der Außenpolitik nicht im gewünschten umfassenden Maße, stehen vor allem Persönlichkeiten dagegen auf, dann sucht man andere, oft recht unerfreuliche Mittel zur Ausschaltung mißliebiger Gegenmeinungen. Man verhandelt nicht, man schaltet nur. Daß man dabei bis zur Diskriminierung, ja sogar Disziplinierung aufrichtiger gegnerischer Persönlichkeiten zu gehen wagt, das sei nur als ein sehr trauriger Schatten dieser „demokratischen" Regierungsmethoden nebenbei in das Gesamtbild eingefügt. Die schon lange heranschleichende Absicht zur Anwendung außenpolitischer Monopolmethoden auf Gebiete der Innenpolitik ist die schlimmste Folge jener Regierungsschaltungen für das deutsche Volk. Diesem wird der große Zusammenhang des Systems nur vereinzelt klar. Durch eine Reihe von Ver-

fügungen und Ressortgesetzen — natürlich oft nur anwendbar im „Notstand" — sucht man mit einer Kette von Maßnahmen zur Kontrollierung, Entmachtung und Verächtlichmachung aller gegnerischen Äußerungen jegliche Volkskritik und jede offizielle Gegnerschaft außerhalb der Regierungsmauern zu halten. Höher und höher bauen Regierungs- und Parteiverantwortliche die Mauer um das Allerheiligste, in dem regiert wird. Wie in einem Zusammenspiel fügen sie Steinchen an Steinchen, bis uns eines Tages aus dem fertigen Mosaik das Medusenhaupt eines ausgewachsenen Ermächtigungsgesetzes entgegenstarrt. Leider kein Kinderspiel. Man braucht nur ein bißchen nachdenken, um mit erschreckender und nach allen unseren Erfahrungen und leidenschaftlichen Besserungsversuchen erschütternder Klarheit zu sehen, wie überall im Regierungsapparat und weithin im regierenden Parteiapparat das Streben nach absolut undemokratischer Monopolisierung vieler Abteilungen des politischen Geschehens in böser Mißachtung von Millionen andersdenkender Staatsbürger die im Lincolnschen Sinne volksweite Demokratie untergräbt. Diesen Weg geht die Sozialpolitik, die Rundfunk- und Fernsehpolitik, die Staatssicherheitspolitik, die Pressepolitik, die militärische Traditionspolitik, die Erziehungspolitik, die Hochschulpolitik, die Rechtspolitik, gar nicht zu reden von der Rüstungspolitik, bis die gesamte Politik immer mehr zu einem alles gleichschaltenden Einheitssystem wird, zu einer Zentralmaschine, die mit Hilfe einer dauernd stärker, umfangreicher und selbstsicherer werdenden Bürokratie die Unabhängigkeit und Freiheit der Persönlichkeit, jegliche Bürgerkritik und unveräußerliche Menschenrechte jedes einzelnen und damit des ganzen Volkes bedroht. Die in der Außenpolitik hell zutage tretende Konzeption der Zentralisierung scheint nicht nur in ihr, in der Wirtschaft und den gemeinhin unter dem Begriff „Politik" verstandenen Bereichen, sondern auch im Geistigen und Moralischen Trumpf zu werden. Zentralisierung bedeutet Drosselung demokratischen Lebens. Dezentralisierung ist ein notwendiges Gebot demokratischer Entwicklung. Mögen wir von einem Bundes-Kultusministerium verschont bleiben! Hier würde die zu erwartende Gleichschaltung am gefährlichsten sein. Es genügt schon der schwärzliche Zentralismus in einzelnen Ländern. Erziehung muß vielgestaltet bleiben entsprechend der Vielseitigkeit der menschlichen Natur. Man kann sie nicht den Händen einer Monopolregierung anvertrauen. Kommt dann noch der Druck des religiösen Gewissens auf das politische Gewissen hinzu, so wird damit das Gebiet der geistigen und moralischen Gleichschaltung betreten. Muß ausgesprochen werden, was das bedeutet? Gott sei Dank zeigen Vorgänge in Bayern, ausgerechnet in Bayern, daß gläubige Menschen sich durch ihr religiöses Gewissen nicht ihre Pflicht zum politischen Gewissen beschneiden lassen. Die beiden sind nicht identisch. Leider führen bereits begangene Wege in der Landschaft der Politik vielfach in ein geistiges Gefängnis, in dem kein Unterschied mehr gemacht wird zwischen religiösem und politischem Gewissen — oder soll ich mit einem Blick auf die Menschenrechte sagen: Menschheitsgewissen. Beide haben ihre Heilkraft für die Krankheiten der Gegenwart. Wer gegen eine dieser beiden Gewissensmächte vorgeht — bis zum Ketzerprozeß gegen einzelne Menschen — versündigt sich an der natürlichen Struktur jedes europäischen Volkes und liefert es langsamem Siechtum oder unmenschlicher Unterdrückung aus. Aber eine Vermengung der beiden ist ebenso gefährlich.

Was bedeuten denn die ungezählten Institute für sogenannte politische Bildung, von denen eines besser zu sein glaubt als das andere? Was bedeutet unsere fast überall längst in oberflächliche Fachkurse, zusammenhanglose Vermittlung von Allgemeinwissen und Unterhaltungsstunden abgeleitete Erwachsenenbildung, was alle materiellen Reformen im Hochschulwesen, was alle neuen technischen

Schulgründungen für die Schöpfung und Erhaltung wirklicher, persönlicher demokratischer Geisteshaltung? Es ist alles Spiegelfechterei, solange eine diktatorisch veranlagte Regierung und Regierungspartei das gesamte Leben in ihren Bann zwingen wollen und widerstandsschwache Oppositionsgruppen sich vor klarer Gegenhaltung scheuen und im Kompromiß ihre „vaterländische Gesinnung" zu beweisen suchen. An die langsame und mühsame Heranbildung eines neuen Menschenbildes für ein neues Deutschland denken sie nicht.

Der Fehlschlag der Gipfelkonferenz wurde von unseren Stärkepolitikern zum undemokratischen Ausbau ihrer Festung von der Außenpolitik her ausgenutzt und ließ sie zum Gipfelschlag — leider oft ein leidiger Tiefschlag — ihrer Preisboxer gegen die Gegner ausholen. Wie haben sie sich wieder in's Fäustchen gelacht über das Verhalten Chrustschows und triumphierend hinausposaunt: da seht ihr Ungläubigen alle, wie recht wir mit unserer Politik haben; wer sie nicht mitmacht, beweist nun offenkundig jeglichen Mangel an praktischem politischem Sinn. Und untertänig hat sich die Opposition niederboxen lassen. So haben wir wohl eine personell überragende Mehrheit für die Katastrophenpolitik der CDU durch die hilfsbereite Zustimmung der trabantenartigen Opposition, aber der Charakter der stur verfolgten Monopolpolitik wird dadurch nicht geändert, nur gestärkt. Nicht gleichgeschaltete Parteien sind jetzt die Gegenspieler, sondern das mehr und mehr wach und hellhörig werdende Volk. Und was ändert all diese trotzige Politik für Deutschland? Bleiben nicht das Problem der Koexistenz, wie Chrustschow und seine Satelliten, sogar China, längst und gerade in letzter Zeit wieder klug und vorausschauend betont haben und das Problem der Abrüstung die Kernprobleme wie vorher? Was ist denn die Alternative der Verneiner der Koexistenz und der Aufrüster? Die Antwort ist nur zu schauerlich klar.

Die Vergleichsebenen von West und Ost dürfen nicht auf das simple, allzusimple, materielle Stärkeverhältnis herabgewürdigt werden. Sonst heißt es eben: Wer Stärke sät, wird Stärke ernten. Und der Weg von Stärke zu Gewalt ist kurz. Der früher gegensätzliche Standpunkt der Opposition, die dem Kulturwettkampf zuneigte, hatte seine tiefe Berechtigung. Totalitäre Staaten schwächen ihr Volk bei aller äußeren Stärke durch Unfreiheiten und Unterordnung der Persönlichkeit. Demokratien stärken ihr Volk trotz scheinbarer Zersplitterung durch persönliche Freiheiten und tätige Anerkennung der Persönlichkeitsrechte. Die Zukunft, die dies beweisen wird, wie es auch die Opposition einmal zu sehen glaubte, bleibt auch bei uns nicht aus. Aber augenblicklich muß man schon wieder fragen: wo gehören da wir Deutsche hin?

Würde man in wirklicher demokratischer Zusammenarbeit die tatsächlich ja längst vorliegenden Vorschläge von oppositioneller Seite, von anderen Staaten und Einzelpersonen wenigstens als Grundlage zur Diskussion für Innen- und Außenpolitik anerkennen und nutzen, anstatt in unverständlicher Selbstgefälligkeit, Großmannssucht und geistiger Überheblichkeit außenpolitische Gedanken abzulehnen, die nicht innerhalb jener Regierungsmauern geboren wurden, dann würde ein guter Wille zu neuen Versuchen politischer Gespräche mit Mitteln führen, die keinen Monopolcharakter mehr tragen.

Spüren denn die Herren in Bonn nicht, daß es an allen Ecken und Enden unseres Landes zu knistern beginnt? Glauben sie denn wirklich, alle echte Opposition, die außerhalb der Parteien mit immer lauteren Stimmen vernehmbar wird, mit dem abgedroschenen Kindermärchen von kommunistischer Infiltration und Tarnung mundtot und wirkungslos machen zu können? Warten wir ab. Zuletzt hat das Volk doch mehr zu sagen in einer Demokratie — oder wollen sie keine mehr ? ! — als Gruppen von Menschen, die unter jeder Bedingung an der Macht

und an der Futterkrippe festhalten. Oder sollten wir bei den Herrschenden noch unsere blauen Wunder erleben? Sollte man wirklich auch dort beginnen, zu merken, daß es nicht nur bei uns knistert, sondern daß in einer ganzen Anzahl Länder durch Neuwahlen, neue Konzeptionen führender Politiker, Revolutionen und Aufständen und nicht zuletzt in Amerika durch die Präsidentschaftswahlen und andere unverkennbare Andeutungen, selbst auf kommunistischen Welttreffen, ein schrittweiser Wechsel in der Weltaußenpolitik sich anzubahnen scheint? Das müßte dann allerdings bedeuten, daß die dem alten Herrn immer mehr hörig gewordenen Abgeordneten sich wieder auf ihr eigenes Gewissen, ihren eigenen Willen besinnen und ethische Überzeugung und gesunden Menschenverstand über untertänige Gefolgschaft stellen. Und es müßte bedeuten, daß Parteien sich wieder darauf besinnen, daß sie Parteien sind, die bei aller Anpassung an politische Wandlungen und weltpolitische Situationen einen Schatz von Grundüberzeugungen zu wahren haben, ohne dessen Pflege sie sich selbst aufgeben. Dann müßte das Monopolsystem zusammenbrechen.

Christel Küpper

Zum Notdienstgesetzentwurf der Bundesregierung

Das Grundgesetz der Bundesrepublik sieht gewisse Eingriffsbefugnisse in Notzeiten (Krieg, Mobilmachung, Belagerung, Ausnahmezustand) vor, die als Notstandsregelungen gelten und die zu den die Verfassung ändernden Gesetzen gehören, zu deren Verabschiedung durch das Parlament eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich ist. Im Verlauf des letzten Jahres wurden von seiten der Bundesregierung eine Reihe von Gesetzesvorlagen über Notstandsbefugnisse vorgelegt, die ihrem Inhalt nach in die Kategorie dieser gesetzlichen Regelungen hineingehören oder für deren Inkrafttreten eigentlich die Notstandsregelung Voraussetzung wäre. Sie wurden als einfache Gesetze vorgelegt, die mit einfacher Mehrheitsentscheidung verabschiedet werden sollen. Und zwar handelt es sich hier um die Novelle zum Wehrpflichtgesetz, die bereits verabschiedet wurde, um den Entwurf eines Notdienstgesetzes und um einen Entwurf zur Änderung des Bundesleistungsgesetzes. Darüber hinaus sind eine Reihe von Gesetzesentwürfen in Vorbereitung (Seuchengesetz, Auskunftspflichtgesetz, Evakuierungsgesetz), deren Inhalt und deren Begründung durch die Bundesregierung auf der gleichen Linie liegen. Allen Entwürfen gegenüber müssen ernste politische, aber auch verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet werden. Ihnen allen ist gemeinsam, daß sie wie ein engmaschiges Netz das ganze Leben des Volkes auf den „Ernstfall" ausrichten sollen, auf die Bedürfnisse der militärischen Verteidigung. Es ist ihnen gemeinsam die Tendenz, die im Grundgesetz gesicherte Gewaltenteilung durch erhöhte und ausschließliche Befugnisse der Bundesregierung zu ersetzen und geforderte Machtbefugnisse nicht nur im Notstand, sondern bereits im Frieden in Anspruch nehmen zu wollen.

Das Notdienstgesetz, das von der Regierung im April 1960 beschlossen und dem Parlament zur ersten Lesung am 28. 9. 1960 vorgelegt wurde, bedeutet besonders für die Frauen einen ernsten Eingriff in ihre elementarsten

Rechte und Pflichten. Sie sind es vor allem, die durch den im Gesetz geforderten Notdienst erfaßt werden und damit in die Wehrpolitik der Bundesregierung eingebaut werden sollen.

Dieses Gesetz setzt wesentliche, im Grundgesetz verankerte Rechte des Staatsbürgers außer Kraft. Für die Regierung fordert es unumschränkte und unkontrollierbare Vollmachten. Sein Sinn ist es, juristische Voraussetzungen für die schon im Frieden auszubildende zivile Hilfstruppe zu schaffen, die praktisch die ganze Bevölkerung umfassen kann und im Falle einer Kriegsgefahr oder eines Krieges selbst zur Verfügung steht. Es verpflichtet alle Bundesbürger, Männer und Frauen, vom 18. bis 55. bzw. 60. Lebensjahr zur Ableistung eines Notdienstes, der nichtmilitärische Dienstleistungen für lebens- und verteidigungswichtige Aufgaben im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der Streitkräfte oder auch im nichtöffentlichen Bereich umfaßt. Auch die Ausbildung zu diesem Notdienst im Frieden ist Bestandteil des Gesetzes. Es geht also in dieser Zwangsdienstpflicht um Dienstleistungen im Rahmen der Gesamtverteidigung.

Der Umfang der Erfassung, der von obrigkeitsstaatlichen Gesichtspunkten diktierte Stil und die Ausdrucksweise des Gesetzes, wie auch die in ihm enthaltenen Strafbestimmungen haben besonders in den Kreisen der Frauen lebhafte Reaktionen hervorgerufen. Von seiten vieler Frauenverbände sind vor allem Kritiken und Gegenvorschläge zu einzelnen Punkten des Gesetzentwurfes erarbeitet worden. An dem bei vielen Frauen spürbaren Mangel einer klaren Unterscheidung zwischen einem Katastrophengesetz, das Hilfsmaßnahmen für Menschen in N o t möglich machen will — eine Verpflichtung, der keine Frau sich aus ihrer Verantwortung für den Menschen entziehen wird oder entziehen kann —, und einem ausschließlich auf den K r i e g bezogenen Gesetz mag es liegen, daß schwerwiegende grundsätzliche politische und rechtliche Bedenken in den von den Verbänden und Gruppen erarbeiteten Stellungnahmen nicht oder nur unzureichend und am Rande zu Wort kommen. So ist auch die Diskussion über den eigentlichen Charakter dieses Gesetzes kaum hörbar geworden. Auch die Tatsache, daß dieses Gesetz eine zwangsläufige Konsequenz aus der Politik der Wiederaufrüstung ist, auf die das politische Leben in Deutschland sich immer ausschließlicher eingestellt hat und in der der sogenannte „Ernstfall" immer wieder die Rolle des treibenden Motors übernimmt, wird von seiten der meisten Frauenverbände nur selten erwähnt. Wenn Frau Dr. L ü d e r s , die sich bei der ersten Lesung in temperamentvoller Weise gegen den totalen und den Zwangs-Charakter dieses Gesetzes wandte, davon sprach, daß, wer zu diesem Gesetz Stellung nehmen soll und muß, versuchen müsse, in voller Kenntnis aller Möglichkeiten und, soweit übersehbar, auch der Eventualitäten zu urteilen, so möchte ich dieser Forderung voll und ganz zustimmen und gerade aus dieser Notwendigkeit die Diskussion ausgedehnt wissen auf die grundsätzlichen Überlegungen, aus denen dieses Gesetz hervorgegangen ist, und nicht nur auf die Bedenken über Einzelbestimmungen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. A r n d t wies in der Debatte unter anderem auch auf die Geheimhaltung der Vorarbeiten zu diesem Gesetz hin, das im Gegensatz zu den sonst üblichen Praktiken ohne vorherige sorgfältige Beratung unter Mitwirkung von Ländern, Parteien und großen Organisationen vorbereitet wurde. Wir sind der Meinung, daß ein Gesetz, das so weitreichende Eingriffe des Staates in die Rechte der Staatsbürger beinhaltet, das auch in seiner politischen Auswirkung von so weittragender Bedeutung sein kann, eine solche Vorbereitung verlangt hätte. Es muß in diesem Zusammenhang auch als zumindest merkwürdig und unerfreulich bezeichnet werden, wenn der Gesetzestext monatelang nicht zu haben war und die Auseinandersetzung mit diesem Gesetz dadurch erschwert wurde (inzwischen ist eine Neuauflage erschienen).

Die Tragweite des Gesetzes

Die problematischsten Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes, die grundsätzlicher Art sind und die die Frage der Rechtsstattlichkeit aufwerfen, sind die Bestimmungen über die den Notdienst auslösenden Situationen, die ausschließliche Zuständigkeit der Bundesregierung für die Inkraftsetzung des Gesetzes und die schon im Frieden aufgehobenen oder eingeschränkten Grundrechte.

Nach dem Entwurf kann der Notdienst gefordert werden:

1. Wenn der Verteidigungsfall in der im Grundgesetz festgelegten Form festgestellt ist,
2. wenn bewaffnete Feindseligkeiten gegen die Bundesrepublik eröffnet worden sind,
3. wenn die Bundesregierung feststellt, daß Notdienstleistungen im Hinblick auf einen drohenden Verteidigungsfall erforderlich sind.

Ähnlich wie in der Wehrpflichtgesetznovelle und in dem Entwurf zum Bundesleistungsgesetz bezeichnet das Gesetz im Wortlaut wie in der Begründung der Regierung unklare und keineswegs eindeutig bestimmbare Zustände als Begründung für die Inkraftsetzung der Notdienstpflicht. Formulierungen wie „Spannungszeiten", „drohender Verteidigungsfall" oder „vor dem Drohen eines Verteidigungsfalles", „im Hinblick auf einen drohenden Verteidigungsfall", „Zeiten ernsthafter internationaler Spannungen", „Umstände, die auf einen drohenden Verteidigungsfall hindeuten, und zwar unabhängig von der Feststellung eines Verteidigungsfalles" — all diese Charakteristiken sind reine subjektive Bewertungs- und Ermessensentscheidungen. Welches Kriterium für eine Spannungslage, für internationale Krisen ist denn überhaupt möglich? Leben wir nicht seit Jahren in einem Zustand der Spannung und Krise und ist diese Spannung nicht gerade dadurch wesentlich mitbedingt, daß sie mit Mitteln der Gewalt, der Drohung, des zerstörenden Mißtrauens nicht nur beantwortet, sondern geradezu provoziert wurde? In einer Formulierung des Pressereferenten des Verteidigungsministeriums, Oberst Schmückle, ist von Zeiten die Rede, die gewissermaßen zwischen dem Frieden und dem Verteidigungsfall liegen, „wenn also weder Friede noch Krieg herrscht". Wenn solche unbestimmbaren Zustände zur Rechtsgrundlage so bedeutungsvoller Eingriffe des Staates gemacht werden, so wird damit eine für die Rechtsstaatlichkeit gefährliche Situation geschaffen, die in sich die Möglichkeit der Fehlentscheidung und des Mißbrauchs trägt. Ein Land wie Deutschland, das der Gefahr des Totalitären und des Militarismus einmal mit so grauenhaften und weltweiten Konsequenzen erlegen ist, hat Anlaß, solche Fragen besonders sorgfältig und verantwortungsbewußt, mit den Erfahrungen seiner Vergangenheit vor Augen, zu behandeln. In Zeiten des kalten Krieges, der von beiden Seiten mit allen Mitteln der psychologischen Kriegsführung geführt wird, in Zeiten, in denen die Verteufelung des Gegners, die Ideologisierung der Politik ruhige und überlegte Sachlösungen aus der jeweiligen Situation heraus immer schwerer machen, in solchen Zeiten ist das Manipulieren mit solchen Vollmachten eine u. U. lebensgefährliche Sache. Die im Entwurf für die Bundesregierung geforderten Vollmachten geben diesem Gesetz tatsächlich den Charakter eines Ermächtigungsgesetzes, das wir, belastet mit unseren Erfahrungen, fürchten müssen. Denn dieses Manipulieren mit Vollmachten geschieht vor dem Hintergrund einer mit Massenvernichtungsmitteln hochgerüsteten Welt. Es kann für falsche und irrtümliche Reaktionen, für unreife und machtbesessene Charaktere, die die Tragweite der Entscheidungen nicht übersehen oder sie im Banne ihrer ideologischen Besessenheit umfälschen, ein gefährliches Gefälle schaffen.

Durch die ausschließliche Zuständigkeit der Bundesregierung für die Feststellung eines drohenden Verteidigungsfalles unter Ausschaltung von Parlament und Bundesrat ist jede parlamentarische Kontrolle, jede Kontrolle durch ein Verfassungsorgan oder eine Kontrolle richterlicher Art ausgeschaltet. Die Befugnisse der Bundesregierung sind, da Bundesrat und Bundestag von der Mitentscheidung ausgeschlossen sind, weit über das Maß hinaus erweitert, das ihr laut Grundgesetz zusteht. Bei Verabschiedung des vorliegenden Entwurfes wird es u. U. Frage einer Rechtsklage sein müssen, zu klären, ob in diesem Gesetz nicht die im Grundgesetz festgelegte Gewaltenteilung durch Vorwegnahme einer verfassungsändernden Notstandsgesetzgebung verletzt ist. In der Diskussion um das Gesetz war öfter die Rede von der Entmachtung des Parlaments. Damit ist tatsächlich eine sehr ernste Sorge ausgedrückt. Wir müssen von unseren Abgeordneten erwarten, daß sie sich mit der für den institutionellen Bestand des Grundgesetzes gefährlichen Entwicklung befassen, die beschritten wird, wenn diesen „einfachen" Notstandsgesetzen nicht die für jede Notstandsregelung verfassungsmäßig erforderliche breiteste politische Grundlage zugestanden werden soll.

Auf dem nun beschrittenen Weg der „einfachen" Gesetze über Notstandsbefugnisse werden die praktischen Maßnahmen des Notstandes vorweggenommen. So könnte die Regierung das Interesse an einem verfassungsändernden Notstandsgesetz, für das sie die Zweidrittel-Mehrheit des Parlamentes benötigt, verlieren. Das Argument des SPD-Abgeordneten M e r t e n , die Bundesregierung sei an einer gemeinsamen Notstandsregelung gar nicht mehr interessiert, sondern lege dem Parlament die Notstandsbestimmungen „so bei kleinem, Scheibchen für Scheibchen, in alle möglichen Gesetze verpackt" vor und setze sie so „auf kaltem Wege durch", bezeichnet genau, um was es geht. Auch die Frage, wie weit dieser Gesetzentwurf mit dem Art. 59 a des Grundgesetzes, der sich mit der Feststellung des Verteidigungsfalles befaßt, in Einklang zu bringen ist und wie weit dieses Gesetz verfassungsrechtlich unzulässige Eingriffe in die Grundrechtssphäre des Staatsbürgers ohne verfassungsrechtlich ausreichende Rechtfertigung fordert, wird Gegenstand eingehender juristischer Gutachten sein müssen. Die SPD-Abgeordnete S c h a n z e n b a c h stellte in der Debatte fest, daß in diesem Gesetzentwurf die Grundrechte so „eingeschränkt werden wie in keinem Land der freien Welt". Sie sieht in dem Zwang zur Notdienstleistung auch eine Verletzung von Art. 122 des Grundgesetzes, der bestimmt, daß niemand zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden darf außer im Rahmen einer allgemeinen, für Alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht. Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme die Zustimmung des Bundesrates für die Feststellung des drohenden Verteidigungsfalles verlangt und möchte in die Aufhebung dieses Zustandes Bundesrat und Bundestag eingeschaltet wissen. Die Antwort der Bundesregierung auf diese Stellungnahme des Bundesrates, die sie aus „verfassungsrechtlichen und verteidigungspolitischen Bedenken" ablehnt, eröffnet besorgniserregende Perspektiven. Die Bundesregierung vertritt die Auffassung, daß die Feststellung ein reiner Regierungsakt im Bereich der Verteidigung sei. Sie weist — und auch das sollte rechtzeitig zur Kenntnis genommen werden — auf die völkerrechtlichen Verpflichtungen im Rahmen der Nato hin, durch die dem Bundesrat „kein oder nur wenig Raum zur Betätigung seiner Entschließungsfreiheit verbleiben würde". Mit gleicher Argumentation lehnt sie die Forderung auf Beendigung des drohenden Verteidigungsfalles auf Ersuchen von Bundesrat und Bundestag ab.

Weitere schwerwiegende Bedenken müssen sich gegen die Tatsache richten, daß die im Gesetz verankerte Aufhebung und Einschränkung der Grundrechte, der Freiheit der Person, der Freizügigkeit (Meldung von Wohnungswechsel, Entfernung vom Dienstplatz und Evakuierung) und der Unversehrtheit (Pflicht zur

Untersuchung, bei Verweigerung Herbeiführung durch die Polizei) schon in Friedenszeiten gelten soll. Diese Bestimmung geht selbst über das im Dritten Reich Praktizierte hinaus, das eine Verpflichtung für den Notdienst nur im Kriege vorsah. Sie charakterisiert dieses Gesetz als eine Voraussetzung der totalen Mobilmachung der Zivilbevölkerung. Seine Inkraftsetzung würde in Spannungszeiten mit ihrer Labilität zweifellos mit dazu beitragen, die Kriegsgefahr zu erhöhen. So bewegt sich dieses Gesetz im Kreise einer Politik, die keine andere Antwort auf die Frage nach dem Bestehen gegenüber dem Kommunismus weiß als Aufrüstung, Militarisierung und Vorbereitung der militärischen Auseinandersetzung. Gefangen in den Kreis dieser Mittel ist ihr der Weg zu neuen politischen Konzeptionen, die der lebensgefährlichen Lage, in der wir uns befinden, angepaßt sind, versperrt.

Eine Verweigerung des Notdienstes ist im Gesetzentwurf nicht vorgesehen, obgleich sich angesichts des Charakters dieses Entwurfes die Frage der Gewissensgründe in einer ähnlichen Weise wie beim Wehrdienst stellt. Der Bundesrat fordert in seiner Stellungnahme lediglich, daß Personen, die auf Grund des ihnen im Grundgesetz zustehenden Rechtes den Kriegsdienst verweigern, keine Dienste im Bereich der Streitkräfte leisten sollen. An Stelle dessen aber enthält dieses Gesetz Strafbestimmungen, die in ihrer Schärfe weit über das hinausgehen, was in vergleichbaren Gesetzen anderer Länder auch nur denkbar wäre. Auch in den Stellungnahmen von seiten der Frauen und Frauenverbände ist die rigorose Handhabung der Strafbestimmungen, denen kein ausreichender Rechtsschutz der zum Notdienst herangezogenen Menschen gegenübersteht, eine der wichtigsten Gründe für Ablehnung und Protest. Die Tatsache, daß es gegen das Urteil des als Rechtsinstanz vorgesehenen Verwaltungsgerichtes keine Berufung oder Beschwerde gibt, daß ein Einspruch keine aufschiebende Wirkung hat und überhaupt nur eine einzige Rechtsinstanz vorgesehen ist, kennzeichnet ebenfalls den totalitären Charakter dieses Entwurfes.

Es mag vielleicht aufschlußreich sein, Umschau zu halten, wie die Handhabung des Notdienstes in anderen Ländern ist und in welcher Weise sie in Deutschland in den beiden Weltkriegen erfolgte. Im ersten Weltkrieg wurden in Deutschland nicht wehrpflichtige Männer von 17—65 Jahren zum Notdienst eingezogen, Frauen konnten sich freiwillig zur Verfügung stellen und taten es. Im zweiten Weltkrieg gab es statt einer einheitlichen Rechtsgrundlage eine Reihe von Notverordnungen, die vielen von uns noch in bedrückender Erinnerung sind. Sie regelten den Einsatz, der nur während des Krieges obligatorisch war, in der Weise, daß Kinder unter 15 Jahre, Greise über 70, Mütter unversorgter Kinder und Schwangere vom 6. Monat bis 2 Monate nach der Niederkunft befreit waren. Die Uneinheitlichkeit der Regelungen des Dritten Reiches wird von Bundesinnenminister Dr. Schröder als einer der Gründe für die Notwendigkeit des Entwurfes angeführt. In England ist die Zivilverteidigung auf freiwilliger Basis aufgebaut. England verfügt über 360 000 freiwillige Helfer. Italien, Frankreich, die USA, Dänemark, Holland, Belgien und Luxemburg arbeiten mit Freiwilligen. In einigen Ländern, z. B. Schweden, bestehen Notdienstgesetze, in die auch die Frauen einbezogen sind. Aber man wendet die Pflichtbestimmungen nicht einmal zur Ausbildung an und verläßt sich auf die Freiwilligkeit. Lediglich in der Türkei und in Jugoslawien sind ähnlich wie in Israel Männer und Frauen zum Notdienst verpflichtet. In Israel erhalten die Frauen außerdem eine reguläre militärische Ausbildung.

Der vorliegende Entwurf stellt also auch im Vergleich mit den Regelungen der anderen Länder eine rigorose Maßnahme dar, die ihre Rechtfertigung nicht in einer objektiven Gefährdung oder Notlage hat. Sie kann aber als ein Stück der

psychologischen Kriegsführung angesehen werden, indem sie die Bevölkerung schon im Frieden lückenlos erfaßt und an das Erfaßtwerden gewöhnt. Wenn zur Begründung der Notwendigkeit dieser Maßnahmen von der veränderten Situation durch die neuen Waffen, der technischen Entwicklung, der Schnelligkeit feindlicher Einwirkungsmöglichkeit die Rede ist, die gründlichere und umfassendere Schulung und eine frühere und totalere Einsatzvorbereitung erforderten, so sind damit allerdings Fragen angeschnitten, die auch uns von entscheidender Bedeutung, wenn auch in einem anderen Sinne, zu sein scheinen. Es ist in der Begründung des Gesetzes die Rede von dem Schutz der Zivilbevölkerung, und vor allem die Frauen sollen im Rahmen dieses Gesetzes u. a. für Luftschutz und Evakuierungsmaßnahmen eingesetzt werden. Damit aber stellt sich zunächst einmal die Frage nach der Effektivität der Schutz- und Verteidigungsmöglichkeiten der Bundesrepublik in einem mit modernen Waffen geführten Krieg. Frau Dr. Schwarzhaupt bezeichnete es in der Debatte im Bundestag als Kurzschluß, daß man, weil man etwa die Atombombe ablehne, auch Maßnahmen ablehne, die helfen könnten, einen Krieg mit konventionellen Waffen zu überstehen. Eine solche Argumentation geht an der Sachlage vorbei. Die Sachlage ist die, daß die gesamte Strategie der Nato auf dem Einsatz von Atombomben aufbaut, daß die geforderte und geplante Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen mit dazu beitragen wird, Deutschland mit Sicherheit zum Hauptkriegsschauplatz einer atomaren Auseinandersetzung zu machen. Auch wenn es nur jene harmlosen „taktischen" Atomwaffen sind, die nach Meinung des Bundeskanzlers „nur eine Fortentwicklung der Artillerie" sind, obgleich sie die Auswirkungen der Bomben von Hiroshima haben! Alle bereits verfügten und geplanten Maßnahmen machen den Charakter Deutschlands als Operationsbasis immer unverkennbarer. Die atomare Verselbständigung der Nato, wie sie in den Verhandlungen der letzten Wochen diskutiert und von der deutschen Bundesregierung forciert betrieben wird, lassen diese Entwicklung immer unausweichlicher werden.

Die Verantwortung der Frau für Frieden und Freiheit

An diesen Tatsachen können auch die Frauen nicht vorbeisehen. Sie müssen sich sehr nüchtern fragen, wie der sogenannte „Ernstfall" für Deutschland aussehen wird und aussehen muß. Sie können im Zusammenhang mit ihrer Stellungnahme zum Notdienstgesetz nicht umhin, sich dafür zu interessieren, wie groß überhaupt das reale Maß von Schutz- und Sicherheitsmöglichkeiten sein kann. Sie müssen sich für die für die Bundesrepublik gültigen Warnzeiten, die zwischen ½ Minute und 3 Minuten liegen, interessieren, für die Tatsache, daß die Ausdehnung der Bundesrepublik im Verhältnis zu der Reichweite von Raketen im Falle einer Auseinandersetzung das gesamte Deutschland zur Operationsbasis und zum Schlachtfeld werden läßt, auf dem es nur Überschneidungen von Gebieten mit totaler und mit partieller Zerstörung gibt, aber keine unbetroffenen Gebiete. Sie sollten wissen, daß der erste atomare Schlag, auf den es im Ernstfalle für jede Seite entscheidend ankommen wird, im gesamten Bereich der Bundesrepublik ein Chaos erzeugen muß, in dem weder Behörden noch Versorgungsapparate intakt bleiben können und in dem die den ersten Schlag vielleicht Überlebenden nicht weiter leben können, weil der radioaktiv verseuchte Raum unseres Landes kein Ausweichen mehr möglich macht. Das sind die Fragen, über die man die Frauen wahrheitsgetreu und ohne Beschönigung aufklären sollte, damit sie, die sich heute in ihrer Masse noch den Fakten verschließen, sehen, daß der einzige Gegner Aller heute der Krieg ist, dessen Vorbereitung einer seiner Hauptursachen ist. Dann würden die Frauen in ihrer Gesamtheit vielleicht erkennen, daß die Probleme

unserer Welt, besonders auch in der deutschen Situation, nicht durch kalten Krieg, durch Drohung und militärische Vorbereitung, durch Perfektionierung der Erfassungsmaßnahmen gelöst werden können, sondern nur durch eine m ü h s a m e und opferbereite Vorbereitung des Friedens, durch eine eiserne Entschlossenheit der Frauen zu ihrer Pflicht für den Menschen und die kommenden Generationen. Solche Überlegungen haben weder mit weltferner „idealistischer Träumerei", wie sie besonders den Frauen oft unterschoben wird, noch mit demagogischer Gefühlspolitik zu tun, wie Frau Dr. Schwarzhaupt meint. Sie sind nicht beantwortet durch die Politik des Totschweigens, des Beschönigens, des Verharmlosens oder des Diffamierens als Kommunist, das in der Bundesrepublik zu einem der häufigsten und billigsten politischen Mittel geworden ist.

Es war eingangs schon davon die Rede, daß die meisten Stellungnahmen, die von seiten der Frauenorganisationen vorliegen, die Ablehnung des vorliegenden Entwurfs mit der Unhaltbarkeit und Unzumutbarkeit von E i n z e l bestimmungen des Gesetzes belegen. Die g r u n d s ä t z l i c h e Notwendigkeit einer Notstandsregelung wird durchweg von ihnen bejaht oder vorausgesetzt. Aber von allen Verbänden wird der vorliegende Entwurf als unannehmbar und unmöglich angesehen. Frau Dr. Lüders bezeichnet diesen Entwurf als, besonders von dem Lebensbereich der Frau aus gesehen, oberflächlich und gedankenlos, Frau Dr. W e b e r als ein „typisch männliches" Gesetz ohne Sinn und Einsicht in die besonderen Verhältnisse der Frau. Für den Zwangscharakter einer Notdienstpflicht hat sich bisher zustimmend nur die CDU/CSU-Abgeordnete Dr. Schwarzhaupt geäußert. Sie sieht in diesem Gesetz, im Gegensatz etwa zu den Frauen des DGB oder anderer Verbände, keine Beeinträchtigung der Freiheit, keinen totalitären Anspruch des Staates, sondern befürchtet eher die Gefährdung der Freiheit durch eine Schwächung des Staates. So bejahen die Frauen der Regierungspartei selbstverständlich auch die Notwendigkeit von Vollmachten für die Regierung schon im „drohenden Verteidigungsfall" und wünschen baldige Verabschiedung. Frau Dr. Lüders hat sich in eindringlichen Worten gegen die befehlsmäßige Rekrutierung der Frauen gewendet, die sie als denkbar ungeeignet bezeichnet, um den moralischen und physischen Mut der Frau zur Verteidigung im Ernstfall zu stärken. Auch die Vertreterin der SPD, Frau Schanzenbach, fordert die Basis der Freiwilligkeit als die dem Wesen und der Lebenssituation der Frau gemäße Möglichkeit und bezeichnet den vorliegenden Entwurf als oberflächlich und verfassungswidrig. Abwehr des Zwanges, Forderung der Freiwilligkeit oder wenigstens Vorrangigkeit der Freiwilligkeit ist in allen Stellungnahmen der Frauenverbände enthalten. Selbst die Frauen der CDU/CSU wünschen den Vorrang der Freiwilligkeit bis zur Tatsache der nicht ausreichenden Zahl von Freiwilligenmeldungen. Die Begründungen, die von den einzelnen Gruppen für diese Forderung der Freiwilligkeit gegeben werden, reichen von der psychologischen Situation über die Sorge um totalitäre Verhältnisse bis zu den Aufgaben der Frau in der Familie und ihrer Unabkömmlichkeit. Gerade im Zusammenhang mit der Bindung der Frau an Familie und Haushalt, mit der Erziehungsaufgabe der Frau wird die Lebensfremdheit und Unangepaßtheit des Gesetzes lebhaft kritisiert. Zusammenfassend betrachtet, konzentrieren sich Kritik und Einwände der Frauenverbände etwa auf folgende Punkte:

Zwei Bestimmungen über den Gegenstand des Notdienstes in § 1, 2 stoßen auf Widerspruch und Besorgnis. Einmal, daß Dienstleistungen der Frauen nicht nur im Bereich der öffentlichen Verwaltungen, sondern auch im Bereich der Streitkräfte gefordert werden können. Darin wird in Übereinstimmung mit der Stellungnahme des Bundesrates eine Verletzung des § 12, 2 des Grundgesetzes gesehen. Für die im gleichen Paragraphen erwähnten Aufgaben im nicht-öffent-

lichen Bereich, „die der Herstellung und Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft dienen", wird eine präzisere Formulierung, die den Gegenstand des Einsatzes eindeutiger bestimmt, gefordert.

Die rigorosen Strafbestimmungen und ihre weitgehende Angleichung an die entsprechenden Bestimmungen des Wehrpflichtgesetzes werden heftig diskutiert und kritisiert.

Die Zurückstellungsbestimmungen werden als der besonderen Situation der Frau und Familie nicht entsprechend angesehen. Es besteht durchweg die Tendenz, die grundsätzliche Zurückstellung aller Frauen mit Kindern unter 15 Jahren oder wenigstens eine nicht ganztägige Einziehung von Müttern zu verlangen. Für die Zurückstellung von Schwangeren wird zum mindesten Angleichung an die Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes verlangt, auch hier wieder in Übereinstimmung mit den Vorschlägen des Bundesrates. Die Befreiungsbestimmungen wünschen viele Frauen erweitert auf Frauen, die Schwerbeschädigte oder alte Leute zu betreuen haben.

Bei der in § 11, 2 erwähnten angemessenen Berücksichtigung persönlicher Verhältnisse wird präzisere Formulierung gewünscht.

Zugunsten der Frauen mit Kindern wird von einzelnen Verbänden gegen die Herabsetzung der Altersgrenze von 55 auf 50 Stellung genommen. Einzelne verlangen Beschränkung des Einsatzes der Frauen im eigenen Haus oder Wohnbezirk.

Da der zahlenmäßige Anteil der Frauen, die durch dieses Gesetz betroffen würden, sehr groß ist, fordern alle Verbände übereinstimmend, daß eine stärkere Mitwirkung von Frauen auch in leitenden Stellen sowohl der Heranziehungsbehörden wie auch in der Organisation und bei den Zurückstellungsbehörden im Gesetz verankert wird. Auch für die Festlegung der Form des Notdienstes der Frauen und die Mitarbeit in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages wird eine ausreichende Mitwirkung der Frauen verlangt.

Die Zuständigkeit des Arbeitsamtes für die Heranziehung, besonders aber für die Feststellung, ob Kinder als versorgt zu gelten haben, wird fast von allen bestritten.

In einer Reihe von Eingaben stellen Frauen fest, daß im vorliegenden Gesetz die Rechte der durch das Gesetz zu Verpflichtenden gegenüber den ihnen zudiktierten Pflichten unzureichend sind.

Im § 26, der aussagt, daß gegen die Entscheidung des als Rechtsinstanz zuständigen Verwaltungsgerichtes keine Einspruchsmöglichkeit besteht und Anfechtungsklagen keine aufschiebende Wirkung haben, werden Sicherungen gegen Verzögerungen vermißt.

Im Hinblick auf die finanziellen Regelungen wird besonders die Regelung für die Vollhausfrau und Mutter beanstandet.

Schärfsten Protest erregt die Möglichkeit der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften und in Gemeinschaftsverpflegung sowie die verlangte Dienstkleidung. Eine solche Regelung, die nach der Begründung des Gesetzes besonders für die als Hilfsdienstpflichtige im Luftschutz etc. Eingesetzten in Frage kommen soll, wird schärfstens abgelehnt. Zum mindesten wird für die Hausfrau und Mutter eine Ausnahmebestimmung verlangt.

Grundsätzlich bejahen wohl Alle die Notwendigkeit, daß Frauen eine gewisse Ausbildung zum Selbstschutz erhalten, die sie in die Lage versetzt, bei N o t s t ä n d e n zu helfen. Dazu sollen Kurse und Übungen auch für die Nichtpflichtigen eingerichtet werden. Der größte Teil der Frauen wünscht diese Orientierung und Ausbildung, die sich auf alle Notstände beziehen und vor allem den Strahlenschutz umfassen soll, auf der Basis der Freiwilligkeit. Einige fordern sie

im Rahmen der großen karitativen Organisationen, zum mindesten wünschen sie, daß dort erfolgte Ausbildungen angerechnet werden.

Es ist bedauerlich, daß trotz einiger sehr ernster und begründeter Ablehnungen des Gesetzes durch die deutschen Frauenverbände eine ausreichende grundsätzliche Stellungnahme zu diesem Gesetz trotz der von manchen Seiten festgestellten Verfassungswidrigkeit und der geäußerten Besorgnis um seinen totalitären Charakter vermieden worden ist. Lediglich einige der im engeren Sinn für die Verständigung arbeitenden Verbände wie die W.O.M.A.N., der Internationale Versöhnungsbund, die IDK, der Frauenarbeitskreis gegen das Notdienstgesetz haben dieses Gesetz als Symptom der für Deutschland bedrohlichen Entwicklung zum Kriege bewertet. Dieser Gesetzentwurf kann nicht für sich allein, auf einzelne seiner Bestimmungen hin betrachtet werden. Er ist Glied einer Kette in dem blinden Glauben an die Gewalt, ein besorgniserregendes Zeichen des an vielen Stellen zu beobachtenden Trends zum Totalitären. Die deutsche Bevölkerung schützen kann nur eine entschlossene und bewußte Vorbereitung des Friedens, ein konsequenter Verzicht auf alles, was die bestehenden Spannungen verschärft. Der Frieden für Deutschland und seine Menschen läßt sich nur sichern durch den Willen zur Koexistenz mit allen Völkern — auch wenn sie politisch und ideologisch Andersdenkende sind — und durch Verzicht auf den kalten Krieg. Es kommt darauf an, daß wir die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus durch die innere Sicherheit und die Glaubwürdigkeit der eigenen Ordnungsbilder bestehen, daß wir in unserem Raum eine auf den Menschen bezogene und für ihn verantwortliche Regelung unserer sozialen und staatlichen Ordnungen nicht nur proklamieren, sondern in die Tat umsetzen, sie Schritt für Schritt verwirklichen. Solange wir immer wieder in den Ausweg der Macht und Gewalt fliehen, wird die Theorie der freiheitlichen Lebensordnung und des Prinzips der Menschenwürde nicht glaubwürdiger. Wir geben die falsche Antwort auf die Herausforderung durch den Kommunismus. Wir sind dabei, immer mehr die Prinzipien zu verleugnen, um derentwillen wir glauben uns verteidigen zu müssen!

Robert Scheer und Maurice Zeitlin

Die USA und die Revolution in Kuba

Die Verfasser dieses Aufsatzes sind führende Mitglieder des „Student Fair-Play for Cuba Committee" an der Universität von Kalifornien, Berkeley/Cal. Die Gruppe in Berkeley hat jetzt 150 Mitglieder und gehört ihrerseits dem „National Fair-Play Committee" an, zu dessen Leitern Carleton Beals, Waldo Frank und Wright Mills gehören. Der Aufsatz bietet in gekürzter Form einen Auszug aus einem Buch über die Revolution in Kuba, das Anfang 1961 erscheinen soll. Die Verfasser kennen die Verhältnisse in Kuba, wo sie sich mehrere Wochen aufgehalten haben, aus eigener Anschauung. D. Red.

Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie gegenüber Kuba liegt darin, daß sie eine Weltanschauung widerspiegelt, die den historischen Realtäten nicht mehr länger gerecht wird. Unsere Wohlstandsgesellschaft hat den Gesichtskreis unserer bedeutendsten und einflußreichsten politischen Führer verengt. Von

ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, ist das Unternehmer-Ethos die Grundlage ihres Denkens über soziale und politische Fragen geworden. Es scheint, als ob unsere Staatsmänner und Intellektuellen unfähig sind, die Bedeutung sozialer Umformungen zu begreifen, und so auch die kubanische Revolution. Die vorherrschende Ideologie der heutigen amerikanischen Gesellschaft rührt von einem Komplex gesellschaftlicher Erfahrungen her, der ein fruchtbares Denken über die sozialen Wandlungen in unterentwickelten Ländern unmöglich macht.

Unfähig, die Notwendigkeit schneller Wandlungen zu sehen, rufen die Amerikaner nach Mäßigung. Sie verlangen nicht nur im eigenen Lande, von den Negern, für deren Anliegen sie das moralische Verständnis verloren zu haben scheinen, Mäßigung, sondern auch außerhalb. Unser Land ist von einer Welt, die ihre eigenen Erfahrungen gemacht hat und die es zu beeinflussen versucht, entfremdet worden. Unsere Staatsmänner können aber nicht b e e i n f l u s s e n, und schon gar nicht k o n t r o l l i e r e n, was sie nicht v e r s t e h e n können. Darin liegt die Wurzel der Tragödie.

Ihre Bindung an eine überholte Vorstellungswelt kann die Wirkung der wertvollen Botschaft zunichte machen, die wir mitzuteilen haben — das demokratische Ethos. Die Gleichsetzung von Kapitalismus und Demokratie durch unsere Staatsmänner und ihre Weigerung, andere Konzeptionen und die Realitäten zu erkennen, können das kubanische Volk wie andere Völker der Erde, die erst jetzt beginnen, ihre Rückständigkeit zu überwinden, dazu führen, nicht nur den Kapitalismus, sondern auch die Demokratie abzulehnen. Dies nicht deshalb, weil sie etwa die Bedeutung demokratischer Konzeptionen für ihr Leben nicht erkannt haben, sondern weil sie denjenigen entfremdet worden sind, die diese Konzeptionen entwickelt haben. Demokratisches Ethos im umfassenden Sinne zu verbreiten und gleichzeitig private Interessen auf Kosten der öffentlichen zu schützen, sind im Hinblick auf den politischen Prozeß unvereinbare Zielsetzunden. Das eine o d e r das andere muß Amerika wählen.

Die Menschen verlangen nicht spontan nach Demokratie. Die volkstümliche Vorstellung von Freiheit, so sehr sie für sich selbst ein wertvolles Ideal ist, vernachlässigt den entscheidenden Kern demokratischer Theorie. Die Bedingtheiten von Wahrheiten anzuerkennen, die sinnvolle Wahl zwischen Alternativen, ein bewußter Nonkonformismus und eine ausgebildete öffentliche Meinung sind die unveräußerlichen Bestandteile der demokratischen Konzeption. In diesem Sinne ist es die Tragödie der amerikanischen Außenpolitik, daß sie nicht nur eine überholte Weltanschauung widerspiegelt, sondern auch die USA in Gefahr bringt, als Träger des demokratischen Ethos zu scheitern, dank ihrer ideologischen Bindung an andere, im Augenblick nicht entscheidend wichtige soziale Vorstellungen.

Gewiß ist Selbstintersse, vor allem wirtschaftliches Interesse, ein entscheidender Gesichtspunkt dabei. Aber es ist mehr als das. Die geistige Struktur des modernen Kapitalismus schließt offenbar Vernunftdenken vollkommen aus. Vernunft und Revolution sind heute unmöglich mehr Gegensätze. Die Ideologie des erfolgreichen Kapitalismus ist nicht mehr nur auf den Kreis der Unternehmer beschränkt. Sie hat auch von unseren Politikern Besitz ergriffen. Sie sind nicht nur die Manager und Aktionäre von Gesellschaften, deren Investitionen auf Kuba ihr Denken beeinflussen, unfähig, den tieferen Sinn der Revolution zu begreifen. Sondern dieselbe Gedankenstruktur, die „Unternehmer-Mentalität", wird auch von denen geteilt, die das öffentliche Leben ausmachen: unsere Staatsmänner, politischen Kommentatoren und die Intellektuellen an den Universitäten. Sie haben sich ebenfalls die „Unternehmer-Konzeption" der kubanischen Geschichte, der politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und

Kuba und von Kubas heutigen wirtschaftlichen und sozialen Nöten zu eigen gemacht. Das Unternehmer-Ethos tritt — behutsam vielleicht — an die Stelle des demokratischen Ethos. Was sind „unsere" Interessen in Kuba? Was werden „wir" bei der Revolution verlieren? Können „wir" es uns leisten, auf eine Intervention zu „unserem" Schutze zu verzichten? Diese Fragen werden zur Grundlage der Beschäftigung mit Kuba und seiner Revolution. Kubas wirtschaftliches und soziales Schicksal tritt an die zweite Stelle bei den Erörterungen.

Und das nicht, wie wir glauben, einfach weil die Gemeinschaft der Unternehmer in unserer Gesellschaft wirtschaftliche und politische Macht ausübt und auf diese Weise die Federn und Stimmen möglicher Kritik kontrolliert. Unsere Intellektuellen sind nicht gekauft; sie haben sich nicht „verkauft". Wenn sie dazu neigen, Demokratie und Kapitalismus gleichzusetzen, dann deswegen, weil der Kapitalismus hier erfolgreich war. Sie sind nicht umgeben von ausgebeuteten, ausgeplünderten und mißbrauchten Menschen, sondern von einer verhältnismäßig bequem und im Überfluß lebenden Gesellschaft; und so huldigen sie dem System, das solche Annehmlichkeiten hervorgebracht hat. Unbewußt wird diese Erkenntnis zu ihrer Ideologie. Die Geschichtsschreibung kennt keinen Kampf mehr, keine Konflikte und keine Veränderungen. Die Leiden der Arbeiterklasse sind vergessen. Übrig bleiben kühne, Neuerungen einführende Unternehmer. Soziale Ungleichheit wird zu einem Begriff, „mit dessen Hilfe sich Gesellschaften unbewußt versichern, daß die wichtigsten Positionen ganz bewußt von den bestqualifizierten Personen ausgefüllt werden". Die Sozialökonomie wird zu einer Wissenschaft, die sich beschäftigt mit „menschlichem Verhalten als einer Beziehung zwischen Zielen und knappen Mitteln, die auf verschiedene Weise angewendet werden können". Und so weiter ...

Aber indem man diese Theorien, die auf unsere soziale Wirklichkeit anwendbar sein mögen, entwickelt, hat man die arme und hungrige Welt draußen vernachlässigt. Oder, um es anders auszudrücken: die Wirklichkeit dort und die Theorien unserer Intellektuellen haben keine gemeinsame Basis. Vergessen ist die Botschaft, die Tom P a i n e auf das Fell einer Trommel geschrieben hat, die Worte von J e f f e r s o n : „Der Baum der Freiheit muß von Zeit zu Zeit begossen werden, mit dem Blut der Patrioten und der Tyrannen. Das ist sein natürlicher Dünger." Sie klingen heute fremdartig. Sie sind nicht mehr am Platze.

Wenn aber diese Botschaft — sozusagen — eingebettet wird in das Unternehmer-Ethos, wenn sie unentwirrbar verknüpft wird mit „Stabilität", „Ordnung", „Verantwortung", „Eigentum", dann wird sie von einer Welt, die sich im Umbruch befindet, zurückgewiesen werden.

Die Beziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten seit der Revolution spiegeln im kleinen den welthistorischen Prozeß wider, der jetzt im Gange ist. Eng verbunden mit unserer Kultur, in engen wirtschaftlichen Beziehungen zu unserem Land, und so viel besucht von unseren Bürgern, hätte man gerade Kuba für das Land halten sollen, das am leichtesten zu begreifen wäre. Das war nicht der Kongo und nicht Südostasien. Kuba war der beste Testfall für unsere Außenpolitik und die Wirkungskraft einer Ideologie. Die amerikanischen Wirtschaftsinteressen in Kuba waren außerordentlich groß; Kubas strategische Bedeutung ist eindeutig. Hier handelte es sich um einen klaren Testfall für unsere Aufrichtigkeit, für unsere Identifizierung mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Waren die Wirtschaftsinteressen über unser demokratisches Ideal zu stellen? Oder waren wir gewillt, das Risiko auf uns zu nehmen und ein Volk über seine Zukunft selbst entscheiden zu lassen? Welches

Gewicht geben wir dem Begriff „Demokratie", und welches anderen Gesichtspunkten?

Die Antwort scheint — unglücklicherweise — sein zu müssen, daß unsere Politiker nicht das Risiko einer Selbstbestimmung Kubas auf sich nehmen wollen, daß sie Eigentumsrechte über Menschenrechte stellen, und Kapitalismus über Demokratie. Hier wird der Abstieg eines großen Landes für alle sichtbar. Die Zukunft wird eindeutig in der Gegenwart geschrieben. Sollten die Beziehungen mit den übrigen Ländern Lateinamerikas, und mit anderen Ländern, bei denen man den Status quo für so wichtig hält, denselben Richtlinien folgen, wie sie im Falle Kubas angewandt wurden, dann ist ein weiterer Abstieg und Verfall ausausweichlich.

Historisches Vorspiel

Dem Bürger der Vereinigten Staaten muß es unglaubhaft erscheinen, daß andere Völker dieses Land als eine „unterdrückende Macht" ansehen. Er kann nicht begreifen, daß unsere Staatsmänner als „Werkzeuge der Yankee-Imperialisten und -Monopole" betrachtet werden. Er ist es gewohnt, solche Beleidigungen aus der kommunistischen Welt zu hören; und er ignoriert sie als bedeutungslose Schlagworte des „Kalten Krieges". Aber jetzt sagen dasselbe kubanische Revolutionäre, kaum 90 Meilen von unseren Küsten entfernt. Anstatt aufzuhorchen, anstatt die Tiefen der kubanischen Geschichte, aus der solche Anklagen erwachsen, verstehen zu versuchen, möchte er den Kommunisten die Schuld geben. Das State Department behauptet, daß „Castro's Kuba in ein Gebiet verwandelt wird, von dem der Kommunismus über ganz Lateinamerika verbreitet werden soll". Ein führender Politiker, dem man Beifall gezollt hat für seine Bereitschaft, veraltete Konzeptionen über Bord zu werfen und neue Gedanken entsprechend den neuen Realitäten zu entwickeln, Nelson A. Rockefeller, erklärt, daß „Kuba als die kommunistische Ausgangsbasis benutzt wird, von der Menschen, Geld und Vermögenswerte in die anderen amerikanischen Republiken in einem noch nicht dagewesenen Maße eingeschleust werden, um das politische und soziale Gerüst dieser Länder auszuhöhlen mit dem Ziel, ihre Regierungen zu unterminieren und die Kräfte der Demokratie und westlicher Einheit zu zerstören". Das sind die Reaktionen unserer politischen Führer, unserer Regierung, unserer Nachrichtenmedia auf die Versuche eines kleinen Landes, dessen Wirtschaftskraft ein Hundertstel der unsrigen beträgt, sich von feudaler Rückständigkeit zu befreien. Wenn die Kubaner uns der Aggression beschuldigen, beschuldigen wir sie des Kommunismus. Aber unsere Politiker machen es sich augenscheinlich zu leicht, indem sie vergessen, was in Lateinamerika jedermann weiß, und was unsere eigene Presse zugegeben hat, nämlich daß wir Aggressionen begangen haben. Der von der CIA gesteuerte Sturz des Arbenz-Regimes in Guatemala war nur die letzte Intervention der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten einer amerikanischen Republik.

Mehr als ein halbes Jahrhundert lang wurde Kuba politisch und wirtschaftlich von den USA beherrscht. Nachdem im Jahre 1902 dem kubanischen Volk das „Platt Amendment" auferlegt worden war, bekamen die USA das „Recht zu intervenieren, um die Unabhängigkeit Kubas zu gewährleisten, den Bestand einer Regierung zu sichern, die in der Lage ist, Leben, Vermögen und individuelle Freiheit zu schützen". Unter dem Schutze des „Platt Amendment" konnten amerikanische Marinesoldaten in den letzten 25 Jahren mindestens fünfmal auf Kuba landen. In allen Jahren dieses Jahrhunderts konnten die USA die Entwicklung in Kuba teils offen kontrollieren, teils durch ihren Botschafter beeinflussen. Die Aufhebung des „Platt Amendment" im Jahre 1943, mit dem aufkom-

menden New Deal, beendete die Rolle der USA in Kuba nicht. Bis dahin waren amerikanische Wirtschaftsinteressen in Kuba zum dominierenden Element geworden. In Händen amerikanischen Kapitals waren unmittelbar vor Ausbruch der Revolution 90% der Telefon- und Elektrizitätsversorgungsunternehmen, etwa 50% der „öffentlichen" Eisenbahnen, 40% der Zuckerproduktion, 90% der Bergwerke, 90% der Viehfarmen, und zusammen mit britischem Kapital praktisch die gesamte Ölindustrie. Und das war nicht einmal alles. Hinzu kommen die amerikanischen Interessen in Spielhöllen und Prostitution, in Hotels und Kasinos. Insgesamt betrugen die amerikanischen Investitionen mehr als eine Milliarde Dollar. Die amerikanischen Zuckerinteressen allein kontrollierten oder besaßen mehr als zwei Millionen acres[1]) kubanischen Bodens. Ein einziger Mann, der Multi-Millionär Arthur Vining Davis, besaß ein Viertel der Isle of Pines. Von den kubanischen Exporten gingen 60 bis 65% nach den USA. Kuba bezog fast 80% seiner Importe aus diesem Land.

Unter diesen Umständen konnte der ehemalige amerikanische Botschafter in Kuba, Earl E. T. Smith, feststellen, daß „die Vereinigten Staaten bis zu dem Augenblick, als Castro kam, in Kuba einen derartig beherrschenden Einfluß hatten, daß, wie man hier kürzlich sagte, der amerikanische Botschafter der zweitwichtigste Mann im Lande war; manchmal sogar wichtiger als der kubanische Präsident. Der Grund dafür liegt in der Rolle, die die USA in Kuba spielten".

Dabei lebte das kubanische Volk während der Zeit amerikanischer Vorherrschaft in Armut. Außerhalb Havannas lebten 75% des kubanischen Volkes in Hütten, „bohios", aus Palmenblättern und mit Lehmboden; 90% des kubanischen Volkes waren ohne Elektrizitätsversorgung; 85 % holten ihr Wasser aus Flüssen, Brunnen oder Quellen; mehr als 50% lebten ohne jegliche sanitäre Einrichtungen; praktisch niemand hatte Kühlanlagen irgendwelcher Art. Ein Drittel des kubanischen Volkes hatte überhaupt keine Schulen besucht, ein weiteres Drittel nicht mehr als dreijährige Elementarschulbildung, und nahezu das ganze restliche Drittel hatte nicht länger als sechs Jahre Schulen besucht. Etwa ein Viertel der Erwerbspersonen auf Kuba war dauernd arbeitslos (ein Anteil, der in den USA nur auf dem Höhepunkt der großen Depression erreicht wurde); und selbst während der Zuckerrohrernte, der „zafra", blieben fast 10% arbeitslos. Der Mehrzahl der Arbeiter in den Städten ging es zwar etwas besser als den Landarbeitern, aber immer noch elend genug. Sie lebten in überfüllten und unhygienischen Wohnungen, deren Mieten übermäßig hoch waren und etwa 40% des Einkommens ausmachten.

Kubas Gesellschaft war in zwei Gruppen aufgespalten. Eine kleine Oberschicht wohlhabender Latifundienbesitzer, Politiker, Offiziere, Leute mit Namen und Geld, lebte im Luxus, während die Masse des Volkes neben ihnen im Schmutz lebte. Wie eine Karikatur von Veblen's „leisure class" gab sich die Oberschicht der Entfaltung ihres Reichtums hin; aber sie tat nichts, um die Lebensbedingungen des Volkes zu verbessern. Unter der Bürde einer kolonialen und feudalen Tradition lebte die kubanische Oberschicht als eine reine „Parasitenklasse" dahin. Ihre Hauptbeschäftigung bestand in Bodenspekulation: dem Haupthindernis für eine wirtschaftliche Entwicklung. Unfähig, selbst wenn sie sich dazu hergegeben hatte, mit der amerikanischen Industrie, die den Hauptanteil der Produktionsmittel auf Kuba besaß und den Außenhandel beherrschte, in Wettbewerb auf dem heimischen Markt zu treten, stagnierte diese Oberschicht — und mit ihr die gesamte kubanische Gesellschaft.

[1]) 1 acre = ca. 0,4 ha

Die abwesenden Eigentümer, die amerikanischen Wirtschaftsunternehmer, spielten eine ähnliche Rolle. Ihre Hilfsquellen waren nur zu Bruchteilen ausgenutzt. 90% des Landes der Latifundien mit über 1000 acres lag brach. Mit Ausnahme weniger Ansätze in der Erdölproduktion und Viehzucht taten die amerikanischen Unternehmen nichts zur Verbesserung der Struktur und zur Entwicklung der Wirtschaft. Ihrer Mentalität entsprach allein die Aussicht auf sicheren Gewinn. Risiko zu übernehmen gehörte nicht zu ihrem Geschäft. So hat der Kapitalismus, der einst eine welthistorische Triebkraft wirtschaftlicher Entwicklung war, Kuba niemals erreicht. Die in Kuba angewendete Spielart des Kapitalismus bestand einzig in einer politisch-wirtschaftlichen Vorherrschaft der Vereinigten Staaten und in der „Unternehmer-Mentalität" neuen Stiles.

Um Kuba zu entwickeln, um die Bevölkerung angemessen zu ernähren, zu kleiden und zu erziehen, hätte es einer vollkommenen Umformung der sozialen Struktur bedurft. Sowohl die inneren politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse als auch die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Kuba und den USA hätten einer „revolutionären" Umgestaltung bedurft.

Die Revolution

Das zu tun, war die Rolle, die die „Fidelistas" spielen sollten. Eine revolutionäre Armee des ländlichen Proletariats, angeführt von Intellektuellen, vertrieb nach zwei Jahren Bürgerkrieg ein korruptes und despotisches Regime und zog wenige Tage nach Beginn des Jahres 1959 im Triumphzug in Havanna ein. Und in bemerkenswert kurzer Zeit gingen die neuen Machthaber daran, die soziale Struktur Kubas vollkommen umzuformen.

Unsere Kommentatoren, Staatsmänner, Intellektuellen, alle, die die öffentliche Meinung bilden, können offensichtlich nicht begreifen, was für einen ungeheueren Fortschritt die Revolution für das kubanische Volk bedeutet. Sie können nicht verstehen, daß die Mittel des (Früh-)Kapitalismus ungeeignet sind, in der Mitte des 20. Jahrhunderts eine rückständige Volkswirtschaft weiterzuentwickeln. Dieses Ziel wird jedoch am wirksamsten erreicht im Rahmen einer sozialisierten Wirtschaft, die von der Regierung geplant und gelenkt wird und auf dem Kooperativgedanken beruht, der erst die Energien eines gerade „erwachten" Volkes freisetzt.

Das ländliche Proletariat — d. h. die Masse der ländlichen Bevölkerung, die bisher als Lohnarbeiter auf den Zuckerplantagen beschäftigt war — kann heute unter gleichmäßigeren und besseren Bedingungen arbeiten, hat einen besseren Lebensstandard, genießt eine bessere Ausbildung, hat mehr Selbstbewußtsein und einen größeren Ansporn als jemals zuvor in der kubanischen Geschichte. Das ländliche Proletariat, das niemals Eigentümer „seines" Grund und Bodens gewesen war, hat ohne zu zögern und enthusiastisch die 1400 Kooperativen übernommen, die bereits errichtet worden sind. Die latenten Energien, die die Revolution freigesetzt hat, bilden allein schon eine mächtige Produktionskraft. Der Stand der Zuckerproduktion wurde nicht nur gehalten, sondern erhöht; die Zuckerproduktion war im ersten Jahr nach der Revolution um 2000 Tonnen höher als im Durchschnitt früherer Jahre. Die Konsumgüterproduktion wurde um 30% gesteigert. Bis zum Ende des ersten Jahres nach der Revolution wurden vom Ministerium für öffentliche Arbeiten Unternehmungen im Werte von 100 Millionen $ durchgeführt und 10 000 Wohnungen gebaut, während 22 000 Wohnungen fest geplant sind. Die Revolutionsregierung hat 1400 Lehrer auf das Land geschickt und 270 ländliche Schulen gebaut. 45 Krankenhäuser wurden neu gebaut oder erweitert und bieten heute kostenlosen Gesundheitsdienst. 2000 sog. „Volksläden" („tiendas del pueblo") wurden errichtet, 300 Meilen neuer Straßen gebaut, weitere 900 Meilen Straßen instandgesetzt und 108

Brücken neu gebaut oder erweitert. Und bis heute dürften diese Zahlen noch wesentlich angestiegen sein.

Für den Erfolg der Revolution war die Enteignung der kubanischen und der in amerikanischen Händen befindlichen Zuckerplantagen absolut notwendig. Um die Wirtschaftsstruktur zu verbessern, die Monokulturen zu beseitigen, neue Industrien zu errichten und den Lebensstandard zu erhöhen, mußte die Landreform ohne Kompromisse durchgeführt werden. Gerade diese Tatsache war es, die die Wurzel für den Zerfall der amerikanisch-kubanischen Beziehungen darstellte.

Der Zerfall der amerikanisch-kubanischen Beziehungen

Wir können uns heute schwer vorstellen, daß vor der Revolution der Begriff „enge und freundschaftliche Beziehungen" zwischen den beiden Ländern einfach bedeutete, daß die amerikanischen Interessen wohl geschützt waren. Unsere Regierung handelte pragmatisch. Wenn Unterstützung eines korrupten und despotischen Machthabers garantierte, daß die amerikanischen Investitionen grundsätzlich respektiert würden und in der internationalen Politik unserer Führung gefolgt würde, dann wurde diese Unterstützung gegeben. Es bestand kein Gefühl der Verbundenheit mit Verbrechern wie Machado oder Batista, sondern einfach die Neigung zu einer pragmatischen Politik zum Schutze amerikanischer Interessen. Obgleich unsere Regierung diesen Regimes Waffen lieferte, militärische Ausbildung bot und ihr Prestige stärkte, fühlte sie sich für deren Terror nicht verantwortlich. Und sie leugnet auch heute noch die Verantwortung dafür. In den letzten Tagen der Revolution jedoch stellte unser Botschafter in Kuba, Earl E. T. Smith, in großen Mengen Visa aus, um mehreren hundert Anhängern Batista's die Flucht zu erleichtern. Obgleich unser Botschafter aktiv an einem Versuch beteiligt war, eine neue Militär-Junta an die Macht zu bringen, um eine Übernahme der Macht durch Castro's Revolutionsarmee zu verhindern, und zu diesem Zweck mit Batista's General Cantilla verhandelte, weigert sich unsere Regierung selbstgerecht, irgendeine Verantwortung zu übernehmen oder gar sich schuldig zu fühlen.

So, wie die geschichtliche Entwicklung — tatsächlich — erinnert wird und wie unsere Regierung glaubt, daß sie verlaufen sei, ist sie nur eine Fiktion. In entsprechenden Communiques des State Department wird sie dann etwa so dargestellt: „Die Beziehungen zwischen den USA und Kuba sind traditionell eng und freundschaftlich gewesen ... Es sei nur erinnert an die Opfer, die Amerikaner gemeinsam mit kubanischen Patrioten dargebracht haben, um für Kuba Unabhängigkeit zu gewinnen, und an die vielen Beiträge, die einzelne Amerikaner und Unternehmungen für den Fortschritt in Kuba geleistet haben."

Die amerikanische Gesellschaft mit ihrem ideologisch verzerrten Urteilsvermögen war, das zeigen auch gerade die offizielleren Erklärungen, nicht imstande zu verstehen, warum die kubanischen Revolutionäre die öffentlichen Dienstleistungsbetriebe und Einrichtungen nationalisieren, eine Landreform durchführen und die Stellung der einheimischen und fremden Besitzer- [und Investitionen vornehmenden] Klasse beseitigen mußten. Sie konnte, um es in einem Wort zu sagen, nicht einsehen, wie notwendig die Beseitigung des alten Regimes war.

Die USA hatten das Batista-Regime respektiert und waren nun auf einmal gezwungen, frühere „Batistianos" im eigenen Lande aufzunehmen. Mit wenigen Ausnahmen wurden Leute, die die kubanischen Revolutionäre als Kriegsverbrecher und Mörder bezeichneten, schnell und ohne große Schwierigkeiten ins Land gelassen; und die anderen nach einer kurzen Überprüfung. Die moralische Empörung des kubanischen Volkes darüber wurde nicht verstanden. Unsere

Regierung hat sich niemals mit den Verbrechern der „Batistianos" identifiziert; aber sie wußte, daß diese keine Kommunisten waren — und das war Rechtfertigung genug, um sie als Freunde aufzunehmen. Unsere Einwanderungsgesetze scheinen sehr einseitig ausgerichtet zu sein — allein auf Antikommunismus!

Als die kubanischen Emigranten nach der Landreform begannen, Flugblätter — und, wie die kubanische Regierung behauptet, Brandbomben — über Kuba abzuwerfen, drückte unsere Regierung ihr Bedauern darüber aus, nahm einen der Piloten fest, fühlte sich aber nicht verpflichtet, strengere Grenzkontrollen einzurichten. Mit diesem Zwischenfall wurde der Tiefstand der amerikanisch-kubanischen Beziehungen erreicht. In einer Flugschrift erklärte die kubanische Regierung, das amerikanische State Department gäbe seine stillschweigende Zustimmung zu diesen Flügen. Für die Kubaner war das schon dadurch bewiesen, daß unsere Regierung den betreffenden Piloten seinerzeit aufgenommen hatte, als er aus der kubanischen Luftwaffe desertiert war.

Die Rolle, die unsere Meinungsmacher im Falle der sog. Massenprozesse gegen kubanische Kriegsverbrecher gespielt haben, ist ein weiteres Beispiel für die gängige Verdrehung der Perspektiven. Als unter Batista's Diktatur 20 000 Kubaner aus politischen Gründen getötet wurden, gab es keinen Aufschrei und keinen Protest in unserer Presse. Als aber die Revolutionsprozesse begannen, wurde unserer Öffentlichkeit der Eindruck vermittelt, als ginge es zu wie in römischen Zirkussen — öffentliche „Massen-Prozesse" war das Schlagwort. Es wurde gar nicht erst versucht klarzumachen, daß in Wirklichkeit nur ein öffentlicher Prozeß stattgefunden hat (gegen Sosa Blance, einen der bekanntesten Kriegsverbrecher) und daß dieser Prozeß abgehalten wurde als Erwiderung auf die Kritik amerikanischer Zeitungen an den nicht-öffentlichen Prozessen. Es war ein Versuch, die amerikanische öffentliche Meinung zu beruhigen. Mit dieser einen Ausnahme waren alle anderen geschlossene Gerichtsverfahren, bei denen jeder Angeklagte einen ordentlichen Verteidiger hatte. Alle Teile des kubanischen Volkes sahen die Prozesse als vollkommen gerecht an. Selbst die katholische Kirche verlangte mehr Verurteilungen. Die erste Zeitung, die öffentlich nach einer Beendigung der Prozesse rief, war „Revolucion", das halb-amtliche Regierungsblatt und die Stimme der „Bewegung des 26. Juli". Als die Regierung die Prozesse beenden wollte, traten die Arbeiter von Manzanilla aus Protest in den Generalstreik und forderten die Wiederaufnahme der Gerichtsverfahren. Es sollte daher klar sein, daß die plötzliche und verspätete moralische Entrüstung unserer Leitartikler über die „ungerechten Prozesse" hinreichend unsere moralische Unverantwortlichkeit gegenüber dem kubanischen Volk bewiesen hat.

Die provokativen Flüge kubanischer Emigranten von amerikanischen Flugplätzen und die amerikanische Berichterstattung über die Gerichtsverfahren waren nicht allein für sich bedeutsam, sondern vor allem deswegen, weil sie die in den lateinamerikanischen Ländern übliche Vorstellung von den USA als einer „Macht der Unterdrückung", die von „Yankee-Imperialisten" beherrscht wird, verstärkten. Sie entfachten außerdem den kubanischen Nationalismus; und damit war der Weg geebnet für einen unaufhaltsamen Verfall der amerikanisch-kubanischen Beziehungen.

Fidel Castro hat seine Absichten bereits im Jahre 1953, im „Moncada Programm", dargelegt. Aber da es in Latein-Amerika üblich ist, Versprechungen zu machen ohne die ernsthafte Absicht, sie zu verwirklichen, scheint niemand dieses Programm ernst genommen zu haben. Unsere Meinungsmacher und entscheidenden Politiker traten dann der neuen Regierung Castro's ohne ein Schuldgefühl

wegen der Vergangenheit gegenüber und ohne die absolute Notwendigkeit einer radikalen Veränderung der politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und Kuba zu erkennen. Das heißt nicht, daß sie nicht die Notwendigkeit sozialer Veränderungen erkannt hätten. Botschafter Lodge drückte es so aus: Unsere Regierung würde ihre volle Unterstützung für „sorgfältig überlegte Programme zur Verbesserung der Verhältnisse auf dem Lande" leihen.

Es wurde jedoch deutlich, daß jedes Programm, das nicht die „angemessene Rolle" ausländischer Gesellschaften respektieren würde, oder das nicht so langsam zur Durchführung käme, um Enteignungen entsprechend entschädigen zu können, nicht „sorgfältig überlegt" war. Das ist ein klares Beispiel für die Wirksamkeit einer bestimmten Ideologie. Man glaube nicht, daß unsere Regierung einfach so handelte, nur um private Interessen zu schützen. Man glaube auch nicht, daß jemand allein aus Gründen wirtschaftlichen oder politischen Eigeninteresses handelt. Denn in unserer Kultur, und damit in unserem sozial-psychologischen Verhalten, steckt genügend ideologisch begründetes Vernunftvermögen. Dem moralischen Dilemma ist man einfach ausgewichen: Wie kann man die Notwendigkeit einer sozialen Umformung mit dem Schutz unserer Interessen vereinbaren?

Das Revolutionsprogramm Fidel Castro's ist im wesentlichen ein wirtschaftliches Programm. Im April 1959 kam er in Begleitung seiner obersten Wirtschaftsberater in die Vereinigten Staaten in der Hoffnung, Wirtschaftshilfe zu erlangen. Die Gunst eines „offiziellen Besuches" wurde ihm nicht gewährt; er wurde auch nicht von Präsident Eisenhower empfangen. Als er dann mit dem Internationalen Währungsfonds verhandelte, erklärte man ihm, bevor an ein Hilfsangebot für Kuba gedacht werden könne, müsse Kuba einem „Stabilisierungsprogramm" zustimmen. Das hätte aber eine konservative Finanz- und Währungspolitik bedeutet: ein ausgeglichenes Budget und Respektierung privater Investitionen. Auf das letztere lief praktisch Eisenhower's „Hilfs"-Programm hinaus, nämlich die Heranziehung ausländischen, d. h. amerikanischen Kapitals. Nach den in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen hatte Kuba aber guten Grund, im Hinblick auf amerikanische Investitionen vorsichtig zu sein. Außerdem wußte man, daß die vorgeschlagene Politik zu einem weiteren sofortigen Ansteigen der Arbeitslosenzahl — 700 000 wurden aus dem vorangegangenen System „übernommen" — führen würde. Mitten in den revolutionären Umschichtungen waren diese Vorschläge einfach unannehmbar, sollte nicht die Zukunft der revolutionären Bewegung aufs Spiel gesetzt werden. — Darüber hinaus hatte Castro um eine Erhöhung der Zuckerausfuhrquote nachgesucht, aber auch das wurde ihm versagt.

Das Ergebnis war klar: Die USA demonstrierten, daß sie nicht bereit waren, solche Programme zu unterstützen, die für die wirtschaftliche Entwicklung Kubas ausschlaggebend waren, weil diese Programme nicht mit der Ideologie der Berater unserer Regierung übereinstimmten. Anwendbare Alternativvorschläge zu dem kubanischen Programm wurden jedoch niemals gemacht.

Zwei Monate nach dem Ersuchen um Wirtschaftshilfe wurde das Programm zur Landreform verkündet: Nach Ablauf eines Jahres sollte es den amerikanischen Gesellschaften nicht mehr gestattet sein, ihren bisherigen Grund und Boden weiterhin zu besitzen; alle großen Besitzungen sollten aufgeteilt werden. Für die Enteignungen wurde eine Entschädigung in Form von 4½prozentigen, 20 Jahre laufenden Schuldverschreibungen angeboten.

Die USA antworteten sofort. Noch bevor das Gesetz offiziell in Kraft trat, wurde die erste Protestnote der kubanischen Regierung ausgehändigt. Darin

wurde auf die bestehenden Gesetze und die fortschrittliche Rolle des amerikanischen Kapitals in Kuba hingewiesen und die Erwartung einer wohlüberlegten Handlungsweise ausgesprochen. Die kubanische Regierung, so wurde erklärt, solle für „sofortige, angemessene und wirksame Entschädigung" für die enteigneten Besitzungen Sorge tragen. Zur gleichen Zeit betrug der kubanische Staatsschatz 40 Millionen Dollar. Der Wert des zu enteignenden Landes wurde auf 300 Millionen Dollar geschätzt. Es war also einfach unmöglich für die Kubaner, sofort, angemessen und wirksam zu zahlen, wenn das unmittelbare Zahlung in amerikanischen Dollars bedeuten sollte. Aber was sonst war in der amerikanischen Note gemeint worden? Die kubanische Behauptung, es sei Barzahlung vor der Enteignung verlangt worden, wurde ärgerlich dementiert. Aber es wurde auch nie ein anderer Vorschlag deutlich ausgesprochen. Darin liegt im Grunde der Fehler der amerikanischen Außenpolitik. Unsere Regierung und unsere Führer der öffentlichen Meinung haben eine hohe Achtung vor dem amerikanischen Unternehmen und eine allgemeine ethische Achtung vor Privateigentum. Sie sind moralisch entrüstet, wenn Eigentum nicht geachtet wird (obgleich man seinerzeit bei der von General MacArthur in Japan durchgeführten Landreform durchaus andere Prinzipien verfolgte und weit ungünstigere Entschädigungszahlungen als jetzt in Kuba festsetzte). Sie wollen nicht den moralischen Zwiespalt erkennen: Entweder wirtschaftliche Entwicklung Kuba's oder angemessene Entschädigungen für die Enteignungen! Die USA haben bisher weder für Kuba noch für ein anderes unterentwickeltes Land ein Programm vorgelegt, das ebenso sehr den Voraussetzungen der wirtschaftlichen Entwicklung wie auch unseren ethischen Vorstellungen entspräche.

Man erkennt nicht, daß die privaten amerikanischen Investitionen in Kuba keinen Beitrag zur Entwicklung der kubanischen Wirtschaft geleistet, sondern, viel wahrscheinlicher, dem wirtschaftlichen Wachstum entgegengewirkt haben. Die amerikanischen Unternehmen wurden geleitet im Hinblick auf sicheren Gewinn; sie taten wenig, die Grenzen der wirtschaftlichen Entwicklung Kubas weiter zu stecken. Ein Beispiel sind die auf dem Gebiete der öffentlichen Versorgungswirtschaft tätigen Unternehmen. 90% der kubanischen Gas- und Elektrizitätsversorgung erfolgten durch die Cuban Electric Company, ein Zweigunternehmen der in amerikanischem Besitz befindlichen American and Foreign Power Company. Ihre 300 Millionen Dollar stellen bei weitem die größte Investition eines einzelnen amerikanischen Unternehmens auf Kuba dar. Die Gesellschaft hatte zwar vollkommen gesetzliche, aber äußerst konservative Geschäftsprinzipien: Die Gas- und Elektrizitätsversorgung wurde nur in solchen Gebieten erweitert, die einen unmittelbaren Gewinn, einen alsbaldigen Rückfluß der Investitionen erwarten ließen. Das Ergebnis: Gasversorgung hatte überhaupt nur Havanna; auf dem Lande fehlte jegliche Elektrizitätsversorgung.

Gas und Elektrizität sind unentbehrliche Voraussetzungen zum Aufbau neuer Industrien und zur Mechanisierung der Landwirtschaft. Die Schaffung dieser Voraussetzungen ist mit einem Risiko verbunden; und die amerikanische Gesellschaft wollte dieses Risiko nicht tragen. Sie war ohne eine entsprechende Garantie der (vorrevolutionären) Regierung nicht bereit, ihre Versorgungsgebiete auszudehnen. Sie begann damit erst, nachdem sie von der Regierung und von der Export-Import-Bank einen Kredit erhalten hatte. Für die kubanische Revolutionsregierung war es unter diesen Umständen, um die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben zu können, unvermeidbar, die Kontrolle über diese Gesellschaft — im August 1959 — zu übernehmen. Die unausweichliche Reaktion in den USA war darauf: Man bezeichnete diese Handlungsweise als ein weiteres Beispiel für die irrationale und schädliche anti-amerikanische Politik, die

zweifellos von den Kommunisten in der kubanischen Regierung inspiriert worden sei.

In gleicher Weise reagierten die USA auf die Landreform, wie ihre diesbezügliche Note zeigt. Diese drückt zwar ihre Übereinstimmung mit einer „maßvollen und wohlüberlegten" Wirtschaftspolitik aus; aber sie beweist wenig Verständnis für die Kubaner, die doch die „hervorragende Rolle", die amerikanisches Kapital in der Vergangenheit gespielt hatte, nicht so ohne weiteres vergessen können, und die doch nicht eine Fortsetzung dieser Rolle in die Zukunft wünschen konnten. Als dann die Kubaner die amerikanischen Investitionen als „Imperialismus" angriffen, war das, wie man in den USA glaubte, das endgültige Zeichen für eine kommunistische Beherrschung der kubanischen Regierung. Die Unternehmer-Mentalität schloß einfach den Gedanken aus, daß amerikanische Investitionen eine Bremse für die Entwicklung Kuba's auch nur gewesen sein könnten.

Die Wurzel für die schwerwiegendsten Beschuldigungen seitens der USA liegt vielleicht in folgendem: Man klagt die kubanischen Führer an, eine verleumderische Politik zu betreiben, die berechnet sei, die amerikanisch-kubanischen Beziehungen zu schädigen. Man macht sich aber nicht klar, daß die Kubaner ihre Beschuldigungen des amerikanischen Imperialismus wirklich ernst meinen und daß sie hierfür berechtigte Gründe haben.

Als die kubanische Oberschicht behauptete, die Revolution sei kommunistisch beherrscht, kam das der amerikanischen Betrachtungsweise entgegen. Mit dieser Behauptung waren sie die ersten, die überhaupt Kommunismus mit dem Revolutionsprogramm und, entsprechend also, Antikommunismus mit Gegenrevolution gleichsetzten. Natürlich gaben die Kommunisten dem Revolutionsprogramm ihre volle Unterstützung und boten damit derartigen Erklärungen eine gewisse Grundlage — aber nur im umgekehrten Sinne. Als aber diese Beschuldigungen des Kommunismus im gleichen Maße zunahmen, wie die Agrarreform durchgeführt wurde, wurde es für Castro unvermeidlich, die Kommunisten allmählich mit größerer Sympathie zu betrachten, als er es bisher getan hatte. Das hatte eine schwerwiegende Auswirkung auf die amerikanische Politik. Denn unsere Führer neigten nicht nur schon dazu, die Revolution mit Kommunismus gleichzusetzen, sondern nun schien die Tatsache, daß Castro nicht eindeutig Antikommunist war, alle ihre Ansichten zu bestätigen.

Als amerikanische Geschäftsleute, als die „besten Familien" und die konservativsten Elemente in Kuba anfingen, eine „rote Gefahr" zu sehen, da sah das State Department plötzlich auch eine. Der Mangel der amerikanischen Außenpolitik liegt darin, daß man soziale Umformungen gerade mit den Augen d e r j e n i g e n Gruppen und Klassen zu sehen versucht, die durch diese Umformungen verdrängt werden. Wenn unser Land diese Perspektive beibehält — die Perspektive von Leuten, die die N o t w e n d i g k e i t gesellschaftlicher Umformungen nicht sehen — dann kann auch unser Land einmal das O p f e r, anstatt der P a r t n e r und Förderer solcher Umwandlungen werden.

Den Sowjets, auf der anderen Seite, fällt es leicht, die Bedeutung der Revolution zu verstehen. Sie sind weder durch Eigentum noch durch ihre politische Position in der Welt gebunden wie die USA. Sie verstehen den Nationalismus früherer Kolonialländer und können mit ihm zusammenarbeiten. Aus diesen Gründen sehen sie wohl ihre langfristigen Interessen auch klarer als die USA. So gelingt es ihnen denn auch eher, die Anerkennung dieser Länder zu gewinnen. Anfang April 1959 begann die kubanische Oberschicht mit ihrem Geschrei vom „Kommunismus". Die „New York Times" berichtete: „Die augenblickliche Mittelklasse findet sich ernsthaft betroffen durch eine drastische Herabsetzung der Mieten, ein Fallen der Bodenwerte und den Zwang, freie Grund-

stücke in den Städten zu verkaufen; außerdem aber im gleichen Maße durch die schlechte wirtschaftliche Situation . . . Sowohl die Leute mit mäßigen Ersparnissen als auch die wohlhabende Klasse haben der spanischen Tradition gemäß ihr Geld und Land in Besitztümern angelegt; jetzt sehen sie sich ihrer Besitztümer beraubt und als Klasse ausgelöscht. Durch nichts sind sie davon zu überzeugen, hieran sei nicht der Kommunismus schuld." Der Korrespondent des „Christian Science Monitor" berichtete, 30 der 33 Gewerkschaften seien von Kommunisten beherrscht. Und der Washingtoner Korrespondent der „New York Times" meldete, in Kreisen der amerikanischen Regierung habe man den Verdacht, „prominente Mitglieder der Castro-Bewegung sympathisierten mit dem Kommunismus".

Wenn nun schon unsere Regierung, unsere Berichterstatter und die kubanische Oberschicht wirklich den Kommunismus fürchteten, dann hätten sie wissen müssen, daß zu dieser Zeit die „Bewegung des 26. Juli" und die Kommunisten einander noch durchaus feindlich gesonnen waren. Sie hätten ferner wissen müssen, daß Mitglieder der „Bewegung des 26. Juli" sich mit den Kommunisten Straßenschlachten geliefert hatten, während ihre Zeitung „Revoluzion" die Kommunisten wegen ihres Extremismus angriff, so wie es Castro tat. Aber darum ging es gar nicht, wie etwa der folgende „Rotes Donnerrollen" überschriebene Bericht des „Wall Street Journal" zeigt: „Kuba's umstrittenes Landreformgesetz, nach dem große Besitzungen enteignet und unter das landlose kubanische Landvolk aufgeteilt werden sollen, hat hier (Kuba) eine Opposition gegen Premierminister Fidel Castro von amerikanischer Seite entstehen lassen. Die Reaktion ist verständlich. Amerikanische Konzerne, zumeist Zuckergesellschaften, werden ungefähr zwei Millionen acres verlieren . . . Diese scharfe Beurteilung Castro's amerikanischerseits mag etwas überschattet sein von Eigeninteressen . . . (aber) wichtig ist, daß solche Anschuldigungen überhaupt erhoben worden sind. Denn die Ankläger sind Männer, die an der Leitung von 800 Millionen Dollar amerikanischer Investitionen auf Kuba beteiligt sind. Sie weisen auf einen Castro-Plan zur Errichtung von 18 Farm-Kooperativen hin, die Bestandteil seines landwirtschaftlichen Reformprogrammes und nach dem Modell der rotchinesischen Kommunen ausgerichtet sind". Die Opposition richtete sich nicht gegen den Kommunismus, sondern gegen die revolutionären Veränderungen, von denen die Oberschicht und das amerikanische Kapital zu ihrem Nachteil, die unteren Klassen zu ihrem Vorteil betroffen wurden. Wir würden es nicht wagen, diese Behauptung so deutlich auszusprechen, hätte sie nicht das „Wall Street Journal" selbst aufgestellt: „Soweit bis heute über Castro Unzufriedenheit herrscht, scheint sie sich auf die konservativen oberen Einkommensschichten zu beschränken . . . Man rede mit Hotelangestellten, Aufzugführern, Büroangestellten und anderen Angehörigen der arbeitenden Schicht, und man wird schnell überzeugt, daß Mr. Castro noch die enthusiastische, fast idolisierende Unterstützung der Masse des Volkes hat. Gerade diejenigen Maßnahmen, von der die Geschäftsleute betroffen wurden, haben Castro die Unterstützung des Volkes eingebracht. Außer dem Landreformprogramm waren es noch andere Maßnahmen, die den Beifall der Massen gefunden haben, seine Verordnungen über Wohnungsmieten und das Gesetz, nach dem viele Unternehmen Arbeiter wieder einstellen müssen, die seit 1952 entlassen worden waren." Wie das „Wall Street Journal" aufzeigt, geht es heute in Kuba um die relative Wohlfahrt verschiedener Klassen. Es ist ein wirtschaftlicher Klassenkampf ganz eindeutiger Art; darum handelt es sich, nicht um eine Auseinandersetzung zwischen „Freiheit" und Kommunismus. Die Beschuldigungen, die Kommunisten hätten ihre Hand im Spiele, dienen nur dazu, den wahren Sachverhalt zu verschleiern.

„Pseudo-Radikalismus"

In ähnlicher Weise sollen Behauptungen über einen angeblichen bzw. einen gar nicht vorhandenen Radikalismus der Revolution von den Tatsachen ablenken. Der Begriff „Pseudo-Radikalismus" soll hier den — vielleicht unbewußten — Versuch kennzeichnen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf eine Politik zu lenken, die allgemein als unerwünscht angesehen wird, um auf diese Weise von den notwendigen und positiven sozialen Reformen abzulenken. Man redet uns ein, die kubanischen Kooperativen und die chinesischen Volkskommunen seien dasselbe; die Kinder würden von ihren Eltern getrennt und in Schulheimen untergebracht; die Familie würde zerstört; die Regierung wolle die Revolution „exportieren"; die Revolution sei anti-katholisch. Aber diese Behauptungen sind einfach unwahr.

Soweit bisher Kooperativen errichtet worden sind, bieten sie vielleicht mehr private Atmosphäre als moderne amerikanische Wohnkomplexe. Eine einzige Heimschule ist bisher gebaut worden — die „Cienfuegos Schul-Stadt" in der Provinz Oriente. Sie soll den Kindern, die in der unzugänglichen Sierra Maestra leben, den Schulbesuch ermöglichen. Übrigens gibt es ähnliche Schulen auch bei uns. Die Regierung fördert Heiraten und hat ein Programm, nach dem die früher dem Gewohnheitsrecht folgenden Heiraten jetzt in einer offiziellen Zeremonie vorgenommen werden.

Zu den Behauptungen, die Revolution würde oder solle „exportiert" werden, sei gesagt, daß die kubanische Regierung verschiedentlich Personen festgenommen und verurteilt hat, die versucht haben, Kuba als Basis für die Entfachung der Revolution in anderen Ländern zu benutzen. So wurden z. B. am 2. März 1960 38 Mitglieder der Rebellenarmee zu Haftstrafen zwischen einem und zwei Jahren verurteilt, die versucht hatten, eine Invasion in die Dominikanische Republik zu unternehmen.

Nun zu den Behauptungen über Religionsfeindlichkeit und Antikatholizismus der Revolution: Die Jung-Presbyterianer Kuba's z. B. haben am 7. April 1960 eine Resolution gefaßt, die die Revolutionsregierung und ihre Arbeit für das kubanische Volk unterstützt. Präsident Osvaldo Dorticos erklärte in einer Rundfunkansprache, es gebe keinen Konflikt zwischen Revolution und Religion. Die Revolution richte sich nur gegen „Privilegien und ungerechtfertigte Interessen". Christus sei am Kreuze für die Gedemütigten gestorben und auch die Märtyrer der Revolution seien für die Gedemütigten gestorben. Die Regierung, so sagte er, verspreche Achtung vor der Religion und Freiheit der Religionsausübung. Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, daß die verschiedenen Hirtenbriefe der katholischen Kirche niemals die Revolution angegriffen haben, sondern nur gewarnt haben vor einer kommunistischen Verkehrung ihrer Zielsetzungen.

Ähnliche Mißverständnisse oder Verdrehungen beziehen sich auf die kubanisch-sowjetischen Handelsbeziehungen. Kuba wird angegriffen, weil es von außerhalb der westlichen Hemisphäre Hilfe angenommen habe. Aber die Notwendigkeit dieser Hilfe und die Rolle, die die USA dabei gespielt haben, werden nicht klar gemacht. Castro hat die USA verschiedentlich um Wirtschaftshilfe gebeten, die, wie beschrieben wurde, ihm aber abgeschlagen wurde. Dabei sah sich Kuba dem von Batista geplünderten Staatsschatz und einem überschüssigen Zuckervorrat von 1½ Millionen Tonnen gegenüber. Was für eine Wahl hatte es? Es mußte einen Markt für seinen Zucker finden. Als die Sowjets ein großzügiges Handelsangebot machten, und später auch die Chinesen, nahm Kuba an. Daraufhin wurde Kuba pro-sowjetischer Neigungen angeklagt. Aber man vergißt die Tatsache, daß unter Batista in den letzten vier Jahren vor der Revolu-

tion der Handelsaustausch mit der Sowjetunion sich auf 200 Millionen Dollar belaufen hatte und daß der Handel der Revolutionsregierung mit den Sowjets eine unausweichliche Notwendigkeit war. Hiermit hat man versucht, Kuba in ein abgedroschenes Schema zu pressen, vor allem das eines Sowjet-Satelliten. Das sollte die Aufmerksamkeit von dem wirklichen Radikalismus der Revolution — Landreform, Nationalisierung der Grundindustrie, Bau von Gesundheits-, Wohlfahrts- und Erholungseinrichtungen, Schulen und Wohnungen — ablenken, zu dem die USA niemals eine brauchbare Alternative entwickelt haben.

Das Problem einer politischen Demokratie in Kuba

Unsere Kommunikationsmittel vermitteln das Bild einer totalitären Gesellschaft, in der eine omnipotente Elite ein in Furcht und Angst versetztes Volk terrorisiert. Aber alle Beobachtungen zeigen, daß das kubanische Volk der Revolution enthusiastisch begegnet ist und das Revolutionsregime voll unterstützt. Nach einer Untersuchung eines Institutes der Princeton University, die erst vor wenigen Monaten durchgeführt wurde, standen 80% der Bevölkerung, dabei die Landbevölkerung fast vollständig, hinter der Revolution. Unsere politischen Kommentatoren, Staatsmänner, Intellektuellen antworten darauf stereotyp mit dem Ruf nach Abhaltung von Wahlen. Dabei ignorieren sie die Tatsache, an der kein ernsthafter Beobachter Kubas zweifeln kann, daß die Führer der Revolution bei solchen Wahlen in überwältigender Weise unterstützt würden. Sie ignorieren auch die Tatsache, daß das kubanische Volk, die Arbeiter, Bauern und Geistesarbeiter, bewaffnet sind und, wären sie ernsthaft unzufrieden mit der Revolution, machtvolle Kritik üben könnten.

Indem man versäumt hat, ein klares Bild der Verhältnisse in Kuba zu entwerfen, geht man über das wirkliche Problem einer Demokratie in Kuba hinweg: Die Bedrohung der Freiheit geht nicht von der heute herrschenden Führungsschicht aus, sondern von der Mehrheit des kubanischen Volkes. Wenn es eine Tyrannei auf Kuba heute gibt, dann ist es eine „Tyrannei durch die Mehrheit".

Die Redefreiheit in einer ländlichen Gemeinde Kubas wird nicht von der Regierung bedroht, oder von deren Agenten, sondern von dem arbeitenden Volk. In ähnlicher Weise ist die Pressefreiheit in Gefahr, nachdem das kubanische Volk sich geweigert hat, Zeitungen zu kaufen, die die Regierung angriffen. Oder die Herausgeber hatten nicht den Mut oder den Willen, ihre Zeitungen angesichts von Mißfallensäußerungen der Arbeiter weiter zu betreiben. Die konservative, früher pro-faschistische Zeitung „Diario de la Marina" schloß erst im Mai 1960, als sie von ihren Arbeitern übernommen wurde. Ihr Herausgeber verließ Kuba auf eigenen Antrieb; niemand verfolgte ihn. Aber das war lange nachdem man angefangen hatte, in den USA von der Willkürherrschaft auf Kuba zu reden. Mit Ausnahme der Zeitungen, die eindeutig hinter dem Batista-Regime gestanden hatten, sind keine Zeitungen von der Regierung geschlossen oder konfisziert worden. Soweit Zeitungen unfreiwillig schlossen, geschah dies unter dem Druck der Arbeiterorganisationen, nicht der Regierung. Der Regierung mögen die Aktionen der Arbeiter entgegengekommen sein; aber sie brauchte jedenfalls nicht von sich aus zu handeln. Kein Herausgeber wurde inhaftiert, keine Zensur errichtet; es wurde auch kein Herausgeber gezwungen, das Land zu verlassen (während solche Dinge im Lande unseres „demokratischen" Verbündeten Frankreich vor nicht langer Zeit wiederholt vorgekommen sind, ohne in den USA Empörung hervorzurufen, ganz zu schweigen von den Verhältnissen in Spanien, Nicaragua, Guatemala und Paraguay).

Die Regierung hat sich auch nicht eingemischt in die Handhabung der anderen Kommunikationsmittel: Bücher, kleinere Zeitschriften, Bibliotheken. Die Biblio-

theken und die Buchläden verfügen über eine erstaunliche Auswahl an Büchern. Kennzeichnend ist auch ein von der Regierung geförderter „Bücher-Plan" („Das Buch, das Sie sich schon immer gewünscht haben"), der nicht nur Marx' „Kapital" und das „Kommunistische Manifest" verbreitet, sondern auch eine authorisierte Ausgabe von Keynes' „Allgemeiner Theorie", eine Marx-Kritik von Schumpeter und eine vergleichende Studie kooperativer Einrichtungen in Israel, Burma und Kuba. Es ist kein Versuch unternommen worden, eine offizielle Ideologie zu errichten; und in der Tat, es gibt gar keine.

Darüber hinaus besteht bei den Revolutionären eine Tendenz, politische Auseinandersetzungen zuzulassen. Es gibt verschiedene unabhängige politische Gruppen, die nur in den grundlegenden Zielen der Revolution übereinstimmen: das Revolutions-Direktorat; eine unabhängige Studentengruppe, die sich auf Kreise an der Universität und die Studentenvereinigung stützt; die maßgebliche „Bewegung des 26. Juli"; eine Gruppe früherer Mitglieder der alten „Autentico"-Partei, zu deren Mitgliedern der von Batista abgesetzte einstige Präsident von Kuba, Prio Socarras, gehört; die volkssozialistische (kommunistische) Partei; schließlich eine neue revolutionäre katholische Aktionsgruppe. Diese Aufzählung mag die tatsächlichen politischen Gruppierungen vielleicht etwas zu stark betonen, aber auch nicht mehr, als wenn man etwa die beiden großen amerikanischen Parteien vergleicht. Hinzugefügt sei noch folgendes: Das Revolutions-Direktorat ist ausdrücklich eine unabhängige politische Gruppe, hervorgegangen aus dem mißglückten Sturm der Studenten auf den Präsidentenpalast im März 1957. Die Angehörigen dieser Gruppe waren die ersten, die ein Manifest ihrer Zielsetzungen herausgaben und die eine demokratische Vertretung aller revolutionären Elemente innerhalb der neuen Regierung verlangten. Ebenso wenig kann in Zweifel gezogen werden, daß auch die Kommunisten eine selbständige Gruppe darstellen mit eigenen Zielsetzungen, obgleich sie noch keine eigenen Forderungen angemeldet haben. Es ist paradox genug, daß ihr einziger Rat ein Rat für Mäßigung und Einheit gewesen ist.

Es besteht darüber hinaus die Möglichkeit, daß sich die neuen Kooperativen, die Universität, die neuen Organisationen der Geistesarbeiter und die Arbeiterbewegung zu unabhängigen und selbständigen Machtfaktoren entwickeln und damit die Grundlage bilden für ein politisches System neuer Art ähnlich den Träumen der „pluralistischen Sozialisten". Es sei ausdrücklich betont, das sind Möglichkeiten; aber es sind Möglichkeiten, die von den Kritikern der kubanischen Revolution niemals in Betracht gezogen werden.

Gewiß ist die Freiheit auf Kuba begrenzt. Es gibt keine zum Tragen kommenden Meinungsabweichungen vom Revolutionsprogramm. Die Massenkommunikationsmittel haben, wie weitgehend in unserem eigenen Lande, im Grundsätzlichen keine unterschiedlichen Ansichten. Aber man darf die Problematik der Verhältnisse nicht mit dem Problem der Mehrheitsherrschaft oder mit der Frage von Wahlen durcheinanderbringen; denn, wie versucht worden ist, in diesem Aufsatz klar zu machen, der Mangel einer wirklichen Opposition liegt in der herrschenden Ansicht der Mehrheit der Bevölkerung begründet.

Durch die Hervorhebung eines Pseudo-Problems haben es die amerikanischen Kritiker versäumt, die echte Problematik einer Demokratie auf Kuba zu begreifen: die Notwendigkeit, Kanäle für die Verbreitung wirkungsvoller Meinungsabweichungen (im Gegensatz zu der reinen Legitimierung abweichender Meinungen) zu schaffen und die Ansichten von Minderheiten zu schützen. Aber gerade das ist das Juwel der westlichen Zivilisation, die Botschaft, die die USA nach Kuba bringen sollten. Aber mit ihrer heutigen Ideologie ist die amerikanische Gesellschaft dazu kaum in der Lage. Ihre simpli-

fizierende Auslegung der Idee eines Selbstinteresses hat sie davon abgehalten, das eine Problem anzupacken, zu dem sie einen echten Beitrag hätte leisten können.

Diese Unfähigkeit, dem Problem einer Demokratie in Kuba zu begegnen, mag ein Zeichen für die Mängel im eigenen Lande sein. Wo, zum Beispiel, finden wir echte Auseinandersetzungen über die amerikanische Außenpolitik gegenüber Kuba?

Die Werke von John Stuart Mill und Thomas Jefferson sollten in Kuba denen von José Marti an die Seite gestellt werden — aber sind wir die geeigneten Träger dieser Ideen?

Horst Andel

Zur Lage im Kongo

Zwei scheinbar nebensächliche Nachrichten aus der Kongorepublik haben in letzter Zeit die düstere Szenerie der sogar in der an politischen Kabalen wahrhaftig nicht armen Geschichte der Nachkriegszeit einzigartig dastehenden kongolesischen Tragödie wie grelle Blitze erleuchtet und die von der westlichen Presse fortwährend genüßlich kolportierte Mär widerlegt, die Ereignisse, die das fiebernde Herz Afrikas seit über einem halben Jahr hin- und herschütteln, seien durch die Unfähigkeit der „politischen Heißsporne" ausgelöst worden, in deren Hand das Schicksal dieses Staates seit dem Tag seiner Unabhängigkeit liegt. Die erste Meldung kam aus Leopoldville und besagte, das UN-Oberkommando habe den Obersten Joseph Desirée Mobutu ersucht, auf die geplante Teilnahme an einer Fallschirmspringerübung seiner Truppen zu verzeichten, weil er dadurch sein Leben riskiere; die zweite stammte aus Brüssel und unterrichtete die schon ganz im Bann der Hochzeit des Königs Baudouin mit der spanischen Grandentochter Donna Fabiola de Mora y Aragon stehende Weltöffentlichkeit darüber, daß der Ministerpräsident Moise Tschombé als erster Gast in der belgischen Hauptstadt eingetroffen sei. Mobutu ist bekanntlich der gegenwärtige „starke Mann" der Kongorepublik, Tschombé der Regierungschef der Provinz Katanga, der seit dem Abzug der Kolonialmacht die belgischen wirtschaftlichen Interessen auf Kosten der Einheit des jungen Staates hütet. Deutlicher als durch diese beiden Nachrichten kann nicht mehr bewiesen werden, um was es im Kongo seit 30. Juni 1960 wirklich geht. Es geht nämlich einmal um die belgischen wirtschaftlichen Interessen und zum anderen um nicht mehr und nicht weniger als darum, die Balkanisierung Afrikas, die man im Hinblick auf das aktuelle Beispiel besser „Katangisierung" nennen könnte, zu vergrößern.

Rufen wir uns die Ereignisse noch einmal ins Gedächtnis zurück.

„Wir werden der Welt zeigen, was der schwarze Mann vermag, wenn er in Frieden arbeiten kann. Jetzt wird unser Land groß!", hatte der Ministerpräsident Patrice Lumumba selbstbewußt ausgerufen, während die im Hafen von Leopoldville ankernden Kriegsschiffe mit donnerndem Kanonensalut die eindrucksvolle Geräuschkulisse zu den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten liefer-

ten und der König der Belgier mit steinernem Gesicht auf der Ehrentribüne saß. Was geschah seither?

Anderthalb Wochen nach diesem optimistischen Orakelspruch meuterte die „Force Publique". Die anscheinend an Eigentum und Leben bedrohten Europäer verließen in hellen Scharen das Land. Die Regierung forderte die Belgier abwechselnd auf, abzuziehen und dazubleiben. Die Provinz Katanga, die mit ihren unerschöpflichen Bodenschätzen eine wesentliche Grundlage für die wirtschaftliche Konsolidität des jungen Staates zu liefern hatte, fiel von der Zentralregierung ab, erklärte sich für selbständig und unterstellte sich belgischem Schutz. Leopoldville brach die diplomatischen Beziehungen zu Belgien ab, ohne daß dessen Botschafter das Land verließ, richtete Hilfsersuchen an die Vereinten Nationen und an die USA und trat in einen Notenwechsel mit der Sowjetunion. Während die Brüsseler Regierung Truppenkontingente nach dem Kongo in Marsch setzte, um angeblich für die dortgebliebenen Belgier zu retten, was noch zu retten sei, landeten in Leopoldville die ersten aus ghanesischen Soldaten unter britischem Oberbefehl gebildeten UN-Streitkräfte. Die Regierung war nicht mehr Herr der Lage, und das Land wurde von einer Hungersnot bedroht.

Seitdem sind sechs Monate verflossen. Das Kongoproblem ist nicht gelöst; die Einigkeit, mit der die Generalversammlung das Eingreifen der UN-Streitkräfte guthieß, ist erbitterten Auseinandersetzungen zwischen den Westmächten und einigen afro-asiatischen Staaten einerseits und der Sowjetunion und der Mehrheit der farbigen Völker andererseits gewichen. Schutz zu gewähren, die äußere Ordnung aufrechtzuerhalten oder herzustellen und der Kongoregierung nach deren Wünschen zu helfen — so lautete der Auftrag, den die Vereinten Nationen ihrem Generalsekretär gaben, nachdem die rechtmäßig gewählte kongolesische Regierung die Weltorganisation angerufen hatte. „Dag Hammerskjöld wird es schon machen!", hieß damals die Parole, die den großen Vorteil hatte, langwierige Debatten zu ersparen und die eine schnelle und somit wirksame Hilfe zu gewährleisten schien. Ein halbes Jahr darauf, in der letzten Kongodebatte, stellte der Außenminister der Vereinigten Arabischen Republik, Mahmud Fawzi, fest, es sei falsch, alles dem Generalsekretär zu überlassen. Hammarskjöld hatte seinen Auftrag nicht erfüllt. Und es konnten höchstens darüber Meinungsverschiedenheiten bestehen, ob er das ihm so einmütig entgegengebrachte Vertrauen nicht gerechtfertigt hatte oder einfach überfordert worden war.

Was war inzwischen geschehen?

Das UN-Oberkommando betrachtete es als eine seiner ersten Aufgaben, die sogenannte „Force Publique", deren Meuterei einst das Debakel ausgelöst hatte, wieder auf die Beine zu stellen, um es auf diese Weise dem plötzlich aufgetauchten zwielichtigen Obersten Mobutu zu ermöglichen, mit Hilfe der besser als je organisierten Armee den „starken Mann" zu spielen. Ein Gebot der Vernunft wäre es gewesen, die Soldaten zu entwaffnen. Hätte man dieses Gebot befolgt, brauchte man sich heute nicht darüber aufzuregen, daß Mobutu nicht davor zurückschreckt, fortwährend Soldaten der UN-Streitkräfte entwaffnen und verprügeln zu lassen, und er sich jüngst sogar das Husarenstück leistete, das österreichische Kontingent, das aus dem Personal eines Lazarettes besteht, festnehmen zu lassen. Wie um solche Bubenstückchen auch noch zu belohnen, nahm der UN-Oberbefehlshaber Carl von Horn sichtlich geschmeichelt an einer Parade der „Force Publique" teil, mit der Mobutu seine Macht demonstrierte.

Das UN-Oberkommando sah aber tatenlos zu, wie der Staatspräsident Joseph Kasawubu den rechtmäßigen Ministerpräsidenten absetzte, obwohl dieser nach wie vor das Vertrauen der Parlamentsmehrheit besaß; wie der Oberst Mobutu den entmachteten Regierungschef „neutralisierte", um der beschönigenden Sprachregelung des Generalsekretärs Hammarskjöld zu folgen, und der „starke Mann" das Parlament seither daran hindert, zu tagen und Beschlüsse zu fassen; wie der aus der widerrechtlichen Internierung in seinem Amtssitz geflüchtete Lumumba von Mobutus Häschern wieder eingefangen und in ein Gefängnis geworfen wurde, nachdem er zuvor unter den Augen der UN-Soldaten und seiner eigenen Frau mißhandelt worden war. Erst auf das Drängen der Generalversammlung ließ sich Hammarskjöld herbei, den Kongopräsidenten Kasawubu um faire Behandlung des Häftlings zu ersuchen. Von den afro-asiatischen Delegierten einem peinlichen Verhör unterworfen, versuchte der Generalsekretär sich mit der Behauptung herauszureden, er habe weder Lumumba wieder einsetzen, noch ihn aus dem Gefängnis befreien können, weil er dadurch gegen seine Direktiven verstoßen und in die inneren Angelegenheiten der Kongorepublik eingegriffen hätte. Ein Gebot der Vernunft wäre es gewesen, den Schutz der Vereinten Nationen auf Patrice Lumumba zu konzentrieren, der sie gerufen hatte, der auch nach seiner Entmachtung die zentrale Figur der Kongotragödie blieb und der als einziger legitimiert war, die Macht auszuüben.

Hammarskjöld vergaß dann auch bei seiner Rechtfertigung mehrere Tatsachen. Erstens war es die — wie nicht oft genug betont werden kann — rechtmäßig gewählte kongolesische Regierung, die die Vereinten Nationen angerufen hatte. Über die Gültigkeit des parlamentarischen Mandates des Ministerpräsidenten Lumumba kann nicht der geringste Zweifel bestehen. Er wurde zu einem Zeitpunkt gewählt, als die Belgier noch im Land waren. Erhebliche Zweifel gibt es allerdings — und das ist die zweite Tatsache, die der Generalsekretär vergaß — darüber, ob der Staatspräsident Kasawubu berechtigt war, Lumumba abzusetzen, obwohl das Parlament hinter diesem stand und steht.

Die Eifersüchteleien zwischen beiden Politikern sind älteren Datums. Sie bescherten dem jungen Staat schon die erste Regierungskrise, noch ehe er eine Regierung besaß und überhaupt zu existieren anfing. Nach den Wahlen bestanden zwischen den führenden Männern schwerwiegende Mißhelligkeiten über die Verteilung der höchsten Staatsämter, die jeder für sich beanspruchte, wobei sich Kasawubu, der von seinen Stammesgenossen als König verehrt wird, mit seiner Abkunft von einem früher am unteren Kongo herrschenden Fürstengeschlecht und Lumumba mit dem überzeugenden Votum seiner Wähler legitimierte. Eine Zeitlang bestand die Gefahr einer Separation des Niederkongo-Gebietes, die dann durch die überraschende Wahl Kasawubus zum Staatspräsidenten und der Lumumbas zum Ministerpräsidenten beseitigt wurde. Damals bewies der später so oft und so gern der Unfähigkeit bezichtigte Lumumba zum erstenmal, daß er politischen Instinkt und die anderswo sehr seltene staatsmännische Tugend des Maßhaltens besitzt. Die Gelegenheit, seine Fähigkeiten zu zeigen, hatte er seither nicht mehr. Es ist seinen Gegnern gelungen, ihn als den Beelzebuben hinzustellen, der für alles verantwortlich sein soll, was am Kongo geschah. Kasawubu konnte der Versuchung nicht widerstehen, die ganze Macht für sich zu gewinnen. Er setzte Lumumba ab, womit er den Wünschen der Belgier entgegenkam. Ohne ihn selbst oder auch nur seine Vertrauensleute anzuhören, erklärte die UN-Generalversammlung gegen den Willen der Mehrheit der afro-asiatischen Mitgliedsstaaten und der Sowjetunion die Absetzung Lumumbas für rechtens und Joseph Kasawubu für den einzigen recht-

mäßigen Vertreter des Kongostaates. Belgien und mit ihm die Vereinigten Staaten hatten einen folgenschweren Sieg in der seit einem halben Jahr tobenden Schlacht um den Kongo errungen.

Wirtschaftliche Hintergründe

Wir können es uns ersparen, die Ereignisse, die vorausgingen, noch einmal chronologisch zu schildern. Sie sind bekannt. Wichtiger sind die Hintergründe, die zu dem Tauziehen um die Macht im Kongostaat geführt haben und über die man hierzulande leider sehr wenig weiß!

Im Kongo zeigt sich so deutlich wie vielleicht an keinem anderen Platz der Welt, wie sehr politische Ereignisse von scheinbar apolitischen Machtgruppen ausgelöst und gelenkt werden. Es geht dort nicht zuerst um das politische Interesse des Westens, sondern um die westlichen finanziellen und wirtschaftlichen Interessen. Wer diese Tatsache erkennt, hat den Schlüssel für die Erklärung des kongolesischen Wirrwarrs in der Hand.

Die Meldung, ein sozialistischer Abgeordneter des belgischen Parlamentes habe die Brüsseler Regierung gefragt, inwieweit belgische Kreise am Abfall Katangas von der Kongorepublik beteiligt gewesen seien, ist von den meisten westlichen Blättern bemerkenswerterweise an abseitiger Stelle, kurz und kommentarlos, gebracht worden. Über die Antwort ist überhaupt nichts bekannt geworden. Doch diese Frage rührt an den Kern des Konfliktes. „Katanga" und „Union Miniére" sind zwei Namen, die in letzter Zeit sehr häufig in einem Atemzug genannt werden. Was es mit ihnen auf sich hat, wissen im Westen allerdings nur wenige Leute, die zudem geringes Interesse daran haben, daß ihre wahre Bedeutung größeren Kreisen geläufig wird.

Die Hauptstadt Leopoldville kann man vielleicht am treffendsten als das Hirn des Kongostaates charakterisieren. Dort laufen die Fäden zusammen, die den riesenhaften Leib dieses Gebietes politisch und wirtschaftlich zusammenhalten. In dieser Stadt von rund dreihundertundfünfzigtausend Einwohnern mündet das verzweigte Flußnetz von über 13 500 Kilometern Länge, in ihr beginnen die Straßen in alle Provinzen, kreuzen sich die Bahn- und Fluglinien; sie besitzt den einzigen Überseehafen des Landes. In diesem Hafen werden jährlich weit über 1,5 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen.

Obgleich man an das Leopoldviller Industrierevier natürlich keine europäischen Maßstäbe anlegen kann, gilt es infolge seiner Vielseitigkeit und Größe in Zentralafrika als führend. Die inländischen Fasererzeugnisse werden von einer ausgedehnten Textilindustrie verarbeitet, die unter anderem bedruckte Stoffe, Säcke und Verpackungsmaterial anfertigt. Auch die Lederindustrie verfügt über beachtliche Kapazitäten. In den in der Hauptstadt ansässigen Schuhfabriken werden jährlich etwa 750 000 Paar Lederschuhe und über zwei Millionen Paar Turnschuhe hergestellt. Die ortsansässigen Färbereien erzeugen das hierfür nötige Rohmaterial.

Es ist hervorzuheben, daß sich das Kapital dieser Industrien trotz der Flucht eines großen Teiles ihres weißen Personals nach wie vor im Besitz amerikanischer und europäischer Gesellschaften befindet. Was von den widerspruchsvollen Schwarz-in-Schwarz-Malereien über die Lage im Kongo zu halten ist, geht übrigens aus der Tatsache hervor, daß der bedeutende Gummireifenproduzent Englebert, dessen Kapital sich in belgischem und amerikanischem Besitz befindet, noch nach dem Einmarsch der UN-Streitkräfte das Grundkapital seiner Tochtergesellschaft in Leopoldville von fünf auf 25 Millionen Kongofrancs aufstockte. Damit soll noch in diesem Frühjahr die Massenproduktion von Fahrradreifen aufgenommen werden.

In Leopoldville gibt es mehrere Großbrauereien, die jedes Jahr fast 600 000 Hektoliter Bier ausstoßen. Ihr Flaschenverbrauch wird von Glashütten gedeckt, die im gleichen Zeitraum dreißig Millionen Flaschen anfertigen. Neben belgischem und amerikanischem Kapital verfügen auch französische und schwedische Gesellschaften in der Kongorepublik über bedeutende Projekte. Erst im vergangenen Jahr startete eine Stockholmer Finanzgruppe in Leopoldville ein Unternehmen in der Verpackungsbranche, das mit einem Anfangskapital von vierzig Millionen Francs ausgestattet wurde und dessen Monatsproduktion binnen zwölf Monaten eine Kapazität von achthundert Tonnen erreichen soll.

Auch in der metallverarbeitenden Industrie und in den Werften, auf denen 1958 vierzehn Schiffe mit insgesamt 10 180 Bruttoregistertonnen gebaut wurden, sind belgische Kapitalinteressen vertreten. Die Pipelines der „Société des Pétroles aux Congo" beförderten im Jahre 1959 fast vierhundert Millionen Tonnen Mineralölprodukte nach Leopoldville. — In unmittelbarer Nähe der Hauptstadt gibt es Zuckerfabriken, die etwa zwei Drittel des kongolesischen Zuckerverbrauches erzeugen, die Nahrungsmittelindustrie verarbeitet die Produkte der heimischen Landwirtschaft, und der in der Nähe von Leopoldville hergestellte Zement wird von gleichfalls durch belgisches Kapital beherrschte Großbaufirmen verarbeitet.

Ist Leopoldville das Hirn der Kongorepublik, dann kann man die Katangaprovinz am besten als ihr pulsierendes Herz bezeichnen, ohne das dieser Riesenkörper nicht lebensfähig ist.

Katanga und die Union Miniére du Haut-Catanga sind praktisch identisch. Die Bedeutung dieses Unternehmens und damit der Provinz, die von ihr lebt, für die kongolesische Wirtschaft geht schon daraus hervor, daß ihr Steueraufkommen konstant ein Viertel des Staatshaushaltes ausmacht. Das Gebiet, das sich bekanntlich unter belgischem Einfluß von der Zentralregierung lossagte, zählt gegenwärtig etwa 1,5 Millionen Einwohner, das sind nur etwas über zehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Die separatistischen Ambitionen des Ministerpräsidenten Tschombé wurden dadurch erleichtert, daß die Provinz seit je eine gewisse Sonderstellung einnimmt. Der anglo-amerikanische Abenteurer Henry Morton Stanley, der das Kongogebiet als erster Europäer bereiste und durchforschte, „verkaufte" es vor rund fünfundsiebzig Jahren an den König Leopold II. der Belgier. Der unternehmungslustige alte Herr betrachtete die trotz rigoroser Ausbeutung der Eingeborenen höchst kostspielige Erwerbung zeitlebens nur als unterhaltsames Jagdrevier. Nach seinem Tod stellte sich heraus, daß er das teure Pläsier testamentarisch dem belgischen Staat vermacht hatte.

Die Belgier fanden sich nur sehr widerwillig mit der — wie es damals schien — nutzlosen Erbschaft ab. 1908 wurde die Kongokolonie von der staatlichen Verwaltung übernommen. Abgesehen allerdings von Katanga, das noch jahrelang eine Art Privatbesitz blieb und erst später als Provinz in die Kolonie eingegliedert wurde. Doch die Staatsaufsicht veränderte den Status nur äußerlich; praktisch übt die Union Miniére bis auf den heutigen Tag die tatsächliche Gewalt aus.

Diese Gesellschaft entstand bereits 1906 mit einem Kapital von zehn Millionen belgischen Francs, das je zur Hälfte von belgischen Konsortien und von einem britischen Kolonialunternehmen aufgebracht wurde. Die Zusammensetzung des Kapitals sieht inzwischen allerdings, was bei uns weitgehend unbekannt ist, ganz anders aus. Heute liegt ein gewichtiges Aktienpaket der Gesellschaft in den Tresoren des amerikanischen Rockefeller-Konzerns.

Der Aufschwung der Union Miniére in den fünfzig Jahren ihrer Geschichte

ist geradezu phantastisch. Kurze Zeit, nachdem Pierre und Marie Curie das Radium entdeckt hatten, wies sich Katanga als eine unerschöpfliche Radiumquelle aus. Damit begann für die Gesellschaft ein Boom, der bis heute anhielt und sich im Lauf der Zeit unaufhaltsam vergrößerte. Sie ist unter anderem eine der größten Kupferproduzentinnen der Welt. Ihre Erzeugung beläuft sich auf etwa dreihunderttausend Tonnen jährlich, das sind 7,5 Prozent der Weltproduktion. 1943 wurden in ihrem Bereich ungeheure Uranvorkommen gefunden. Seitdem avancierte Katanga zum wichtigsten Uranlieferanten der Vereinigten Staaten, womit das amerikanische Interesse an der Union Minière hinreichend erklärt ist.

Der Konzern ist indessen denkbar vielseitig. Er erzeugte zum Beispiel im Jahr 1959 8431 Tonnen Kobalt und ist somit einer der größten Kobaltproduzenten der Erde (zwei Drittel des Gesamtaufkommens). 101 619 Gramm Radium, 13643 Kilogramm Germaniummetall, 138307 Kilogramm Silber und 24 Kilogramm Gold vervollständigten die Ausbeute. Über den Uran-Anfall schweigt sich die Konzernstatistik, bezeichnenderweise, völlig aus.

Die Union Minière konnte 1959 bei einem Kaderpersonal von 212 Weißen und einem Potential von 21 150 farbigen Arbeitern einen Reingewinn von 3,5 Milliarden Kongofrancs verzeichnen.

Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die Gesellschaft immer ein „Staat im Staate" war und sie es ist — nicht der selbstbewußte Moise Tschombé —, die die Geschicke Katangas bestimmt. Sie beherrscht das gesamte Bahnnetz, die Flußschiffahrt und die Wasserkraftwerke, und ohne ihre Zustimmung oder stillschweigende Duldung hat sich bis jetzt jede politische Entscheidung als undurchführbar erwiesen.

Das kongolesische Wirtschaftspotential hat bis Mitte letzten Jahres einen wesentlichen Teil des belgischen Staatseinkommens bestritten, so daß Belgien im Zusammenhang mit seinen Budgeteinkünften noch einige schwierige Jahre der Anpassung an die veränderten Verhältnisse bevorstehen und es sich in seinen öffentlichen Ausgaben einschneidende Beschränkungen auferlegen muß.

Der belgische Staat investierte demgegenüber seit Beginn der Kolonisation im Kongo nur rund 148 Milliarden Francs, wovon 62,1 Milliarden Francs in Privatunternehmen, 16,9 Milliarden Francs für staatliche Vorhaben und 11,2 Milliarden Francs von halboffiziellen Körperschaften angelegt wurden. Ende 1955 belief sich der Kurswert der an den Börsen in Brüssel und Antwerpen notierten Effekten von Kongounternehmungen auf rund 100 Milliarden Francs, davon allein fast 70 Milliarden Francs für die Union Minière. Die Erträge, die die Belgier innerhalb von über fünfzig Jahren aus dem Kongo herausholten, sind schlechthin unschätzbar. Wie hoch die Gewinnchancen immer noch einzuschätzen sind, bewies unfreiwillig das große New Yorker Bankhaus Lazard, das noch Mitte 1960 25 000 Aktien der Union Minière für einen angeblich unbekannten Auftraggeber erwarb.

Der wirkliche wirtschaftliche Wert der ehemaligen Kolonie läßt sich besonders kraß an der Höhe der Aktiva ablesen, die am Tag der Unabhängigkeitserklärung von der belgischen auf die kongolesische Regierung übergingen. Die staatlichen Gebäude, Flugplätze, Schulen und Krankenhäuser wurden auf nur etwa 50 Milliarden Francs geschätzt. Der staatliche Anteil an den kolonialen Privatgesellschaften belief sich demgegenüber zu diesem Zeitpunkt allein auf 37,3 Milliarden Francs. Dieses Aktienpaket erbringt jährlich etwa 1,3 Milliarden Francs an Dividenden. Die Diskrepanz zwischen dem, was die belgische Kolonialverwaltung hinterließ, und dem, was sie ein halbes Jahrhundert lang aus den Bodenschätzen des Landes herausholte, ist gravierend.

Zwar wird der Anteil der Steuereinnahmen und der indirekten Einkünfte, die der belgischen Staatskasse bis 30. Juni 1960 aus dem Kongo zuflossen, amtlicherseits auf weniger als vier Prozent beziffert, doch dürfte diese Angabe viel zu niedrig liegen. Die erwähnten Zahlen sprechen eine andere Sprache! Wie hart die belgische Wirtschaft vom Verlust des Kongos getroffen wurde, zeigt allein das Beispiel der Luftfahrtgesellschaft „Sabena", deren Bilanz nach offiziellen Berechnungen ernsthaft erschüttert wurde, seit sie ihr inländisches Flugnetz im Kongo aufgeben und sich infolgedessen nach anderen Linien umschauen mußte.

Der „Paternalismus"

Einen solchen Besitz gibt man natürlich ungern auf. Daher wird es verständlich, daß die Belgier jahrzehntelang nichts für die geistige und materielle Vorbereitung ihrer Kolonie auf den Tag der staatlichen Unabhängigkeit taten. Der belgische Kongo galt selbst zu einer Zeit, als der Algerienkonflikt schon seinen ersten Höhepunkten zutrieb und der Freiheitsdrang der farbigen Völker andere Gebiete Asiens und Afrikas bereits erfaßt hatte, noch als friedliche Oase, von der so bald keine aufregenden Verwicklungen zu befürchten waren. Vor zweieinhalb Jahren wagte noch niemand vorauszusagen, daß dieses Gebiet, das sich rund achtzig Jahre lang im Besitz des belgischen Königshauses und später des belgischen Staates befand, binnen zwei Jahren frei sein würde. Ein belgischer Experte, der in einer Broschüre die Unabhängigkeit der Kolonie innerhalb der nächsten dreißig Jahre (!) propagierte, wurde noch 1958 als Utopist abgetan!

Wie sah es denn auch damals und wie sieht es im Grund heute noch im Kongo aus! Von seinen dreizehn Millionen Einwohnern leben noch über zehn Millionen auf teilweise mittelalterlicher Entwicklungsstufe in Busch und Steppe. Die paternalistische belgische Kolonialverwaltung hat es nicht einmal unternommen, untere Exekutivorgane aus eingeborenen Fachkräften heranzubilden. Im ganzen Land gibt es höchstens zwanzig Intellektuelle. Erst kurz vor dem zweiten Weltkrieg verboten die Belgier, die eingeborenen Arbeiter auszupeitschen. Bis kurze Zeit vor der Unabhängigkeitserklärung war auch in Leopoldville die Rassentrennung noch gang und gäbe. Joseph Kasawubu und Patrice Lumumba saßen noch vor eineinhalb Jahren im Gefängnis, weil sie ihre Landsleute zum „Aufruhr" gegen die „Schutzmächte" angestiftet hatten.

Ein anderer Grund für die explosive Entwicklung ist die durch den erwähnten belgischen Paternalismus verursachte politische Abstinenz der Bevölkerung, die mit den Pflichten der plötzlich errungenen Unabhängigkeit nicht vereinbar ist. Bis auf den heutigen Tag gibt es im Kongo keinen Ansatz zu einer gebildeten Mittelschicht. Seit einiger Zeit existiert in Leopoldville zwar eine mit einem Kostenaufwand von rund zwölf Millionen US-Dollar errichtete Universität. Höhere Schulen für die Eingeborenen gibt es aber erst seit 1948, so daß zur Zeit nur etwas mehr als zweihundertfünfzig Kongolesen studieren; die winzige Minorität akademisch gebildeter Fachkräfte reicht bei weitem nicht aus, um die erforderlichen Kader von Verwaltungsbeamten, Lehrern, Technikern und Ärzten zu stellen. Darüber hinaus unternahmen die belgischen Kolonialherren nichts, was das künstliche Gebilde heterogener Stämme und Völkerschaften, das sie aus der Hand Leopolds II. empfangen hatten, zu einer dauerhaften Einheit zu verschmelzen geeignet war. Sie stützten sich allein auf die Stammeshäuptlinge und beschränkten die ohnehin erst sehr spät zugelassene Tätigkeit politischer Parteien auf die einzelnen Provinzen. Als sie sich trotzdem gezwungen sahen, ihrer Kolonie die Unabhängigkeit zuzugestehen, besaß sie naturgemäß nicht die nötige Vorbereitung, mit den riesigen Aufgaben allein fertig zu werden, vor die sie gestellt ist.

Erst im Oktober 1959 arbeitete die belgische Regierung nach den ersten schweren Aufständen einen zaghaften Reformplan aus, der die Lösung der Kongokolonie vom „Mutterland" in größeren Etappen und ihre völlige Unabhängigkeit für 1964 vorsah. Daraufhin gab es in Stanleyville blutige Unruhen und in Matadi und Kasai schwere Stammeskämpfe. Erst im Dezember 1959 bequemte man sich dann in Brüssel dazu, den Kongolesen schon für 1960 die Unabhängigkeit zu versprechen. Am 20. Januar trat die Kongokonferenz zusammen, zu der die führenden farbigen Politiker erst aus den Gefängnissen geholt werden mußten, und fünf Tage später war man sich darüber einig, daß der Kongostaat am 30. Juni selbständig werden solle.

Der dritte und wichtigste Grund für den kongolesischen Notstand ist wiederum in der wirtschaftlichen Situation zu suchen. Der Kongo ist achtzigmal so groß wie Belgien und dreimal größer als Frankreich. Er hat eine räumliche Ausdehnung von knapp 2,4 Millionen Quadratkilometern. Das entspricht einem Drittel der Größe der Vereinigten Staaten. Das Land verfügt wegen der Unterlassungen der Kolonialmacht Belgien weder über schwarze Administratoren, die, wie beispielsweise in den britischen Gebieten, die Weißen reibungslos ersetzen konnten, noch besitzt es Techniker, die die notwendigen Erschließungsprojekte ausarbeiten und durchführen können. Die Staatskasse ist trotz des geschilderten wirtschaftlichen Reichtums leer und die katastrophale finanzielle Lage erfordert dringend ausländische Kapitalinvestitionen.

Die „Katangisierung" Afrikas

Im Licht dieser Tatsachen besehen, gewinnt, was sich im Kongo abspielt, erst sein eigentliches Profil. Es geht um die belgischen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen, haben wir eingangs gesagt. Sie zu schützen, ist — so scheint es — keine Intrige zu abgefeimt. Doch wie steht es mit der Behauptung, in der Kongorepublik manifestiere sich das Interesse des Westens an der „Katangisierung" Afrikas?

Patrice Lumumba ist, das ist kein Geheimnis, einer der glühendsten Verfechter jener Idee, die auch der ghanesische Präsident Kwame Nkrumah und Guineas Ministerpräsident Sekou Touré auf ihre Fahnen geschrieben haben: der Vereinigten Staaten von Afrika! Der Kongo aber ist das Herz Afrikas, ohne das ein solcher Staatenbund ein totgeborenes Kind wäre. So sehr größere zwischenstaatliche Zusammenschlüsse im Interesse der afrikanischen Völker liegen, so wenig scheinen sie der Sache der ehemaligen Kolonialmächte zu entprechen. Den Kolonialismus alter Prägung durch eine weitgehende wirtschaftliche Kontrolle über die jungen Staaten zu ersetzen, die naturgemäß nur dann wirksam funktionieren kann, wenn es möglichst viele kleine Nationen gibt, ist das Ziel. Dies Bemühen feiert im Kongo Triumphe, wo einer seiner beherztesten Vorkämpfer widerrechtlich eingekerkert ist. Es hat inzwischen in der zerfallenen Mali-Föderation einen neuen Kristallisationspunkt gefunden, wo es weniger um den wirtschaftlichen, dafür aber um den politischen Einfluß Frankreichs ging.

Unter dem Begriff „Balkanisierung" verstand man früher bekanntlich die europäische Kleinstaaterei. Im Hinblick auf Afrika hat der algerische Exilpremier Ferhat Abbas das schon erwähnte Schlagwort der „Katangisierung" geschaffen, das die Situation trefflich widergibt. Doch es ist ein höchst gefährliches Schlagwort. Europa wäre schlecht beraten, wollte es seinen Einfluß weiterhin auf diesem Weg sichern. Seine eigene Geschichte sollte es hinreichend darüber belehrt haben, welches Chaos an seinem Ende lauert.

Wie gefährlich die Situation im Kongo indessen geworden ist, zeigte die Ankündigung Kwame Nkrumahs, Ghana wolle zugunsten des abgesetzten Mini-

sterpräsidenten im Kongo militärisch intervenieren. Wenn es dazu kommen sollte, ist der Kongokonflikt von der Internationalisierung und einer ähnlichen Entwicklung wie seinerzeit in Korea wahrhaftig nicht mehr weit entfernt. Wie man die Kongofrage endlich lösen könnte, zeichnete ebenfalls der ghanesische Präsident vor, und zwar in seinem Sieben-Punkte-Programm, das unter anderem die Entwaffnung der „Force Publique" Mobutus, die Freilassung Lumumbas, die Wiedereinsetzung der legalen kongolesischen Regierung und die Einberufung des gewählten Parlamentes verlangte. Darüber hinaus sollen alle belgischen Offiziere, Soldaten und Beamten ausgewiesen und ein UN-Ausschuß gebildet werden, der untersuchen soll, von woher Mobutu seine Waffen und die finanzielle Unterstützung erhält.

Diese Forderungen sind vernünftig. Sie enthalten genau das, was die Vereinten Nationen schon seit einem halben Jahr hätten tun sollen. Stattdessen handelte ihr Generalsekretär so, als sei er nur einem Teil der Weltorganisation verantwortlich, nämlich dem Westen.

Was gegenwärtig im Kongo vorgeht, ist ein Intrigenspiel ohnegleichen, dessen Regisseure nicht in Leopoldville, Elisabethville oder Stanleyville sitzen. Doch allmählich steht dabei mehr auf dem Spiel als das kongolesische Wirtschaftspotential, auf das man in Belgien nicht verzichten will. Der Ruf nach einem gemeinsamen militärischen Oberkommando der afrikanischen Staaten ist nur ein Indiz dafür, daß die farbigen Völker allmählich beginnen, das Vertrauen in die Vereinten Nationen zu verlieren. Der angekündigte Abzug der UN-Kontingente Ghanas, Guineas, Indonesiens, Marokkos und der Vereinigten Arabischen Republik ist ein weiteres. Eine solche Entwicklung könnte tragische Folgen haben, an denen schließlich der Westen ursächlich die Schuld trüge — genau so wie an dem Kongo-Debakel selbst, in dem sich wieder einmal zeigt, daß der Westen mitunter nicht nur gegen die Interessen anderer Völker, sondern auch gegen seine eigenen handelt. Oder will man immer noch allen Ernstes behaupten, daß die Bodenschätze der Union Miniére den Einsatz des ohnedies schwindenden Prestiges, das der Westen heute noch in Afrika genießt, wirklich rechtfertigen?

Heinz Abosch

Jean-Paul Sartre und die Politik

Sartres scharfer Protest gegen den Algerienkrieg, das von ihm mitverfaßte Manifest der 121, in dem „das Verhalten jener Franzosen" gebilligt wird, „die es als ihre Pflicht erachten, dem im Namen des französischen Volkes unterdrückten Algerien Hilfe und Schutz zukommen zu lassen", hat nicht zuletzt in der Bundesrepublik größte Aufmerksamkeit hervorgerufen. Wie gut man das versteht! Der gefeiertste Schriftsteller Frankreichs wirft seiner Regierung nicht nur einen, sondern eine ganze Anzahl von Fehdehandschuhen vor die Füße, beschuldigt sie der schlimmsten Unterdrückung, klagt sie an, die Folter als System politischer Herrschaft zu verwenden, bekundet seine Solidarität mit den „Feinden", die die französische Armee seit sechs Jahren bekämpft, und fordert schließlich, wie andere Gleichgesinnte eingekerkert zu werden. Diese Haltung schärfster

Kritik, die bewußt und demonstrativ auf jede diplomatische Erwägung verzichtet, ist nicht so alltäglich, als daß man über sie schnell hinweggehen könnte. Eine mit moralischem Mut gepaarte geistige Folgerichtigkeit ist auch bei Schriftstellern und Philosophen, mögen sie manchmal berühmt sein, nicht gerade häufig anzutreffen. Viel eher begegnet man ängstlicher Vorsicht, Rücksichtnahme auf Machtverhältnisse, manchmal noch Schlimmerem: der Selbstaufgabe in der Kapitulation. Lange vor und lange nach G a l i l e i gab es Geistige, die, sich auf „höhere Umstände" berufend, ihre Überzeugung widerriefen oder sie zumindest abschwächten und in ihrem Innern tief verbargen. Sartre zeigt uns allerdings etwas anderes: er erinnert an die unerschrockenen Freiheitsverkünder, die Wort und Tat in Einklang setzen, die ohne Furcht und Tadel zu ihrer Überzeugung stehen und jeden Kompromiß, den ihnen die Staatsmacht suggerieren möchte, von sich weisen.

Diese Haltung Sartres ist in der Bundesrepublik nicht immer richtig verstanden worden. Ein bekannter Publizist machte aus ihr einen „Aufstand des Gewissens" und rückte sie damit in die ebenso pathetische wie undefinierte Sphäre des bezuglosen Moralischen, die am wenigsten dem französischen Existenzphilosophen gerecht wird. Selbst die Erklärung westdeutscher Autoren, die sich an Kulturminister André M a l r a u x mit der Forderung nach Meinungsfreiheit für Sartre und seine Gesinnungsfreunde wandten, kann dieses Verständnis noch erschweren. Zunächst: Sartre hat bisher noch nie eine so unverbindliche Kategorie wie das „Gewissen" ins Feld geschickt. Seine gesamte Aktivität als Philosoph und Schriftsteller (beide lassen sich nicht voneinander trennen) diente gerade der Beseitigung des Unbestimmten, Gefühlsmäßigen und auch Inkonsequenten durch fortgehende Vernunftkritik. Der Boden, auf dem er seit je steht, ist der rationaler Analyse und nicht moralischer Beschwörung. Ein solcher Begriff kann in seinem Denken außerdem keinen Platz finden, weil es sowohl historisch ist (das heißt sich den Umständen anpaßt, um sie zu verändern) wie auch die Objektivität ausdrücken will (und sich nicht auf das Individuum beschränkt).

D e r a l g e r i s c h e K r i e g

Was für seine philosophische Ausgangsstellung zutrifft, gilt auch für seine Auslassungen zum algerischen Krieg. Sie beschränken sich keineswegs darauf, eine „Meinung" zu äußern und „Meinungsfreiheit" zu verlangen. Sie gehen weit darüber hinaus. Es ist notwendig, diese Tatsache zu sehen, und es ist sinnlos, ihr mit einem allgemeinen Bekenntnis aus dem Weg gehen zu wollen. In dem Prozeß gegen die von Francis J e a n s o n geleitete Gruppe, die mit der FLN (algerische Befreiungsfront) zusammenarbeitete, bezeugte Sartre: „Einmal werden die Franzosen, die der FLN helfen, nicht nur von edlen Gefühlen gegenüber einem unterdrückten Volk geleitet, und sie stellen sich auch nicht in den Dienst einer fremden Sache. Sie arbeiten für sich selbst, für ihre Freiheit, für ihre Zukunft. Sie arbeiten für die Errichtung einer echten Demokratie in Frankreich." Wie immer läßt sich sein Standpunkt auf keine Gefühlsaufwallung reduzieren, er entspricht einer Analyse der politischen Situation und verfolgt bestimmte politische Zielsetzungen: die Unterstützung des Kampfes der Algerier ist ein Hebel zur Befreiung der Franzosen. Wir sehen, daß wir bereits weit abgekommen sind von einer reinen Gefühlsentscheidung. In seiner Aussage vor Gericht behandelte Sartre sogar das französische Problem vor dem Algeriens. Dieses, meinte er, würde auf jeden Fall unabhängig werden, das sei nur eine Frage der Zeit, „in einem Jahr oder in fünf Jahren". Er fügte hinzu: „Was aber nicht sicher ist, ist die Zukunft Frankreichs." Sie gilt es zu retten, indem man

sich „mit der einzigen Kraft" vereint, „die heute wirklich gegen den gemeinsamen Feind der algerischen und französischen Freiheit kämpft. Und diese Kraft ist die FLN".

So sehr sich Sartre — es ist eines seiner Ruhmesblätter — und seine Zeitschrift „Les Temps modernes" gegen die Folter und den dadurch ausgeübten Gewissensterror erhoben, seine Absichten gingen darüber hinaus und trennen ihn von den zahlreichen Opponenten des Kriegs, deren Entscheidung ausschließlich moralischer und nicht politischer Natur ist. Gewiß, in seiner Konzeption ist die Folter ein absolutes Übel und als solches ohne Einschränkung verwerflich, weil sie den Menschen ohne Einschränkung erniedrigt. Aber sie ist nur ein Element eines Ganzen, das kein geringeres Übel darstellt: des Kolonialkriegs. In der bereits zitierten Zeugenaussage heißt es: „Die zunehmende Einschränkung der Freiheit, das Verschwinden des politischen Lebens, die Verallgemeinerung der Folter, die ständige Auflehnung der Militärbehörden gegen die zivilen Instanzen lassen eine Entwicklung durchblicken, die man, ohne zu übertreiben, als faschistisch bezeichnen kann." Es handelt sich also darum, den Faschismus abzuwehren und die bereits beschränkten Freiheiten wieder voll herzustellen. Mehr noch: Sartre, als Anhänger eines auf die Aktion der Arbeiterklasse gestützten Sozialismus, hofft, daß der Sieg der Algerier revolutionäre Energien freisetzen wird, die die französische Situation im Sinne der Linken günstig beeinflussen können. Dieser Standpunkt schließt eine umfassende Kritik der vorhandenen linken Organisationen, die der Untätigkeit bezichtigt werden, ein. In dem Manifest der 121 heißt es, daß sie ihre Aufgabe „entweder aus Trägheit oder doktrinärer Scheu, aus nationalistischen oder moralischen Vorurteilen nicht erkannten". Sartre und seine Freunde wollen die Fesseln, die die Linke sich selbst anlegt, sprengen. Ihr Mut ergibt sich gerade aus dem Versagen der anderen angesichts der wachsenden Gefahr einer militärfaschistischen Diktatur, und sie machen sich Dantons Devise zu eigen: „Kühnheit, Kühnheit, immer wieder Kühnheit!" Sie sind der Meinung, daß die Linke zuviel Furcht, zuviel Rücksichtnahme, zuviel falsches taktisches Manövrieren gezeigt habe und daß das Resultat im übrigen verheerend deutlich genug ist, um endlich andere Wege einzuschlagen. So kommt es, daß Sartre eine politische Haltung jenseits der anderen Gruppen der Linken definiert: er will wachrütteln und wird damit zu einer Vorhut, die die Untätigen mitzureißen trachtet. Francis Jeanson äußerte sich dazu folgendermaßen („Les Temps modernes", April—Mai 1960): „Der Ausgangspunkt ist die Ohnmacht der Linken. Eine offenkundige Ohnmacht ... Die algerische Affäre hat sie aufgedeckt, aber das Übel bestand schon seit zehn Jahren, und viele von uns waren sich dessen mehr oder weniger bewußt." Weiter heißt es: „In einer Periode, wo das politische Engagement sich in Worten auflöst, sind Worte unfähig, die Nicht-Aktion zu bekämpfen. Das Wiederholen von Theorien ist kein Schritt zu ihrer praktischen Anwendung: nur Aktion kann Aktion hervorbringen, indem sie da und dort den Beweis für ihre Möglichkeit abgibt." Man kann nicht daran zweifeln, daß Sartre diese Worte billigt, und man kann auch nicht daran zweifeln, daß die Praxis ihre Richtigkeit bereits erprobt hat. Besonders Jugendlichen und Intellektuellen schienen sie aus dem Herzen gesprochen. Eine Aktion wurde begonnen, die Leben in den müden Körper der Linken brachte und immer mehr beispielhaft wirkte. Die Sartreschen Intellektuellen zeigten, daß sie nicht nur zu schreiben, sondern auch zu handeln wissen. Das war eine bittere Lehre für die traditionellen Politiker der Linken, die selbstverständlich ihre Beziehungen zum Sartre-Kreis nicht verbessert hat. Es herrscht eine Spannung, die sich bisweilen in heftigen Polemiken entlädt.

Eine politische Philosophie

So eigenartig die heutige Stellung des französischen Denkers in ihren wechselseitigen Beziehungen zur FLN einerseits und zur französischen Linken anderseits ist, so wenig neu ist sie im Grunde. Seit je hat er eine besondere Position bezogen, die freilich nicht immer dieselbe war, da sich auch die Lage veränderte. Das ergab sich aus seiner Philosophie, die ihn während des Krieges in die Nähe des Marxismus brachte, aber auch soviele Eigenheiten aufwies, daß letzte unüberwindliche Hürden bestehen blieben. Sartre hatte mit dem Marxismus und mit der Kommunistischen Partei, in der er ihn verkörpert glaubte, gerade soviele Berührungs- und Reibungspunkte, daß sich ein dauerndes, mal stärkeres, mal schwächeres Spannungsverhältnis ergab. Nirgends ist der Kampf so aufreibend wie zwischen feindlichen Brüdern oder solchen, die es zu sein wähnen! Trug der Philosoph seine Ansichten sachlich vor, so wurde er von den Kommunisten in den ersten Nachkriegsjahren auf das Unglimpflichste mißhandelt, wobei das Wort „Verräter" einer der harmlosesten Ausdrücke war.

Aber, wie gesagt, es gab verschiedene Perioden. Während des Krieges kam es in der Resistance sogar zu einer Zusammenarbeit mit kommunistischen Intellektuellen. Der Krieg war überhaupt ein bedeutender Meilenstein Sartres: er „politisierte" ihn und machte aus ihm einen „Denker der Politik" im eigentlichen Sinne. Bis dahin hatte er sich vor allem individualistischer und negativer Kritik hingegeben. Er verwarf die bestehende Gesellschaft mit ihren geistigen und moralischen Überlieferungen, die ebensoviele Fesseln für den Menschen darstellen. Der Krieg erwies die Macht des Kollektiven und Politischen. In seinem letzten Werk „Kritik der dialektischen Vernunft" heißt es darüber: „Der Krieg zerbrach die alten Rahmen unseres Denkens. Der Krieg, die Besetzung, der Widerstand, die Jahre, die folgten. Wir wollten an der Seite der Arbeiterklasse kämpfen, endlich verstanden wir, daß das Konkrete Geschichte und die Aktion dialektisch ist." Die Politik, die in seinem 1938 veröffentlichten Roman „Der Ekel" keinen Einlaß fand, dringt in die nach 1945 erschienene Trilogie „Die Wege der Freiheit" mit Gewalt ein. Sie ist ein Spiegelbild der eigenen Entwicklung des Verfassers. Noch im ersten Band steht der Philosophielehrer Mathieu Delarue im Mittelpunkt. Es ist Vorkrieg. Mathieu ist bar jeder Illusion, hat ein waches Bewußtsein, vor dessen Kritik nichts standhält. Das ist noch ganz die Welt des anderen Lehrers Antoine Roquentin aus „Der Ekel". Mathieu hat die Freiheit gewonnen, er weiß aber nicht, was er damit anfangen soll. Er besitzt sie, aber in seiner Untätigkeit wird er von ihr niedergedrückt. Der zweite Band beginnt mit der Sudetenkrise, sie wird zu einem kollektiven Schicksal für hunderte Millionen Menschen und setzt ihren individuellen Problemen ein Ende. Man hat jetzt keine Zeit mehr, sich zu langweilen, man wird von dem Wirbel erfaßt und muß zu ihm Stellung nehmen. Inmitten des Krieges erkennt Mathieu, daß sein Leben falsch war: es genügt nicht, für sich selber frei zu sein, man muß die F r e i h e i t a l l e r wollen. Und dazu genügt es nicht zu reden, man muß handeln. Man muß „sich in eine unbekannte Tat stürzen wie in einen Wald. Eine Tat, die verpflichtet und die man nie ganz versteht" („Wege der Freiheit", 3. Band, S. 77). Wir sehen, welche Beziehung besteht zwischen dem Kritiker des Algerienkrieges und dem Romanautor aus dem Jahre 1945.

Der Nachkrieg brachte auf vielfältigste Weise die Nutzanwendung dieser neuen Erkenntnis. Zunächst und immer wieder mußte er sich gegenüber dem Marxismus und der Kommunistischen Partei abgrenzen, denen er nahestand. In seinem 1946 veröffentlichten Essay „Materialismus und Revolution" erklärte er: „Ich weiß, für den Menschen gibt es kein anderes Heil als die Befreiung der Arbeiterklasse . . . ich weiß, die Belange des Geistes sind bei der Sache des

Proletariats" (deutsch: Ullstein Bücher, S. 74—75). Gleichzeitig unterstrich er aber auch alles, was ihn von einem von Stalin korrigierten Marxismus trennte: „Der Anhänger Stalins glaubt an Marx, an Lenin, an Stalin, er läßt das Autoritätsprinzip gelten und behält schließlich den blinden und ruhigen Glauben, daß der Materialismus eine Gewißheit ist" (ebenda, S. 73). Darin sieht Sartre „eine Lehre, die das Denken zerstört" (ebenda, S. 74). Sie sei weniger eine Ideologie als die Anwendung eines nackten Nützlichkeitsprinzips: im Feuer des Kampfes glauben die Kommunisten keine Zeit zu haben, sich mit intellektuellen Zimperlichkeiten aufzuhalten. Aber der Materialismus, den er verwirft, weil er den Menschen in eine Sache verwandelt, sei nichtsdestoweniger wahrer als der bürgerliche Idealismus: er entspräche der Wirklichkeit des Proletariats. Da seine Schwächen offenkundig seien, habe er seine Zeit gehabt: Sartre definiert eine „revolutionäre Philosophie des Menschen", womit er sich sowohl gegenüber der stalinistischen Orthodoxie wie auch gegenüber dem Marxismus überhaupt abgrenzt.

Zur gleichen Zeit entwickelt er in einer brillanten Abhandlung die Aufgaben des heutigen Schriftstellers: er kann sich nicht nur der politischen Verpflichtung nicht entziehen, er muß sie bewußt auf sich nehmen. Es gibt keine Flucht, sagt er, noch das Ausweichen kommt einem „Engagement" gleich. Der Mensch ist „nicht frei, nicht zu wählen: er ist engagiert, man muß wetten, die Enthaltung ist eine Wahl", heißt es im Gründungsartikel der Zeitschrift „Les Temps modernes". Weiter liest man dort: „Der Schriftsteller ist ‚in Situation' innerhalb seiner Zeit: jedes Wort hat Folgen. Auch jedes Schweigen. Ich halte Flaubert und Goncourt für das Blutvergießen nach der Kommune verantwortlich, weil sie nicht eine Zeile geschrieben haben, um es zu verhindern." Von wie aktueller Bedeutung ist ein solcher Hinweis! Und nicht nur für Frankreich, versteht sich. Man ist tief beeindruckt von der Konsequenz, mit der Sartre seinen 1946 niedergeschriebenen Gedanken 1960 Ausdruck gegeben hat. Die Schärfe der Idee findet sich in der Schärfe und Klarheit der Aktion wieder! Wieviele können das von sich behaupten? Dieses Einstehen für die Überzeugung hat ihn der letzte Weltkrieg und die deutsche Besetzung gelehrt: es gibt kein individuelles Entweichen mehr in die Stille der Studierkammer und in das lyrische Besingen des Firmaments, wenn die Unterdrückung durch das Land zieht, die Menschenrechte mit Füßen getreten werden und die Gefolterten in den Zellen stöhnen. „Seit hundert Jahren träumt der Schriftsteller, sich seiner Kunst in einer Art Unschuld hinzugeben, jenseits von gut und böse, sozusagen vor dem Sündenfall. Unsere Lasten und Pflichten lädt uns die Gesellschaft auf den Rücken . . . Da der Schriftsteller kein Mittel hat zu entfliehen, wollen wir, daß er seine Epoche eng umfaßt . . ." Alles ließe sich zitieren, so sehr stimmen diese Worte mit der heutigen Tat Sartres überein, so sehr erhellen sie diese, so sehr, könnte man hinzufügen, umreißen sie noch immer die — und vielleicht mehr denn je — aktuellste Aufgaben des ‚Literaten', des Geistigen im allgemeinen.

Um seiner Zeit besser anzugehören und um sie nachhaltigst zu beeinflussen, sollte der Schriftsteller sich in der Arena dem breiten Publikum stellen. Er müsse sich der „mass media" von Zeitung, Radio, Film bedienen. Diese Mittel würden künstlerische Qualität nicht ausschließen. „Es gibt eine literarische Kunst des Radios und des Films, des Leitartikels und der Reportage", schrieb Sartre 1946 („Was ist die Literatur?"). Dementsprechend schuf Sartre Filmdrehbücher, vor allem aber Theaterstücke, in denen er die Probleme seiner politischen Philosophie aufrollte. Von den „Toten ohne Grabmal" bis zu den „Eingeschlossenen von Altona" über die „Schmutzigen Hände" und „Der Teufel und der liebe Gott" wurden in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Epochen immer

wieder die gleichen Fragen des „Engagement", des Individuums und seiner Verantwortung für die anderen, des Ziels und der Mittel behandelt. Da tauchte der Rassenhaß auf und die Folter, und selbst wenn der Verfasser, wie in „Der Teufel und der liebe Gott", die Szene im deutschen Mittelalter spielen ließ: er blieb brennendster Aktualität verbunden. Nie geht es darum, einen Zeitvertreib anzubieten, das Theater als ein Vergnügen zu betrachten. Ein solches Anliegen weist Sartre mit Verachtung von sich. Viel eher sieht er in ihm eine „moralische Lehranstalt" im Schillerschen Sinn, ohne allerdings, von Ausnahmen abgesehen, in trockene Schulmeisterei zu verfallen.

Im Verhältnis zum Marxismus ergaben sich im Laufe des letzten Jahrzehnts verschiedene Korrekturen, ja bedeutsame Wandlungen. Nach dem letzten Werk „Kritik der dialektischen Vernunft" lassen sich verschiedene Unterschiede gegenüber den 1946 geäußerten Thesen erkennen. Wohl hält Sartre noch eine Reihe von Vorbehalten aufrecht. Aber er bezeichnet jetzt den Marxismus „als die unüberschreitbare Philosophie unserer Zeit" und er weist seiner eigenen Philosophie den Platz einer „Enklave innerhalb des Marxismus selbst" zu. Dieser „bleibt also die Philosophie unserer Zeit: er ist unüberschreitbar, weil die Umstände, die ihn hervorbrachten, noch nicht überwunden sind. Unsere Gedanken, welche es auch seien, können sich nur auf diesem Boden bilden; sie müssen in dem von ihm gelieferten Rahmen bleiben, wenn sie sich nicht im Leeren verlieren oder nach rückwärts gleiten wollen." Das klingt anders als 1946. Dazwischen liegt wohl ein besseres Erkennen des ursprünglichen Marxismus, der nach dem Krieg von der selbstherrlichen stalinistischen Orthodoxie fast völlig verdeckt war. Das Tauwetter hat die eingefrorenen Fronten des kommunistischen Denkens in Bewegung gebracht und führt zu Debatten ohne die schnelle Etikettierung des „Verräters". Aber nach wie vor will Sartre von einem durch „bürokratischen Konservatismus" erstickten „Marxismus" nichts wissen. Er spricht von dessen „Sklerose", meint aber, daß sie keinem normalen Altwerden entspräche: „Der Marxismus ist noch ganz jung, fast in der Kindheit: er hat seine Entwicklung kaum begonnen." Der Marxismus sei stehengeblieben, man müsse ihn durch einen Zusatz von Psychoanalyse und moderner Soziologie wieder vitalisieren.

Die Praxis der Aktion

Selbst als „Enklave" innerhalb des Marxismus ist Sartres Eigenart noch bedeutsam genug, um — wie wir es im Falle des Algerienkrieges sehen — zu selbständigen Formen der „Aktion" zu führen. Das traf selbstverständlich in der Vergangenheit noch mehr zu, wo er glaubte, eine eigene Ideologie im Gegensatz zum Marxismus definieren zu müssen. Auch da überrascht trotz aller Wandlungen, die bei einem Denker nicht ausbleiben können, der nichts mehr als stereotypes Nachbeten fürchtet, die grundlegende Einheit. Symbolisiert er heute die Vorhut des Kampfes gegen den Kolonialkrieg, so zögerte er 1948 nicht, eine Organisation mitzubegründen: das RDR (Revolutionäre demokratische Sammlung). Die Organisation wurde von existentialistischen Intellektuellen, kommunistischen und sozialistischen Oppositionellen getragen. Es war ein Versuch, der „heimatlosen Linken" eine Heimat zu geben. Im ausbrechenden Kalten Krieg sollte weder für die eine noch für die andere Partei eingetreten werden, stattdessen stellte die RDR die Losung der „Vereinigten sozialistischen Staaten Europas" auf. Die Organisation zerbrach bald in inneren Zerwürfnissen, die Mittelstellung zwischen Rußland und Amerika ließ sich nicht lange aufrechterhalten, da eine Reihe führender Elemente zur atlantischen Seite neigten. Es war wohl auch eine Illusion, sich nicht deutlich als Arbeiterorganisation kennzeichnen zu wollen und den Versuch einer Bindung an zwei Klassen zu unternehmen.

Auch heute noch aktuell ist aber die Losung eines sozialistischen Europas zwischen den Blöcken oder das Bemühen, eine wahrhaft demokratische Organisation zu gestalten, die ihre Losungen nicht von oben bezieht, sondern ein lebendiger Körper ist, an dem alle Anteil haben. Was zu diesem Thema gesagt wurde, ist längst nicht überholt, der Erinnerung wert.

Zweifellos war der erfolgte Schiffbruch für Sartre eine große Enttäuschung: sein erster Versuch, einer politischen Organisation anzugehören, endete negativ. Von da an konzentrierte er sich auf seine Zeitschrift und seine Tätigkeit als Schriftsteller, keiner gesellschaftlichen Frage ausweichend, jede aufgreifend und radikal behandelnd. Es gab leidenschaftliche Ausbrüche: die Opposition Titos gegen Moskau wurde als eine Erweckung des Marxismus begrüßt. 1952 erfolgte eine Annäherung an die Kommunisten, deren Kurs sich im Kampf gegen die deutsche Wiederaufrüstung radikalisiert hatte. Es gab Zerwürfnisse mit Camus, der absoluten Werten des bürgerlichen Liberalismus zuzusteuern schien, und mit Merleau-Ponty, der seinen Freund Sartre einen „Ultrabolschewisten" nannte, bevor er Anschluß bei Mendès-France fand. 1956 griff Sartre in die Diskussion über die Ungarnfrage ein und verurteilte scharf die russische Intervention. In dieser Aktivität, die den Stempel des Fieberhaften trägt (was der Existenzphilosoph nicht unterdrücken will, da es bei ihm gerade als Zeichen des „Authentischen" gilt), gibt es eine Entwicklung, bisweilen sogar Widersprüche. Aber immer geht es darum, sich ganz für das zu schlagen, was man für richtig hält, klar zu sehen, verantwortlich für sich und die anderen zu sein, alle feigen und faulen, wenn auch oft hübsch parfümierten Ausflüchte von sich zu weisen. Politisch bedeutet dieser Kampf seit eineinhalb Jahrzehnten ein Ringen um die Wiedererweckung der Linken, um ihre Befreiung aus bürokratischer Herrschsucht und geistiger Apathie. Das Beispiel, das Sartre uns gibt, ist das von Klarsicht und Mut. In diesem Sinn dürfen wir ihn ein Gewissen unserer Zeit nennen, und sicher eines der besten. Einem alten Wort zufolge können wir sagen: Das ist ein Mensch.

P. A. Timberlake, Direktor des „British Council for the Promotion of International Trade"

Die blinde Stelle im neuen Exportdenken Großbritanniens

Jeder objektive Beobachter kann erkennen, daß die britische Industrie durch zwei glückliche Umstände gegen die Härten des Weltmarkts der Nachkriegszeit gepolstert wurde. Der erste ist die Leichtigkeit, mit der sie ihre Produkte auf dem Binnenmarkt verkaufen konnte. Die Sache wäre anders gekommen, wenn es keine Beschränkungen für die Einfuhr ausländischer Güter gegeben hätte. Sie beginnt jetzt eine andere zu werden, weil die Maßnahmen zur Liberalisierung des Handels eine Anzahl früherer quantitativer Importbeschränkungen beseitigt haben. Der zweite Umstand ist, daß Großbritannien sich wiederholt in der Lage befand, günstige Handelsbeziehungen zu genießen. Der große Sturz der Waren-

preise, der der letzten Rezession folgte, lenkte wieder einmal die Aufmerksamkeit von der wachsenden Notwendigkeit struktureller Veränderungen der britischen Industrie und einer neuen Exportstrategie ab.

Es wird nicht möglich sein, diesen entscheidenden Fragen viel länger auszuweichen. Die Zahlungsbilanz, jenes lästige Barometer wirtschaftlicher Aktivität, bewegt sich wieder rapide auf den Gefahrenpunkt zu. Bis zur Jahresmitte wurde angenommen, daß der im ersten Quartal erzielte Überschuß zumindest für 1960 eine Position sichern würde, die nicht merklich schlechter als die von 1959 sein würde. Solche Berechnungen mußten schnell aufgegeben werden, als die saisonbedingt berichtigte Handelsstatistik für den Juli erkennen ließ, daß die Ausfuhren von einem Monatsdurchschnitt von 304 000 000 Pfund Sterling im ersten und 295 000 000 Pfund Sterling im zweiten Quartal auf 272 000 000 Pfund Sterling gesunken waren. Seitdem ist der Durchschnitt des zweiten Quartals im August und September knapp wieder erreicht worden, aber die widrige Entwicklung hat eine deutlichere Form in den Oktoberzahlen wiedererlangt. Der der Saison angeglichene Wert des britischen Exports ist auf 252 Millionen Pfund Sterling gefallen. Es gab keinen entsprechenden Rückgang in den Einfuhren, sondern im Gegenteil einen Anstieg. Inzwischen hat das Schatzamt mitgeteilt, daß die unsichtbaren Einnahmen im zweiten Quartal 50 000 000 Pfund Sterling weniger betrugen als im Vorjahr.

Diese Zahlen bedeuten, daß Großbritannien wahrscheinlich für das Jahr als Ganzes eine passive Zahlungsbilanz haben wird, im Gegensatz zu anderen Industrieländern Europas, deren Ausfuhr in keiner Weise im gleichen Umfang gelitten hat. Mit wenigen Worten gesagt: wir stehen Auge in Auge mit dem grundsätzlichen Problem, daß Großbritanniens Anteil am Welthandel zu sinken fortfährt, während der Frankreichs und Deutschlands weiter steigt. Bis zu den letzten Monaten hat der britische Export in keiner Weise aufgehört, sich auszudehnen, aber er dehnt sich in einem langsameren Tempo aus als der Welthandel als Ganzes. Es ist kein Trost, daß auch die Vereinigten Staaten an Boden verloren haben, denn der Exporthandel ist für die Vereinigten Staaten nicht im selben Sinne lebenswichtig wie für Großbritannien, und es sind die anderen europäischen Länder, die im Rennen um den Vorrang im Welthandel knapp hinter Großbritannien liegen, die einige der größten Gewinne verbuchen.

Die bezeichnendsten Zahlen sind vielleicht die für den Anteil des Landes an der Weltausfuhr von Fertigwaren: Großbritanniens Anteil sank von 20,3 % im Jahre 1954 auf 17,3 % im Jahre 1959, während der Westdeutschlands von 14,8 % auf 19,1 % und der Frankreichs von 9,0 % auf 9,2 % anstieg. Solange der Welthandel in gesundem Tempo anwuchs, konnte Großbritanniens um ein geringes weniger lebhafte Leistung zweifellos ohne zuviel Bestürzung hingenommen werden. Aber jetzt ist die Lage im ganzen weniger elastisch, und wir werden sogar durch ein mögliches Absinken des Welthandels bedroht. Ferner, nachdem man solche Faktoren wie Großbritanniens größeren Anteil unsichtbarer Ausfuhren und des größeren Kapitalexports und die Verlagerung des Schwergewichts im Welthandel von einigen Warenkategorien, die den größten Platz unter seinen sichtbaren Ausfuhren einnehmen, in jeder Weise berücksichtigt hat, ist es wahrscheinlich, daß sein relativer Niedergang sich in einer Zeit fortsetzte, in der sich die Struktur des Welthandels zu seinen Gunsten veränderte.

Einige kürzlich veröffentlichte Übersichten haben den Schluß gezogen, daß zumindest im letzten Jahr die Abnahme des britischen Anteils am Welthandel ausschließlich auf Bodenverluste im Sterlingsblock selbst zurückzuführen ist. In der Tat gab es wirklich eine relative Verbesserung in den Märkten außerhalb des Sterlingblocks — außer in denen der traditionellen Konkurrenten des Vereinig-

ten Königreichs — zum Beispiel in Lateinamerika und, bemerkenswerterweise, im Ostblock.

Man sollte sich vielleicht nicht darüber wundern, daß die Enttäuschung über die Rückschläge, die die Aussichten für den britischen Handel mit Westeuropa als Ergebnis der römischen Verträge erlitten haben, in den gegenwärtigen Überlegungen über die Exportpolitik deutlich reflektiert wird. Bisher war es die Schwäche dieser Überlegungen, daß sie sich ungebührlich auf Westeuropa konzentrierten. Sie wurden im Grunde genommen in Westeuropa gefangengehalten und waren blind für die alternativen Möglichkeiten in den Regionen außerhalb dieses Gebiets.

Ein lebendiges Beispiel dafür ist der jetzt in amtlichen Kreisen ohne Frage gebilligte Gemeinplatz, daß die Länder des Gemeinsamen Markts, besonders Frankreich, „wahrscheinlich der am schnellsten sich ausdehnende Markt der Welt" seien, wie der Kanzler des Herzogtums Lancaster am 21. September sagte; oder der Handelsminister am 26. September: „Westeuropa ist der am schnellsten wachsende Markt der Welt."

Der Präsident des Board of Trade (der britischen Handelskammer) wiederholte am 26. September 1960 in einem Interview mit der „Financial Times" diese Behauptung ohne jegliche Erläuterung: „West-Europa ist der am rapidesten wachsende Markt in der Welt."

Ist diese Behauptung richtig?

Sie wird durch die Tatsachen nicht völlig bestätigt. Nach den im Weltwirtschaftsbericht der Vereinten Nationen für 1959 angeführten Zahlen stiegen die Ausfuhren der Industrieländer nach Westeuropa 1957 um 7 %, sanken 1958 um 4,7 % und stiegen in den ersten neun Monaten des Jahres 1959 wieder um 7,1 % (im Vergleich zur entsprechenden Periode des Vorjahres) an. Das stellt eine jährliche Zunahme von etwas weniger als 2,8 % in einem Zeitraum von 33 Monaten dar. Die auf den Export westeuropäischer Länder (in andere westeuropäische Länder) beschränkten Zahlen lauten: ein Anstieg von 6 % im Jahre 1957, keine Veränderung im Jahre 1958 und ein Anstieg von 10,7 % in den ersten neun Monaten des Jahres 1959, oder eine durchschnittliche jährliche Zunahme von 5,1 %.

Unterdessen stiegen die Exporte der westeuropäischen Länder nach der Sowjetunion, China und den osteuropäischen Ländern (ohne Jugoslawien) 1957 um 8,1 %, 1958 um 3,8 % und 1959 um 12,4 % an, was eine durchschnittliche jährliche Zunahme von 8,1 % ergibt. (Diese gleichfalls dem Weltwirtschaftsbericht der Vereinten Nationen für 1959 entnommenen Zahlen gelten für eine volle Dreijahresperiode; wenn jedoch der Vergleich exakt wäre und bis in das Jahr 1960 fortgesetzt werden könnte, so würde die Ungleichheit der beiden Zuwachsraten wahrscheinlich eher größer als kleiner sein.)

Nun ist es völlig richtig, daß Großbritanniens Handel mit dem Ostblock in absoluten Zahlen wirklich sehr gering ist. Der gemeinsame Außenhandelsumsatz der den Block bildenden Länder beträgt, obgleich geringer als der weniger autarker Länder von vergleichbarer Größe, etwa 11 000 000 000 Pfund Sterling per annum. Der Anteil des Vereinigten Königreichs daran ist gegenwärtig nicht mehr als 300 000 000 Pfund Sterling oder 2,7 %. Wenn man es auf umgekehrte Weise betrachtet, so stellt der Ost-West-Handel heute nur 3,5 % des britischen Außenhandels dar. Das Verhältnis ist für Ein- und Ausfuhren in etwa das gleiche (obgleich es natürlich für einige führende Exportkategorien wie chemische Ausrüstungen, Textilmaschinen, Wollfasern und Kupfer weit höher ist).

Sowohl in absoluten wie auch — in noch größerem Umfang — in proportionalen Begriffen ist der Ost-West-Handel für Großbritannien weniger bedeutsam als für die deutsche Bundesrepublik. Wenn der Handel mit der DDR mit berück-

sichtigt wird, wie er es logischerweise sollte, so war der Anteil des Ost-West-Handels am gesamten Außenhandel der Bundesrepublik 1959 etwa 7 %. In Westdeutschland hält der Ost-West-Handel mit dem Anwachsen des gesamten Außenhandels gerade Schritt. In Großbritannien neigt dieser Anteil dazu, sich zu vergrößern, ungeachtet einiger scharfer diskriminierender Maßnahmen, einschließlich einer weitgehend gekürzten allgemeinen offenen Lizenzliste für Importe aus dem „Ostgebiet", wie der planwirtschaftliche Staatenblock genannt wird.

Offizielle Statistiken verhehlen diesen Anstieg nicht. Die von den Tatsachen ausgehenden Analysen der Handelsberichte, die regelmäßig vom Handelsministerium veröffentlicht werden, tragen keine Bedenken, auf die überlegene Zuwachsrate des Handels mit den planwirtschaftlichen Ländern zu verweisen. Die im Board of Trade Journal vom 26. August mitgeteilten vergleichenden Zahlen zeigen, daß sowohl in den ersten vier Monaten des Jahres wie in der anschließenden Dreimonatsperiode die prozentuale Zunahme des Exports nach der Sowjetunion und Osteuropa gegenüber 1959 größer war als in irgendeinem anderen Hauptgebiet, während das Anwachsen der Ausfuhren nach China noch bemerkenswerter war. Einen Monat später zeigte die Ausgabe vom 30. September, daß der Vergleich für die ersten fünf Monate des Jahres und die anschließende Dreimonatsperiode das gleiche Ergebnis erbrachte. In der Periode Juni—August war die Zunahme des Exports nach der Sowjetunion und Osteuropa, verglichen mit denselben Monaten des Jahres 1959, ungefähr dreimal so groß wie die im Export nach Westeuropa, während die Zunahme im Export nach China fünfmal so groß war wie die im Export nach Westeuropa.

Der Handel mit den Ländern des Ostblocks ist der unverhältnismäßig kleinste, aber sich am schnellsten ausdehnende Teil des britischen Außenhandels. So ist es gegenwärtig, und es scheint wahrscheinlich, daß es so bleiben wird, selbst wenn die amtlichen britischen Überlegungen über den Export der Förderung des Ost-West-Handels keine größere Aufmerksamkeit schenken als in den fünfziger Jahren, als sich der Umfang des Handels trotz des Embargos mehr als verdoppelte.

Was wäre, wenn sich die Briten der blinden Stelle in ihren Überlegungen über den Außenhandel entledigen würden? Man nehme an, das Foreign Office würde aufhören, Industrielle zu warnen, daß die Länder hinter dem Eisernen Vorhang den Handel hauptsächlich als politische Waffe benutzen. Man nehme an, das Handelsministerium entschlösse sich, den Firmen nicht länger zu raten, ihren Handel mit den planwirtschaftlichen Ländern auf nicht mehr als einen geringen Prozentsatz ihres gesamten Außenhandelsumsatzes ansteigen zu lassen, aus Angst davor, daß der Hahn als Ergebnis einer Änderung der Planung „willkürlich" zugedreht werden könnte. Würde die Außenhandelspolitik des Ostblocks auf eine derartige Umkehr der grundsätzlichen Haltung reagieren, wenn man einmal annimmt, daß sie möglich wäre?

Grob gesprochen schreitet der Handel der Ostblockstaaten mit den privatwirtschaftlichen Ländern im gleichen Tempo voran wie ihr gesamter Außenhandel. Man kann vom Außenhandelsumsatz eines Landes erwarten, daß er im gleichen Umfang und manchmal, wegen der vergrößerten Möglichkeiten der Spezialisierung, viel schneller zunimmt als die Industrieproduktion. Die industrielle Bruttoproduktion des Ostblocks vergrößert sich in einem Tempo von zwischen 10 und 20 % jährlich. Überdies weisen die Anzeichen darauf hin, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Blocks ein Stadium erreicht hat, in dem man sich durch den Handel der Vorteile fortgeschrittener Fertigungsprozesse bedienen kann, die ein Land wie England in der Gießerei, der Metallurgie, der Massenherstellung von Gütern, die chemische Verfahren benötigen, der Produktion von synthetischen

Materialien und von Ausrüstungen für die Verarbeitung von Lebensmitteln und für die Konsumgüterindustrie anbieten kann.

Es gibt keine Beweise dafür, daß auf seiten der planwirtschaftlichen Länder eine vorgefaßte Meinung über die wirksame Begrenzung des Handels dieser Art besteht, oder daß der Handel über die Grenzen des Blocks hinweg auf irgendeinen bestimmten Prozentsatz ihres gesamten Umsatzes begrenzt werden soll. Diese Art von Berechnung ist gegenwärtig vielleicht charakteristischer für die Überlegungen in Großbritannien und anderen westlichen Ländern als für die Planung des Ostblocks. Der anglo-sowjetische Handel bewegt sich gegenwärtig in der Region von 120 000 000 Pfund Sterling jährlich. Eine Serie vielpublizierter russischer Erklärungen hat eine drei- oder vierfache Vergrößerung ins Auge gefaßt, aber wahrscheinlich wurde ein zuverlässiger Hinweis auf die tatsächlichen Möglichkeiten durch eine knappe Bemerkung Mr. M i k o j a n s unmittelbar nach der Unterzeichnung des anglo-sowjetischen Handelsvertrages im Jahre 1959 gegeben. „Es hätten 600 000 000 Pfund Sterling im Jahr sein können", sagte er. Das war zweifellos als Anspielung auf die etwas enttäuschende enge Begrenzung gemeint, die durch den britischen Entschluß gezogen wurde, sowjetische Erdölprodukte nicht zuzulassen, oder Hoffnungen auf einen größeren Einkauf anderer Rohmaterialien zu bieten. Aber es war auch noch in einem anderen Sinne bedeutsam: die als praktische Möglichkeit genannte Zahl war in etwa dieselbe wie der Wert des sowjetischen Handels mit der DDR.

„Es ist höchste Zeit, daß die Regierung überlegt, was das Ziel ihrer Handelspolitik auf lange Sicht sein soll", schrieb vor nicht allzu langer Zeit eine führende britische Zeitung. Kurz darauf brachte der „Economist", der nie für eine besondere Vorliebe für den Handel mit den Kommunisten bekannt war, das Argument seiner logischen Schlußfolgerung einen weiteren Schritt entgegen, indem er darauf verwies, daß der wirtschaftliche Organismus Europas als Ergebnis des zweiten Weltkriegs senkrecht in der Mitte gespalten worden sei, und daß die diesem Ereignis folgende Tendenz zur Vergrößerung der wirtschaftlichen Trennung irgendwie umgekehrt werden müsse. „Auf der westlichen Seite sind die diskriminierenden Quoten, die noch in hohem Maße gegen die kommunistischen Länder angewandt werden, ein veraltetes Überbleibsel." Der Artikel zog den Schluß, daß die Zunahme der Spezialisierung innerhalb des kommunistischen Blocks in der Praxis einige günstige Auswirkungen auf den nach Westen fließenden Handelsaustausch haben könnte, und „die Frage scheint sich wirklich zu lohnen, ob es Schritte gibt, die auf wirtschaftlichem Gebiet unternommen werden könnten, um die Vertiefung der Ost-West-Spaltung in Europa aufzuhalten und vielleicht die Dinge in der entgegengesetzten Richtung in Fluß zu bringen."

Hierin ist eine neue Konzeption der möglichen Rolle des Ost-West-Handels in Großbritanniens Geschäft mit der Außenwelt stillschweigend enthalten. Es gibt mehrere Faktoren, die eine größere Stabilität im Ost-West-Handel wie auch eine größere Zuwachsrate bewirken, die erkennbar wurden, als die Wirtschaft der Staaten des Blockes begann, sich in ihrem gegenwärtigen gleichmäßigen Tempo auszudehnen. Obgleich er jetzt noch klein ist, kann der Ost-West-Handel in sich die Elemente enthalten, um für Englands Handel zum zweiten Eisen im Feuer zu werden.

Sobald man die Idee ernsthaft betrachtet, beginnt sie, zusätzliche Anziehungskraft infolge der großen Schwäche der Einwände zu gewinnen, die gegen sie erhoben werden. Vor wenigen Jahren sagte man uns, daß der Handel mit China praktisch seine Grenze erreicht habe. Seitdem hat er sich verdoppelt und nochmals verdoppelt und dehnt sich immer noch in einem Tempo aus, das auf keinem anderen Markt erreicht wird, trotz der Einschränkungen und der Gerüchte über Ein-

schränkungen und der schmalen Basis, die nach Jahren des Mißtrauens und der Diskriminierung verblieben ist. Der beständige Kehrreim derjenigen, die sich gegen ernsthafte Geschäfte mit den „Ländern mit staatlichem Handel" wandten, war, daß diese sich nie wegen der Hauptpositionen, die in ihren Plänen enthalten sind, an den Westen wenden würden. Heute ist Großbritannien in der Lage, gerade in diesen Positionen die wirksamsten Geschäfte mit der UdSSR, Polen, Rumänien und der DDR zu tätigen, um nur vier Länder des Ostblocks zu nennen, mit denen es Handel treibt.

Die kostbarste Frucht der Erfahrung ist die Fähigkeit, eine Chance zu erkennen. Die Briten sind in Dingen der Industrie und des Handels nicht unerfahren, aber sie sind dreißig Jahre lang durch Schutzzölle und gesicherte Absatzgebiete vor einigen der rauhen Wirklichkeiten des Weltmarkts geschützt worden. Jetzt ist der Schutzschild durchlöchert worden. Die britische Industrie muß sich einer Welt anpassen, in der sie sich selbst in einer ungünstigen Lage befindet. Noch ist es eine völlig offene Frage, ob sie die veränderten Aussichten für den Handel mit den planwirtschaftlichen Ländern als die Herausforderung erkennen wird, die sie tatsächlich sind. Einige der größten Firmen haben die Lage richtig gesehen, aber bis jetzt gibt es wenig Verständnis in Regierungs- und in amtlichen Kreisen.

Dennoch besteht eine echte Möglichkeit der Umkehrung der Rollen Großbritanniens und der Bundesrepublik hinsichtlich des Osthandels. In England ist die Stimmung dagegen, daß man politischen Beweggründen gestattet, das Geschäft zu beeinflussen, sogar noch stärker als 1957. In vielen Fällen wird es nicht leicht sein, die alte Gewohnheit der relativen Gleichgültigkeit gegenüber Exportaufträgen auszurotten. Auf der anderen Seite der Berechnung wird jedoch die Leistungsfähigkeit einzusetzen sein, mit der die britische Industrie ein System des Vorrangs anzuwenden fähig ist, wenn einmal darüber entschieden ist. Die Mehrheit der britischen Hersteller hat den Exportaufträgen nie den gleichen hohen Vorrang eingeräumt wie ihre Konkurrenten auf dem Kontinent. Falls diese Situation sich ändert und ein wesentlicher Sektor der Industrie fest entschlossen ist, den Handel mit den planwirtschaftlichen Ländern zu fördern, so würde dieser Handel anderen Ansprüchen, auch denen des Binnenmarktes, nicht leicht geopfert werden.

Bis jetzt hat die britische Industrie mit dem Markt im Osten nur geliebäugelt. In der äußerst komplizierten Industriewirtschaft unserer Tage ist es nicht möglich, einen Markt spasmodisch oder mit Unterbrechungen zu kultivieren. In Großbritannien beginnt man, diese Tatsache zu erkennen. Es mag nur eine Frage der Zeit sein, wann die notwendigen Folgerungen gezogen und angewandt werden.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Aufruf zur Gründung der Deutschen Friedens Union

Wir, die Unterzeichner dieses Aufrufs, sind entschlossen, eine neue politische Kraft zu schaffen. Wir sagen der sinnlosen und gefährlichen Rüstungspolitik den Kampf an. Wir rufen alle auf, die aus Gewissen und Verantwortung diese Politik für ein Verderben halten, sich mit uns zusammenzuschließen. Wir müssen handeln.

Denn:

Die Zeichen, die auf die Möglichkeit eines Krieges hindeuten, mehren sich. Kein Tag vergeht, wo man uns nicht mit Rüstungsfragen beschäftigt. Atommanöver und „Luftschutzmaßnahmen" sollen uns daran gewöhnen, mit dem „Ernstfall" zu rechnen. „Dienstverpflichtungen" für Männer und Frauen, „Beschlagnahmungs"-Gesetze und die Vorbereitung auf den „Notstand" sollen die totale Mobilisierung ermöglichen. Wieder bereitet man uns auf Opfer vor. 15 Jahre nach der deutschen Katastrophe reden Bundeswehrgenerale vom „Krieg unserer Zeit", als sei er die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln und nicht der Untergang unseres Volkes.

Die beschleunigte Aufrüstung und die offizielle Einstellung auf den „unvermeidbaren" Krieg sind die sichtbare Konsequenz der bisherigen Politik. Die Beteiligung der Bundesrepublik am Wettrüsten hat zur Verschärfung der internationalen Spannungen beigetragen. Die Weigerung, über eine atomwaffenfreie Zone und eine Rüstungsverminderung in beiden Teilen Deutschlands zu verhandeln, muß die Gefahr eines deutschen Bruderkrieges heraufbeschwören. Die „Politik der Stärke" hat uns weder die versprochene „Sicherheit" noch die Wiedervereinigung gebracht. Die Illusionen sind vergangen. Die Bundesregierung ist mit ihrer Politik vor einer Mauer angekommen, in der es kein Tor gibt. Sie ist die Gefangene ihrer früheren Handlungen. Sie müßte umkehren und ihre Irrtümer zugeben. Dazu ist sie nicht bereit. In diesem Augenblick eilt ihr die parlamentarische Opposition zu Hilfe. In einem falschverstandenen Staatsinteresse ruft die SPD nach „gemeinsamer Außenpolitik" und verzichtet darauf, eine Alternative zu entwickeln. „Gemeinsame Außenpolitik" ist in diesem Falle gemeinsamer Mangel an Politik. Wir erklären deshalb:

Der Weg, der vor zehn Jahren eingeschlagen wurde, darf nicht fortgesetzt werden. Wir müssen einen neuen Weg gehen. Wer einen Krieg für möglich hält, ist in gefährlich veralteten Vorstellungen befangen. Kriege dürfen nicht mehr sein. Jeder Krieg, ob mit oder ohne Atomwaffen, ist für unser Volk tödlich.

Wir gehen daher von dem Grundsatz aus:

Es muß undenkbar bleiben, daß Deutsche auf Deutsche schießen. Es gibt keine wirtschaftlichen und politischen Gegensätze, die heute oder in Zukunft durch einen Krieg gelöst werden könnten und dürften.

Von diesem Grundsatz muß unser gesamtes politisches Denken und Handeln bestimmt sein. Wir brauchen eine Politik, die nicht vom „Krieg unserer Zeit" ausgeht, sondern die voraussetzt, daß der Krieg vermieden werden muß. Wir brauchen eine Politik, die entschlossen auf den Frieden hinarbeitet. Die Beteiligung am hemmungslosen Wettrüsten ist keine Friedensgarantie. Eine Politik des Friedens kann nur mit den Mitteln des Friedens erreicht werden. Wir müssen politische Lösungen fnden. Wir müssen verhandeln. Deshalb fordern wir:

- Sofortigen Rüstungsstop und Ablehnung jeder atomaren Bewaffnung in der Bundesrepublik;
- Verhandlungen über die Schaffung einer beispielgebenden Zone kernwaffenfreier Länder in Europa als ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung;
- militärische Neutralisierung des zwischen den Machtblöcken zerrissenen Deutschland;
- Abbau des kalten Krieges und der Haßpropaganda;
- Verhandlungen zur sofortigen Entspannung der innerdeutschen Beziehungen.

Die Verwirklichung dieser Ziele würde Milliardenbeträge freisetzen für soziale Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität, für Wissenschaft und Kultur, und für Hilfe an Entwicklungsländer.

Wir erklären uns für eine lebensvolle Demokratie, die vom gesamten Volke getragen wird. Wir nehmen die Demokratie ernst. Wir verlangen, daß alle wichtigen politischen Entscheidungen vom Parlament beraten und öffentlich diskutiert werden. „Einsame Entschlüsse" und autoritäre Entscheidungen sind mit den Grundsätzen der Demokratie unvereinbar. Wir treten für die bedingungslose Erhaltung der Grundrechte ein. Wir wenden uns gegen die Aushöhlung unserer Verfassung durch obrigkeitsstaatliche Maßnahmen und Notstandsgesetze, gegen die Vorherrschaft des militärischen Denkens, gegen das Wiederaufleben des Ungeistes der nationalsozialistischen Vergangenheit. Wir halten es für ein erschreckendes Zeichen, daß Atomwaffengegner als „moskauhörige Elemente" diffamiert oder als „Sünder oder Narren" verunglimpft werden, daß jede von der offiziellen Sprachregelung abweichende Meinungsäußerung als „prokommunistisch" angeprangert wird, daß alle ehrlichen Bemühungen um Frieden und Verständigung in die Zone des Verdachts gerückt werden. Wer sich aber aus Furcht vor Verleumdung zurückzieht und schweigt, überläßt den Rüstungspolitikern das Feld.

Die Weltlage muß nüchtern beurteilt werden: Die Sowjetunion ist zu einem gigantischen wirtschaftlichen Wettstreit angetreten. Darin besteht die eigentliche Herausforderung des Kommunismus, der wir uns zu stellen haben. Dies, und nicht die Vorbereitung auf eine militärische Auseinandersetzung mit ihm, ist die Aufgabe unserer Zeit. Wir wollen keinen Kommunismus. Aber die Entscheidung, vor der wir heute stehen, heißt nicht: Kommunismus oder freie Welt — sondern: friedlicher Wettbewerb oder Untergang.

Wir sind nicht bereit, uns dem Zwangsdenken des kalten Krieges zu unterwerfen. Wir treten unbeirrt und mit allem Nachdruck für eine unabhängige deutsche Politik des Ausgleichs und der Verhandlungen sowohl mit dem Westen als auch mit dem Osten und damit für eine Politik des Friedens und der deutschen Neutralität ein. Wir sagen dem deutschen Volk, wer wir sind:

Christen, denen ihr Glaubensgehorsam befiehlt, die Atomwaffen als Sünde wider Gott und seine Schöpfung zu erklären;
Sozialisten, die aus Gründen politischer Vernunft und Ethik die Anwendung militärischer Gewalt im Atomzeitalter grundsätzlich verwerfen;
liberal denkende Menschen, die wissen, daß Freiheit, Demokratie und Wohlstand nur im Frieden gedeihen;
Konservative, die das gute Erbe unserer deutschen Vergangenheit nicht erneut gefährden lassen wollen.

Wer uns verleumden will, möge es tun. Wir stehen für Frieden und Entspannung gegen Rüstung und Krieg. Alle, die einer friedlichen Zukunft unseres Volkes in Freiheit und Unabhängigkeit den Weg bereiten wollen, sind aufgerufen, sich mit uns zu einer Union, die am 17. Dezember 1960 gegründet wird, zu verbinden, damit unsere Anliegen im kommenden Bundestag vertreten werden können.

DIE UNTERZEICHNER:

A

Dr. Viktor Agartz, Bensberg bei Köln
Heinz Ahlfeld, Tankstellenverwalter, Essen
Dr. Theodor Asholt, Oberstudienrat a. D., Echternacherbrück Bez. Trier

B

Dr. Johannes Baar, Lüneburg
Hugo v. Bar, Forstwirt, Barenaue, Post Kalkriese über Osnabrück
Dr. med. Horst Barthel, Wiesbaden
Helmut Bausch, Journalist, Düsseldorf
Artur von Behr, Verleger, Bovenden bei Göttingen
Hilde Bentele, Stuttgart
Wilhelm Bentele, Fabrikant, Stuttgart
Albert Berg, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, Hamburg
Walter Berger, Stahlkaufmann, Stuttgart
Horst Bethge, Lehrer, Hamburg
Bernhard Bednarski, Redakteur, Langenhagen/Hannover
Ludwig Blümke, Oberregierungsrat a. D., Stade/Elbe
Bert Bouché, Schriftsteller, Karlsruhe
Prof. Dr. Peter Brauer, Physiker, Freiburg/Breisgau

Dr.-Ing. Rudolf Brennecke, Geschäftsführer, Wattenscheid
Prof. Dr. Eduard Brenner, Staatssekretär a. D., Oberaudorf/Inn
Prof. Eduard Brill, Erling/Andechs/Obb.
Pfarrer Friedrich Bultmann, Ganderkesee bei Delmenhorst
M. Börner, Landwirt, Fürth/Bayern

C

Anita Corssen, Gymnastiklehrerin, Freiburg/Breisgau

D

Elisabeth Dalchow, Apothekerin, Timmendorfer Strand, Kreis Eutin
Dr. jur. Joachim Dalchow, Oberregierungsrat a. D., Timmendorfer Strand, Kr. Eutin
Dr. jur. Arnold Dobberkau, Rechtsanwalt und Notar, Celle
Dr. Paul Freiherr von Dobeneck, Wuppertal-Cronenberg
Prof. Dr.-Ing., Dr.-Ing. E. h. Richard Döcker, Stuttgart
Dr. med. Helmut Dörr, Bad Kreuznach
Dr. med. Peter Doll, Sindolsheim/Baden

E

Dr. med. Rolf Ehlers, Stadthagen/Westfalen
Heinrich Eisel, Bergmann, Betriebsratsvorsitzender, Rheinhausen
Wilhelm Elfes, Oberbürgermeister a. D., Mönchengladbach
Dr. Engelhardt, Oberreg.-Med.-Rat i. R., Nagold/Württemberg
Dr. Erika Erdmann, Dipl.-Psychologin, Eßlingen/Neckar
Dr. med. C. Th. Eskuchen, Ulm/Donau
Max Eger, Landwirt, Eningen/Unterachalm

F

Prof. Dr. Klara-Marie Faßbinder, Bonn-Duisdorf
Kurt Fricke, Stereotypeur, Regensburg

G

Anton Gailer, Studienprofessor, Regensburg
Hermann Gautier, kaufm. Angestellter, Bremen
Jupp Gerhards, Verleger, Stuttgart
Alfred Gerlag, Maler, Betriebsratsvorsitzender, Stuttgart
Dr. Erwin Gieseking, Rechtsanwalt, Sulzbach/Saar
Dr. Gerhard Gleißberg, Redakteur, Hamburg
Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart
Willi Görtz, Stadtrat, Selm, Kreis Lüdinghausen
Marie Greve, Hausfrau, Münster/Angelmodde
Fritz Griebel, Akademieprofessor, Heroldsberg bei Nürnberg
Dr. med. Gertrud Griebel, Heroldsberg bei Nürnberg
Dr. Dr. Georg Groeninger, Oberamtsrichter a. D., Darmstadt

H

Pfarrer Robert Hartke, Bremen-Horn
Dr. med. Ernst Hass, Chefarzt, Dorfen/Obb.
Helmut Hehl, Siebdrucker, Schonach bei Triberg/Schwarzwald
Pfarrer Willi Heintzeler, Stuttgart
Dr. jur. Elsa Hennings, Hamburg
Michael Hertz, Kunsthändler, Verleger, Bremen
Wilhelm Heselmann, Tischlermeister Oberhausen
Dr.-Ing. Günther Heydt, Hamburg
Major a. D. Karl Heymann, Stadtkonservator, Weilburg/Lahn
Ernst Heywang, Schulrat a. D., Marktbreit/Main
Irma Hölzle, Angestellte, Betriebsrätin, Hamburg
Pfarrer Hans Holzträger, Baumerlenbach, Kreis Öhringen
Dr. med. German Hübner, Forchheim/Ofr.
Oswald Hüller, Dipl.-Volkswirt, Mannheim
Johannes Hültgren, Elektro-Ingenieur, Kiel

I

Rudolf Ismayr, Regierungsrat, Augsburg

J

Dr. phil. Erich Jacob, Tierarzt, Bremen
Dipl.-Ing. Hermann Jaeger, Homberg/Oberhessen
Franz Jakubowski, Bergmann, Betriebsrat, Rheinhausen

K

Prof. Dr.-Ing. Karl Kammüller, Karlsruhe
Wilhelm Kayser, Rektor, Schriftsteller, Lüneburg
Dr. jur. Sophie Charlotte Kirchhof, Rechtsanwältin, Duisburg
Prof. Dr. Hans Klumb, Physiker, Mainz
Wilhelm König, Metallarbeiter, Betriebsratsvorsitzender, Kronberg/Taun.
Kaplan Johannes Kohlen, Wachtendonk/Niederrhein
Dipl.-Ing. Robert Krebser, Studienrat, Stuttgart
Fritz Kreiselmeier, Landwirtschaftsrat a. D., Cremlingen über Braunschweig

Karl Kreykenbaum, Kfz.-Mechanikermeister, Bremen
Heinz Krüger, Wirtschafts-Journalist, Berlin-Hermsdorf
Mira v. Kühlmann, Arbeitskreis für Fragen des Zeitgeschehens, München
Ingeborg Küster, Redakteurin, Hannover
Claudia Kuhr, Arbeitsgemeinschaft der Frauen und Mütter e. V., Hamburg
Franz Josef Küchler, Ingenieur, Saarbrücken

L

Robert Lambert, Fabrikant, Rheydt
Herbert Langner, Oberstudiendirektor, Braunschweig
Gertrud Legermann, Geschäftsinhaberin, Troisdorf/Köln
Dr. Philumene Lehner, Oberstudiendirektorin, Aschaffenburg
Hans Lipinsky-Gottersdorf, Schriftsteller, Köln-Höhenberg
Dr. med. Hans Loew, Rothenstadt/Bayern

M

Prof. Ewald Mataré, Bildhauer, Büderich bei Düsseldorf
Stadtrat Otto Matull, Stahlarbeiter, Betriebsrat, Rheinhausen
Dorothea Meyer-Vax, Malerin, Nürnberg
Pfarrer Herbert Mochalski, Darmstadt
Heinrich Mönnig, Gastwirt, Oberhausen
Dr. Wolf Heinrich von der Mülbe, Schriftsteller, München
Dr. Friedrich Müller, Verwaltungsgerichtspräsident a. D., Wiesbaden
Wilhelm Müller, Hauptlehrer a. D., Saarbrücken
Günter Muhs, Bergmann, Alsdorf/Aachen
Erwin Muhs, Bergmann, Betriebsratsvorsitzender, Herne/Westfalen

N

Peter Nawrath, Ingenieur, Sülze bei Kürten, Bez. Köln
Paul Neuhöffer, Redakteur, Solingen
Horst Nickel, Rechtsanwalt und Notar, Hanau/Main
Joseph Nix, Technischer Angestellter, Porz

O

Kurt Overhoff, Generalmusikdirektor a. D., Bayreuth

P

Dr. jur. Bruno Preisler, Rechtsanwalt und Notar, Nordseebad Wyk auf Föhr
Helmut Probst, Lehrer, Braunschweig

R

Dr. Günter Raschen, Regierungsrat Braunschweig
Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München
Ernst Riedel, Buchhalter, Hamburg
Prof. Dr. Renate Riemeck, Wuppertal-Elberfeld
Prof. Dr. Karl Rode, Geologe, Aachen
Dipl.-Ing. Ernst Rosin, Duisburg
Prof. Ernst Röttger, Maler, Kassel
Ernst Rowohlt, Verleger, Hamburg †
Ursula Rütt, Schriftstellerin, Darmstadt

S

Friedrich Wilhelm Scharloff, Einzelhandelskaufmann, Hagen/Westfalen
Lothar Schirmacher, Kaufmann, Kassel
Prof. Dr. Franz Paul Schneider, Würzburg
Reinald Schnell, Kunstmaler, Mülheim-Ruhr
Pfarrer Georg Schönweiß, Nürnberg
Dora Schönweiß, Nürnberg
Prof. Dr. Burkhart Schomburg, Osnabrück
Prof. Dr. Eberhard Schomburg, Hannover
Otto Schulze-Fabricius, Betriebsleiter Kempten/Allgäu
Karl Schwenk, Schlosser, Betriebsratsvorsitzender, Fellheim/Memmingen
Dr. jur. Kurt Seidenspinner, Staatsanwalt i. R., Oberstdorf/Allgäu
Dr. Guido Senzig, Syndikus, Offenbach/M.
Horst Sikorra, Graphiker, Hamburg
Liselotte Spanholtz, Hausfrau, Hann.-Münden
Pfarrer Friedrich Spieker, Mülheim-Ruhr
Dr. med. W. Staudacher, Speyer/Rhein
Prof. Dr. phil. Max Stefl, München
Prof. D. Hermann Strathmann, Erlangen
Pastor Dr. Rudolf Strauß, Celle
Pfarrer Werner Stroh, Obersaulheim bei Worms/Rhein
Stadtjugendpfarrer Hermann Strohmeier, Frankfurt/Main

T

Hans Tokarski, Meisterhauer, Dorf im Warndt/Saar
Dr.-Ing. J. F. Tönnies, Fabrikant, Freiburg/Breisgau

U

Freiherr Hans Melchior v. Uslar-Gleichen, München

V

cand. phil. Hermann Vetter, Wissenschaftlicher Assistent, Mannheim

Armin Vighels, Maschinenschlosser, Mülheim-Ruhr
Engelbert Vollmer, Rektor, Duisburg

W

Prof. Dr. Otto Walger, Karlsruhe
Michael Wassermann, Schlosser, Betriebsrat, Memmingen
Oberst i. G. a. D. Josef Weber, Düsseldorf
Pfarrer Max Rudolf Weber, Sprendlingen, Kr. Offenbach
Johannes Weidenheim, Schriftsteller, Stuttgart
Dr. Günter Weigand, Dipl.-Volkswirt, Hamburg
Prof. Dr. Leo Weismantel, Pädagoge, Jugenheim/Bergstr.
Dr. Walter Wenzel, Journalist, Dortmund
Hilde Westphal, Textilarbeiterin, Remscheid
Karl Graf von Westphalen, Bonn/Rhein
Pastor W. Wedekind, Salzgitter-Stäterburg
Pastor Johann Heinrich Wieke, Braunschweig
Hans Wirtz, Schriftsteller, Freiburg/Breisgau
Dr. med. Karl Martin Wolf, Nürnberg

Stuttgarter Manifest der Deutschen Friedens Union

Niemand wird der Bundesregierung unterstellen, daß sie nicht wußte, was sie tat, als sie die Bundesrepublik in die NATO einbaute, die Aufrüstung vorantrieb und im Kalten Krieg einseitig Partei ergriff.

Man mag auch geglaubt haben, diese Politik könne unserer Sicherheit und der Wiedervereinigung des deutschen Volkes dienlich sein — heute kann es keinen Zweifel geben, daß diese Hoffnungen trogen. Das Gegenteil wurde erreicht: Wir haben keine „Sicherheit". Sicher ist uns nur, daß die hochgerüstete Bundesrepublik im Ernstfall zum atomaren Schlachtfeld wird. Sicher ist, daß wir der Wiedervereinigung nicht näher gekommen sind; die deutsche Spaltung hat sich vertieft. Geblieben ist nur das Reden vom „unteilbaren Deutschland", dem keine Taten folgen.

In der Vergangenheit hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands immer wieder betont, daß dieses das Ergebnis der auf die Aufrüstung konzentrierten Regierungspolitik sein würde. Und jetzt? Jetzt, da sich die Berechtigung ihrer Warnungen erwiesen hat, stellt sich die größte Oppositionspartei schützend vor eine verfehlte Außenpolitik und muß konsequenterweise bereit sein, über Notstandsgesetze zu verhandeln. Wohin führt uns dieser Weg? Er kann nur zur Steigerung der Atomrüstung führen und die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung verschärfen. Wer Politik mit friedlichen Mitteln machen will, kann nicht mit den Vertretern der Atomaufrüstung gleiche Sache machen.

Ein Neubeginn ist notwendig. Wir sagen deshalb dem deutschen Volk:

Das Problem der Sicherheit ist kein militärisches, sondern ein politisches. Nicht die strategische Planung, sondern der Wille, zu internationalen Übereinkommen zu gelangen, muß unsere Politik bestimmen.

Es kann nicht die Aufgabe der deutschen Regierung sein, vor Verhandlungen zwischen Ost und West zu warnen. Sie müssen im Interesse des deutschen Volkes gefordert werden; denn der Frieden kann nur mit den Mitteln des Friedens gewahrt werden, und die Lösung unserer nationalen Lebensfrage ist nur in dem Maße möglich, wie eine Entspannung eingeleitet wird.

Diejenigen politischen Kräfte, die dem deutschen Volk die Treue halten wollen, müssen deshalb entschlossen sein, unbeirrt von Lob und Tadel für eine unabhängige deutsche Politik der Entspannung und des Friedens einzutreten.

Wir rufen alle von dieser Aufgabe überzeugten Menschen dazu auf, sich mit uns im gemeinsamen Wollen zusammenzuschließen.

Von dem festen Willen beseelt, der Völkerverständigung zu dienen,
entschlossen, mit allen unseren Kräften die nationalen Anliegen des deutschen Volkes zu fördern,
gewillt, einer Politik der selbstzerstörerischen atomaren Rüstung Einhalt zu gebieten,
überzeugt von der Notwendigkeit der Schaffung einer für die allgemeine Abrüstung beispielgebenden Zone militärischer Entspannung in Europa,
von dem Wunsche geleitet, die unheilvolle Kluft zwischen beiden Teilen Deutschlands unter Verzicht auf jede Gewaltanwendung zu überwinden,

und bereit, für die unveräußerlichen demokratischen Grundrechte des Staatsbürgers einzutreten,

beginnt die Deutsche Friedens Union heute ihren Weg.

Stuttgart, den 17. Dezember 1960

Erklärung von Prof. Dr. Renate Riemeck zur Aufgabe ihres Lehramtes

Frau Prof. Riemeck hat mit Schreiben vom 11. Dezember 1960 den Kultusminister von Nordrhein-Westfalen um Entlassung nach § 44 LBG ersucht. In der Begründung für diesen Schritt heißt es:

„Der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat mir aus politischen Gründen die Prüfungsbefugnis entzogen und mich dadurch in unerträglicher Weise auch in der Wahrnehmung meines Lehrauftrags behindert. Ich habe mich dem damit verbundenen politischen Druck, unter den man mich — und leider auch meine Studenten — gestellt hat, nicht gebeugt. Das geschah aus Liebe zu meinem Beruf und in dem Bewußtsein der Verantwortung gegenüber meinen Schülern. Die Auseinandersetzung um das Vorgehen des Kultusministers und insbesondere sein eigenes Verhalten in der Öffentlichkeit in dieser Frage haben mich jedoch in aller Schärfe erkennen lassen, daß es nicht genügt, Grundlagen und Lebensformen der Demokratie zu lehren, sondern daß es heute zur Verteidigung der im Grundgesetz verbürgten Rechte und Freiheiten des Staatsbürgers eines größeren Einsatzes bedarf. Diese Erkenntnis ist mir durch die jüngsten innenpolitischen Ereignisse zur Gewißheit geworden. Ich habe zwar schon seit Jahren mit wachsender Sorge und Unruhe die politische Entwicklung der Bundesrepublik unter Führung der CDU beobachtet. Aber ich hatte doch noch immer die Hoffnung, daß die SPD entschlossen und imstande sein werde, von unserem Volk die lebensgefährliche Politik der atomaren Aufrüstung abzuwenden. Diese Hoffnung ist durch die Entscheidung des SPD-Parteitages in Hannover zerstört worden. Angesichts dieser Lage habe ich den Entschluß gefaßt, meine ganze Kraft für eine Politik der Entspannung und der Verständigung einzusetzen, die notwendig ist, soll Deutschland vor der Gefahr eines Krieges bewahrt werden. Mein Gewissen gebietet es mir, ohne Rücksicht auf persönliche Sicherungen der Sache des Friedens zu dienen.

Ich weiß, welche Folgen die von mir geforderte Entlassung haben wird. Ich habe auch die Möglichkeit einer Berufung an die Pädagogische Hochschule Bremen, die mir nach meiner Abberufung aus der Wuppertaler Prüfungskommission geboten wurde, nicht ergriffen."

Weitere Unterzeichner der Protesterklärung zugunsten von Frau Prof. Dr. R i e m e c k

Der Protesterklärung gegen die Entfernung von Frau Prof. Dr. Renate R i e m e c k aus ihrem Prüfungsamt — vgl. die Dokumentation der letzten Nummern der „Blätter" — haben sich inzwischen noch angeschlossen u. a.:

Pfarrer Dr. theol. Hans-Werner B a r t s c h
Prof. Dr. Gert von E y n e r n
Stadtrat Prof. Dr. Theo G l ä s s , Ministerialdirigent im Niedersächs. Kultusministerium
Prof. Dr. K. G e r h a r d t
Prof. Katharina P e t e r s e n , Ministerialrätin i. R.
Oberstudiendirektorin i. R. Dorothea S c h ö n d ö r r f f e r
Prof. Dr. Eberhard S c h o m b u r g
Prof. Dr. Wolfgang S c h w e i t z e r
Prof. D. Heinrich V o g e l.

Lorenz K n o r r : Offener Brief an Herbert Wehner und Erklärung zur politischen Situation und zum Austritt aus der SPD

Vorbemerkung der Redaktion: Lorenz K n o r r , 1921 in Eger/CSR geboren, Buchdrucker, 1935—38 Mitglied der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der CSR, im Kriege mehrfach schwer verwundet, war seit 1946 Mitglied der SPD und seit 1949 Bundessekretär der Sozialistischen Jugend („Falken"). Als Publizist trat er mit zahlreichen Arbeiten zu theoretischen und praktischen Erziehungs-Problemen hervor. Er gehört jetzt dem vorläufigen Vorstand der neu gegründeten Deutschen Friedens Union an.

Frankfurt, den 12. 12. 1960

Sehr geehrter Herbert Wehner,

als Du noch nicht Mitglied der SPD warst, habe ich als Jugendlicher für diese Partei manche Schlacht mitschlagen helfen. Ich war damals — wie meine Eltern — immer stolz auf diese Partei und ihre klare entschiedene Politik.

Nach 1945 habe ich auf dem Jugend- und Erziehungssektor buchstäblich Tag und Nacht unter Zurückstellung privater Interessen und ohne Rücksicht auf meine Gesundheit für diese Partei gearbeitet. Daß ich keine Ausnahme war, daß es andere genau so taten, weiß ich.

Ich kann wirklich nicht sagen, daß ich immer mit der „Linie" einverstanden war. Aber nie habe ich mich konformistisch angepaßt, sondern immer für meine Auffassung gekämpft. Es fiel mir manchmal etwas schwer, Parteidisziplin zu üben, wenn ich andere Überzeugungen hatte. Da die SPD damals noch abweichende Meinungen ertragen konnte, war meine Mitgliedschaft auch nie in Frage gestellt. Bis vor einem Jahr meinte ich schließlich auch, daß Du der Bürge für eine konsequente sozialistische Politik in der Parteispitze seiest.

Leider habe ich mich — oder besser: hast Du mich! — getäuscht. Deine 180-Grad-Wendung vom konsequenten Adenauer-Gegner zum Kapitulanten vor Adenauer werde ich Dir nie verzeihen! Daß Du es mit Willy Brandt fertiggebracht hast, der Mehrheit des Parteitages Deinen unseligen Willen aufzuzwingen, drängt mich zum Austritt aus der Partei. Meine Frau erklärt ebenfalls ihren Austritt. Damit kannst Du Dir Arbeit und Kosten für ein Ausschlußverfahren ersparen. Du hast mit Ausschlüssen alter Parteigenossen sowieso schon genug zu tun!

Diesen Schritt mache ich ohne Haßgefühle. Ich habe geglaubt, für eine gute Sache mein Bestes zu geben. Nun sehe ich ein, daß ich mir in geradliniger Fortsetzung meines bisherigen Wirkens ein neues Tätigkeitsfeld suchen muß, weil die SPD keine SPD mehr ist.

Hoffentlich drängst Du nicht allzuviele Genossen auf diesen Weg, damit Du nicht eines Tages wegen parteischädigendem Verhalten ausgeschlossen wirst. Ansonsten hoffe ich, daß Du Dir über die historische Bedeutung Deines Versagens klar bist. Auch Du wirst einst Rechenschaft über Dein Verhalten ablegen müssen.

Ich wünsche Dir trotzdem nichts Schlechtes.

Mit bestem Gruß! gez. Lorenz Knorr

Es mag ungewöhnlich sein, zu den politischen Vorgängen in der letzten Zeit eine persönliche Erklärung abzugeben. Aber die Gewissensnot drängt mich dazu. Als einer, der seit Kriegsende führend in der sozialistischen Jugend tätig ist, kann ich nicht mehr schweigen, wenn ich erkannt habe, daß die Zukunft der Jugend wieder einmal leichtsinnig aufs Spiel gesetzt wird. Ich meine, daß die politische Entwicklung in der Bundesrepublik auf eine Katastrophe, auf den Abgrund zutreibt.

Die Abhängigkeitsverhältnisse, in denen heute unser deutsches Vaterland durch den verlorenen Krieg steht, sind allen hinreichend bekannt. In dieser Situation käme es vor allem darauf an, die weltpolitischen Gegensätze zwischen den Machtblöcken durch eine verantwortungsvolle Entspannungspolitik ständig mildern zu helfen, um den Völkern die drohende atomare Katastrophe zu ersparen. Aber die Bundesregierung tut alles, um durch verstärkte Fortsetzung der verantwortungslosen atomaren Aufrüstung die weltpolitische Situation und die Kriegsgefahr weiter zu verschärfen. Diese Politik entspricht einem immer deutlicher sichtbar werdenden außenpolitischen Machtanspruch, der in unangebrachte Großmachtgesten, Befreiungsparolen und irrealen Grenzforderungen seinen Ausdruck findet. Mit der Politik der atomaren Aufrüstung, mit der Aufrüstung überhaupt, wird die Macht jener politisierenden Generäle mit unbewältigter Vergangenheit verstärkt. In ihrer umstrittenen Denkschrift ließen diese Herren ihre Maske fallen: sie forderten die Beseitigung aller ihnen noch auferlegten Schranken, die Unterordnung zivilen Denkens unter das militärische und die völlige Militarisierung des gesamten Lebens.

Gleichzeitig sind Notstandsgesetze und ein Gesetz über Ein- und Ausreisebeschränkung in Vorbereitung, mit deren Hilfe die freiheitlichen Grundrechte durch obrigkeits-

staatliche Polizeimaßnahmen ersetzt, die Freizügigkeit beschränkt und die Tätigkeit der freien Gewerkschaften praktisch unmöglich gemacht werden sollen. Nach Inhalt und Auswirkung sind diese Gesetze einem neuen Ermächtigungsgesetz vergleichbar, wie es der Aufrichtung der schrankenlosen nationalsozialistischen Willkürherrschaft vorausging. — Heute bereits schaffen politische Verketzerung und unglaubliche antikommunistische Diffamierung bekannter Persönlichkeiten im Stile des „Rotbuches" und des berüchtigten Komitees „Rettet die Freiheit" eine innenpolitische Atmosphäre des Rufmords und des Gewissenszwangs, wie sie eigentlich nur in diktatorisch regierten Staaten gang und gäbe ist.

Die gezielte Überfütterung der Staatsbürger mit banalen Belanglosigkeiten und wertlosem Kitsch durch bestimmte Sensationsblättchen hat viele von den wesentlichen politischen Lebensfragen abgedrängt. Das pausenlose Herausstellen materieller Wertsetzungen durch eine verantwortungslose Reklame und Propaganda hat sittliche Ziele in den Hintergrund gedrängt, und einerseits die Korruption, andererseits die Entpolitisierung gefördert. Die Enteignung des Volkes von wesentlichen demokratischen Aufgaben und politischer Verantwortung, z. B. im Falle der Volksabstimmung über die Atomaufrüstung, hat bei vielen die Resignation bestärkt.

Angesichts dieser katastrophalen innen- und außenpolitischen Entwicklung suchen und verlangen große Teile der Bevölkerung, besonders aber die Jugend der Bundesrepublik, nach einer kraftvollen und konsequenten Alternative zur Regierungspolitik. Sie richteten dabei ihre Hoffnungen und Wünsche in erster Linie auf die SPD, zu der auch ich mich seit Jahren bekenne.

Auf dem vor kurzem beendeten SPD-Parteitag in Hannover wurde jedoch — statt eine solche Alternative zu entwickeln — die Anpassung an die Atomrüstungspolitik Adenauers vollzogen. Herbert Wehner erklärte, daß es heute keine Alternative zur Politik der Bundesregierung gibt. Damit hat die parlamentarische Opposition zu bestehen aufgehört.

Noch im Godesberger Programm der SPD wurde die atomare Aufrüstung eindeutig abgelehnt. Auch Erich Ollenhauer versuchte zu Beginn des Parteitages noch einmal, diese Festlegung zu retten. Dann aber setzte sich eine Personengruppe mit Willy Brandt an die Spitze der Partei und vollzog die endgültige Kapitulation vor der CDU. Es wurde erklärt, die Bundeswehr müsse „wirksam" mit modernen Waffen ausgerüstet werden, wobei der Ausschluß atomarer Waffen ausdrücklich abgelehnt wurde.

Ich empfinde mit großer Bedrückung, daß die SPD damit einen Weg beschreitet, der in der Vergangenheit schon mehrere Male ins Unglück führte.

Auf den entschlossenen Kampf gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr und gegen die Notstandsgesetzgebung zu verzichten, heißt nicht nur, sich aller Chancen auf einen Erfolg im kommenden Bundestagswahlkampf zu begeben. Es bedeutet vor allem, den restaurativen Kräften vollendete Tatsachen schaffen zu helfen. Es sollte dabei nicht vergessen werden, daß an der Spitze der Bundeswehr ein Mann steht, von dem Reinhold Maier im Bundestag einmal sagte: Wer so spricht, werde auch schießen, wenn er dazu die Möglichkeit bekommt.

In breiten Kreisen der Bevölkerung und besonders der Jugend wird die atomare Aufrüstung nach wie vor abgelehnt. Das kommt in den Beschlüssen aller Konferenzen der Gewerkschaftsjugend und der anderen Arbeiterjugendverbände eindeutig zum Ausdruck. Mit Befriedigung stelle ich fest, daß die Sozialistische Jugend auf ihrer Bundeskonferenz in Kassel wenige Tage vor der Kapitulationserklärung Willy Brandts auf dem SPD-Parteitag der Bonner Außenpolitik noch einmal klar und deutlich den Kampf angesagt hat.

Ausgehend von dieser Haltung der Jugend und in Solidarität mit den 41 Delegierten des SPD-Parteitages, die in Hannover die verhängnisvolle Kapitulation abgelehnt haben, möchte ich daher in aller Öffentlichkeit erklären: Ich fühle mich nach wie vor an die Beschlüsse der SPD, vor allem aber der Jugendverbände gegen die atomare Aufrüstung gebunden.

Ich kann jedoch nicht mehr Mitglied einer Partei bleiben,

- die die atomare Aufrüstung der Bundeswehr nicht mehr vor aller Welt sichtbar und glaubhaft bekämpfen will und die an ihrer Spitze Personen duldet, welche die Freiheit mit Atombomben verteidigen zu können glauben;

- die ihre Wähler im unklaren läßt und damit die Entmündigung des Staatsbürgers zugunsten der alleinigen Befugnis einiger Polit-Manager fördert, wie es Willy Brandt in seinem Spiegel-Interview getan hat. Auch das ist eine Unterminierung demokratischer Rechte;
- die bei der Jugend erst falsche Hoffnungen erweckte, sie dann täuschte, enttäuschte und dann alle jene als „kommunistisch infiltriert" bezeichnet, die die ursprünglichen Prinzipien der SPD auch weiterhin für richtig halten;
- die wesentliche sozialistische Ziele gestrichen hat und den ehrwürdigen Namen „SPD" zu Unrecht beibehält.

Bei allem Verständnis für die laufende Anpassung von Methoden und Mitteln an die harten Erfordernisse der Zeit halte ich es für unmöglich, unverrückbare Ziele preiszugeben und dem Atomtod leichtsinnig Vorschub zu leisten.
Darum trete ich aus dieser opportunistischen Partei mit einer von mir als nicht mehr vertrauenswürdig empfundenen Führung aus!

Ich begrüße die Initiative, die von Frau Prof. Riemeck, Herrn Prof. Schneider, Graf von Westphalen und anderen hinsichtlich einer Sammlungsbewegung aller Atomrüstungsgegner eingeleitet wurde.

Ich bin überzeugt, daß vor allem die Jugend von diesen konsequenten Atomwaffengegnern bei der Verwirklichung ihrer eigenen Beschlüsse gegen den Wahnsinn des atomaren Wettrüstens die notwendige Hilfe und Unterstützung finden wird. Umgekehrt sollte vor allem die Jugend die Bestrebungen dieser Persönlichkeiten unterstützen. Ich selbst werde mit gutem Beispiel voran gehen und in dieser Organisation mitarbeiten, weil ich innerhalb der sogenannten SPD nicht mehr das verwirklichen kann, was ich auf verschiedenen Konferenzen mitbeschlossen habe.

Ich bleibe Sozialdemokrat,
auch wenn ich mich von dieser zweiten Adenauerpartei trenne.
Ich lehne — wie einst die SPD —
die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik,
die Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Boden
sowie unsere Einzementierung in die NATO
ganz entschieden ab.
Ich bekenne mich
zur Anti-Atomtod-Kampagne, zur Paulskirchenbewegung,
zum Deutschlandplan,
zu einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa
als erstem Schritt zu einer weltweiten Abrüstung,
wie sie früher von der SPD gefordert,
bzw. durchgeführt wurden.
Die vitalen Lebensinteressen des deutschen Volkes
und die friedliche Zusammenarbeit mit allen Völkern
sind mir mehr wert,
als eine sogenannte Bündnistreue,
welche in Wirklichkeit die Kriegsgefahr erhöht
und die Wiedervereinigung Deutschlands verhindert!
Ich bekenne mich nach wie vor
zu einer offensiven Ostpolitik auf friedlicher Grundlage,
zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus;
darum lehne ich jeden primitiven Anti-Kommunismus
und jede Schwarz-Weiß-Propaganda
ganz entschieden ab.
Ich wehre mich gegen jede Notstandsgesetzgebung,
gegen jeden Gleichschaltungsversuch
innerhalb und außerhalb der Parteien.
Ich bekenne mich zum Grundgesetz
und bedaure, daß sich keine Partei bereitgefunden hat,
gegen die laufende Aushöhlung des Grundgesetzes
durch die Bonner Regierungsparteien

mit außerparlamentarischen Aktionen
zu protestieren.
Ich bleibe Sozialdemokrat,
auch wenn es die Sozialdemokratische Partei Deutschlands
nur noch dem Namen nach gibt
und wirkliche sozialdemokratische Politik
nur noch von anderen Kräften
vollzogen wird.

gez. Lorenz Knorr

Die Notwendigkeit einer konsequenten Opposition in der Bundesrepublik

Es ist sehr zweifelhaft, ob diese Umwandlung der westdeutschen Opposition nicht zu vollständig war, um noch weise zu sein. Es gibt ausgezeichnete allgemeine Gründe dafür, warum die Sozioldemokraten sich zu einer gemäßigt-radikalen Opposition umwandeln, und besonders militärische und technische Gründe, warum eine rein negative Haltung in Verteidigungsfragen nicht mehr länger möglich war.

Weniger verständlich ist jedoch der Versuch, fast jeden Zug der Außenpolitik Adenauers nachzuahmen. Man hört nichts mehr von einer Lösung der deutschen Frage, man denkt auch nicht mehr darüber nach, wie man eines Tages mit Polen oder einem anderen osteuropäischen Land besser Beziehungen anknüpfen könnte. Aber die deutschen Interessen verlangen eine flexible Ostpolitik, um so mehr, wenn es zu ernsthaften Gesprächen zwischen Kennedy und Chrustschow kommen sollte. Ein Land mit einer so starken Tendenz zum Konformismus wie Westdeutschland könnte aus einer Opposition, die wirklich in der Opposition steht, nur Nutzen ziehen.

The Economist, London

Die Halbherzigkeit der SPD

Ferner sollte man sich nunmehr eine sehr bedrückende Tatsache vor Augen halten: eine politische Partei, die in der Bundesrepublik an die Macht kommen will, kann mindestens auf die Möglichkeit einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr nicht mehr verzichten. Das sind die Folgerungen, die dieser deutsche Teilstaat aus der Katastrophe von 1945 gezogen hat. Daß es dahin gekommen ist, hat freilich nicht allein die Bundesregierung mitsamt den Parteien zu verantworten, auf die sie sich im Laufe von zwölf Jahren gestützt hat. Die Verantwortung dafür trifft zweifellos auch die sozialdemokratische Opposition, die zu keinem Zeitpunkt der Entwicklung ein auf klaren Grundsätzen beruhendes, in seiner politischen Wirkung langfristig durchdachtes Aktionsprogramm gehabt hat. Die SPD hat immer nach anfänglichem Zögern die Politik der Regierung mit halbem Herzen mitgemacht. Sie war gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, hat aber schließlich an der Wehrverfassung mitgearbeitet. Sie war gegen die Wehrpflicht, hat aber jetzt durch den Mund Willy Brandts erklärt, sie werde diese nicht abschaffen. Sie hat die zunächst sehr eindrucksvolle Kampagne gegen den Atomtod begonnen und ist nun grundsätzlich nicht mehr dagegen, einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr zuzustimmen. Sie liefert seit Jahren mit ihren Programmen nichts anderes als farbschwache Kopien der Regierungspolitik.

Der Wahlkampf wird also praktisch überhaupt nicht um Grundsatzfragen geführt werden, sondern allein darum, ob eine jüngere Mannschaft der SPD die bisherige Politik besser fortsetzen könne, als wenn alles „beim alten" bliebe.

Nürnberger Nachrichten v. 2. XII. 60

Lipschitz für atomare Bundeswehr-Bewaffnung

Der SPD-Innensenator von Westberlin, Joachim Lipschitz, hat am Sonntag bei der Landeskonferenz der Jungsozialisten in Schleswig-Holstein erklärt, die Ablehnung der atomaren Bewaffnung für die Bundeswehr im Rahmen der NATO könne eine Absage der Bundesrepublik an das atlantische Verteidigungsbündnis zur Folge haben. Ein Nein zur NATO bedeute den Selbstmord Deutschlands. Niemand habe bisher aber bewiesen, daß die atomare Bewaffnung ein Hindernis für die Wiedervereinigung Deutschlands sein werde.

Kölnische Rundschau v. 5. XII. 60

SPD stimmt Einzeltiteln des Wehretats zu

Der SPD-Fraktionsgeschäftsführer, Dr. Mommer, bestätigte am Dienstag seine in der vergangenen Woche abgegebene Erklärung, daß die SPD-Bundestagsfraktion bei der Gesamtabstimmung, also der politischen Abstimmung, den Haushalt des Verteidigungsministeriums wieder ablehnen werde. Ihm sei nicht bekannt, daß die SPD dem Haushalt zustimmen werde, falls einige Änderungsanträge der SPD angenommen würden. Der Sprecher des SPD-Parteivorstandes, Franz Barsig, ergänzte, daß die SPD, wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft, verschiedenen Einzeltiteln des Verteidigungsetats zustimmen werde. Befragt, ob die SPD-Abgeordneten diesmal auch dem Einzeltitel zustimmen werden, der die Ausgaben für sogenannte Mehrzweckwaffen enthalte, erwiderte Dr. Mommer, hierzu könne er noch nichts sagen. Diese Frage müsse von den Fachleuten der SPD in den einzelnen Ausschüssen entschieden werden.

Stuttgarter Zeitung v. 7. XII. 60

Strauß für „größere Dynamik" ...

Der westdeutsche Verteidigungsminister Strauß erklärte am Dienstag abend in einem Radiovortrag, ein gemeinsamer NATO-Beschluß, die westliche Allianz zur vierten Atommacht zu machen, wäre ein großer Schritt vorwärts zu einer Integration der Streitkräfte. Strauß bezeichnete es als notwendig, dem westlichen Bündnis eine engere Struktur, eine größere Dynamik und eine stärkere Ausstrahlungskraft zu geben. Die Ostblockstaaten, einschließlich der Volksrepublik China, müßten so lange an wirtschaftlicher und militärischer Überlegenheit gehindert werden, bis eine mögliche Evolution neue Voraussetzungen schaffe.

Neue Zürcher Zeitung v. 7. XII. 60

USA wünschen deutsche Rüstungskäufe

Die amerikanische Regierung bemüht sich jetzt, zur Entlastung ihrer Zahlungsbilanz die Bundesregierung zum Ankauf zusätzlicher Erzeugnisse der amerikanischen Rüstungsindustrie zu veranlassen. Die USA-Regierung denkt dabei sowohl an größere deutsche Käufe für den eigenen Bedarf als auch an Käufe von Rüstungsgütern zur Weiterleitung an dritte Länder.

Dies ging gestern aus einem Interview der amerikanischen Rundfunkgesellschaft NBC mit Finanzminister Anderson hervor, in dem Anderson zum ersten Male öffentlich über die Bonner Finanzverhandlungen berichtete ...

Der Leiter der Abteilung Wirtschaftsforschung in der Handelskammer der USA, Emerson Schmidt, hat für 1961 vorausgesagt, daß die Produktion und die Dienstleistungen in den Vereinigten Staaten höher als je zuvor sein werden. Trotzdem werde die Arbeitslosigkeit aber weitersteigen.

Der Mittag v. 5. XII. 60

Noch 30 Starfighter

Die Bundesregierung hat bei den Loockheed-Flugzeugwerken in Burbank (Kalifornien) noch 30 zusätzliche Düsenjäger vom Typ „Super-Starfighter" bestellt. Der erste Auftrag hatte auf 96 Maschinen dieses Typs gelautet.

Wie die Gesellschaft am Dienstag bekanntgab, sollen die mit einer neuen elektronischen Ausrüstung und einer verbesserten Waffenkontrolle versehenen Jäger bereits im Frühjahr 1961 ausgeliefert werden. Die Produktion erfolgt zum Teil in Burbank, einige der Maschinen, die doppelte Schallgeschwindigkeit erreichen, werden aber auch im Lizenzbau in der Bundesrepublik, den Niederlanden und Belgien hergestellt.

Kölnische Rundschau v. 21. XII. 60

NATO-Nachschublager in Dänemark

In Dänemark wird der Bau der NATO-Nachschublager für die Verteidigung von Schleswig-Holstein in kurzem in Angriff genommen. Nach Berichten aus Kopenhagen wartet man dort nur noch auf die formelle Aufforderung von seiten des Oberbefehlshabers der NATO. Es handelt sich, so wird berichtet, um ein großzügiges Projekt, dessen Verwirklichung drei bis fünf Jahre in Anspruch nehmen werde ...

Die diplomatischen Verhandlungen erweckten, solange sie auf dänisch-deutscher Basis geplant waren, namentlich den Widerstand der dänischen linksbürgerlichen Radikalen. Diese Schwierigkeiten konnten dann freilich überwunden werden, indem der Bau formell in der Regie der NATO erfolgt.

Neue Zürcher Zeitung v. 1. XII. 60

Griechenland wünscht keine deutsche Militärhilfe

Eine gewisse Verwirrung ist in politischen Kreisen der griechischen Hauptstadt auf Grund des Widerspruchs spürbar, der zwischen den Nachrichten aus dem Ausland über eine deutsche Bereitschaft zur Übernahme eines Teils der amerikanischen Militärhilfe an Griechenland und die Türkei und der Erklärung des griechischen Außenministers Averoff bei seiner Rückkunft aus Paris am Dienstagabend besteht. Averoff sagte, eine solche Frage sei nicht aufgeworfen worden, und er glaube auch nicht, daß sie es in Zukunft werde.

Manche politische Beobachter glauben, daß Averoff mit seiner Erklärung in vorsichtiger Form die griechische Abneigung gegen eine direkte Übernahme militärischer Hilfe an Griechenland durch die Bundesrepublik zum Ausdruck bringen wollte, da die griechische Regierung auf das Fortbestehen des amerikanischen Interesses an Griechenland, seinem Wohlstand und seiner Sicherheit offenkundig großen Wert legt. In Regierungskreisen wird darauf hingewiesen, daß es ein großer Unterschied sei, ob die Bundesrepublik allgemein einen größeren Beitrag zu den Militärausgaben der NATO in Europa leisten werde, oder ob sie direkt einen Teil der amerikanischen Militärhilfe an einzelne NATO-Staaten übernehme.

Politische Kreise sind der Ansicht, daß ein Hauptgrund für die Abneigung der griechischen Regierung gegen eine direkte Militärhilfe der Bundesrepublk an Griechenland in der Unruhe über die innenpolitischen Auswirkungen zu sehen ist, die eine solche Verlagerung haben würde. Unter den gegenwärtigen Bedingungen und besonders auf Grund des ungünstigen Eindrucks, den die Merten-Affäre mit ihrer Wiedererweckung der Erinnerung an die deutsche Besatzung in Griechenland hervorgerufen hat, sei die griechische Öffentlichkeit darauf nicht ausreichend vorbereitet. Der Vorsitzende der linksextremen größten griechischen Oppositionspartei EDA, Passalidis, rief Dienstag abend alle Griechen der Widerstandsbewegung auf, gemeinsam an der Verhinderung der „neuen Form des Eindringens der deutschen Faschisten nach Griechenland" zu arbeiten. Der Führer der Bewegung für die nationale Erneuerung, General Grivas, nannte die Übertragung der amerikanischen Militärhilfe für Griechenland auf die Bundesrepublik eine „beispiellose diplomatische Ohrfeige" für Griechenland.

Stuttgarter Zeitung v. 22. XII. 60

Bonns Fehlspekulation

„Hart verhandeln!", das war das von den Sozialdemokraten in schöner Eintracht mit den ausgemachten „Abendländern" empfohlene Rezept für die Handelsgespräche mit Moskau und Pankow. Das erste Ergebnis dieses harten Verhandelns liegt nunmehr vor: der Handelsvertrag mit der Sowjetunion wurde nicht unterzeichnet.

Die Bundesregierung hatte geglaubt, für Rußland seien die bisher aus der Bundesrepublik bezogenen Güter so wichtig, daß sich Moskau für den weiteren Bezug dieser Güter zu einem politischen Zugeständnis bereit finden werde. Dieses Zugeständnis sollte in einer im neuen Handelsvertrag verankerten oder einseitig von der Bundesregierung abzugebenden und von der sowjetischen Delegation kommentarlos entgegenzunehmenden Erklärung bestehen, daß die mit der Bundesrepublik ausgehandelten Abmachungen auch für Berlin gelten sollten. In dem jetzt ablaufenden alten deutsch-sowjetischen Handelsvertrag war eine solche Berlin-Klausel nicht enthalten gewesen. Man hatte Berlin stillschweigend mit in den Vertrag einbezogen.

Der sowjetische Delegationsführer Borissow hatte es jedoch von Anfang an abgelehnt, eine gesonderte Berlin-Erklärung entgegenzunehmen. Dennoch hatte die Bundesregierung weiter auf ein Nachgeben der Sowjets gehofft und das Verhalten Borissows mit dessen sich nicht auf politische Fragen erstreckenden Vollmacht erklärt. Als sich jedoch auch der zum Unterzeichnungsakt erschienene Sowjetbotschafter Smirnow weigerte, in dieser

Frage entgegenzukommen, mußte die Bundesregierung erkennen, daß sich Moskau in der weiteren Behandlung der Berlin-Frage nicht durch eine in den Vertrag eingefügte Berlin-Klausel festlegen wollte.

Es wäre nicht überraschend, wenn sich dieses Scheitern der Handelsgespräche mit Rußland ungünstig auf die Verhandlungen über den Interzonenhandel auswirkt. In Zusatzvereinbarungen zu dem von der Bundesregierung gekündigten Interzonenhandels-Abkommen ist unter anderem die Erteilung von Warenbegleitscheinen im Berlin-Verkehr sowie die Verrechnung im Bahnverkehr nach Berlin geregelt gewesen. Damit hatte wenigstens ein Minimum an Vereinbarungen über den Berlin-Verkehr auf der Bahn und den Straßen bestanden.

Das alte Interzonenhandels-Abkommen hatte für den gesamten Bereich der D-Mark-West gegolten, also Berlin mit umschlossen. Würden sich die Beauftragten der DDR mit seiner Verlängerung einverstanden erklären, würde sich auch das neue Abkommen stillschweigend auf Berlin mitbeziehen. Wenn aber ein neues Abkommen formuliert werden müßte, dann müßte auch über neue Zusatzabkommen im Berlin-Verkehr verhandelt werden. Damit aber wäre dann eine ganz ähnliche Lage entstanden, wie sie sich bei den Verhandlungen mit Moskau ergab. Eine Parallele könnnte sich auch daraus ergeben, daß sich die Wirtschaftsbeauftragten der DDR für unzuständig erklärten, über ein solches ins Politische schlagende Problem zu verhandeln, und auf ihre Regierung verwiesen.

Nun befindet sich die Bundesregierung freilich, sowohl was die Unterhandlungen mit Moskau wie die mit Pankow betrifft, in einer mißlichen Lage. Verzichtet sie darauf, den Geltungsbereich der Verträge ausdrücklich auch auf Berlin auszudehnen, dann kommt sie damit der sowjetischen These vom eigenständigen Charakter Berlins erheblich entgegen. Ein vertragloser Zustand aber wirkt sich vermutlich genau so negativ aus wie die Unterzeichnung eines Vertrages, der sich nicht ausdrücklich auch auf Berlin erstreckt. Auf der anderen Seite ist es wenig wahrscheinlich, daß sich die Sowjetregierung oder die Sowjetzonen-Regierung, so wichtig ihnen die aus der Bundesrepublik bisher bezogenen Güter auch sind, zu einem Nachgeben bereit finden werden, denn dadurch würden sie von sich aus eine Entscheidung in der gesamten Berlin-Frage präjudizieren.

Die Position der Bundesregierung ist in dem ganzen Problemkreis Berlin heute um so weniger günstig, als klar ist, daß die Westmächte und insonderheit die Vereinigten Staaten zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Berliner Status nur ein begrenztes, genau kalkuliertes Risiko einzugehen bereit sind.

Nürnberger Nachrichten v. 14. XII. 60

Bonns schwache Berlin-Position

Chrustschow hat zweifellos keine große Chance, in den kommenden Verhandlungen die Westmächte zu jenem Abbau ihrer Garnisonen in Berlin zu bewegen, den er im November 1958 verlangt hatte. Es bleibt indessen eine große Frage, ob er dieses Ziel überhaupt noch als Nahziel verfolgt. Die sowjetische Formel der „Freien Stadt Westberlin" ist vieldeutig und dehnbar genug, um dem Kreml ein beträchtliches Maß an Manövrierfreiheit zu verleihen: wenn der Rückzug der alliierten Truppen nicht erreichbar scheint, so kann der Osten doch hoffen, wenigstens die Integration Berlins in den Bundesrepublikanischen Staatsverband entscheidend aufzulockern . . .

Tatsächlich wird man den Eindruck nicht los, daß die Amerikaner, Engländer und Franzosen zwar durchaus darauf vorbereitet sind, ihre eigenen Rechte auf jeden Fall — auch nach dem Abschluß eines russisch-ostdeutschen Sonderfriedens — notfalls mit den stärksten Mitteln zu verteidigen, daß sie aber keinen Grund sehen, einen gefährlichen Konflikt zu riskieren, um die bundesdeutschen Ansprüche in Berlin ebenso hartnäckig durchzusetzen. Wir wissen nicht, was Brentano von seinem letzten Besuch in Washington zurückgebracht hat, der anscheinend nicht zuletzt der Erörterung dieses Problems galt. Aber manches deutet darauf hin, daß er von seinen amerikanischen Gesprächspartnern unumwunden darauf aufmerksam gemacht worden ist, Bonn werde möglicherweise nicht um gewisse recht handgreifliche Zugeständnisse herumkommen. Und es gibt bisher keinen Hinweis darauf, daß Kennedy, so unzweideutig seine Bekenntnisse zur Freiheit Berlins auch tönen mögen, darunter etwas anderes versteht als die Eisenhower-Administration: auch er hat bisher nicht den Willen erkennen lassen, für die Erhaltung der —

ohnedies unklaren und vagen — Zugehörigkeit der Stadt zur Bundesrepublik Risiken einzugehen, die sein Vorgänger offensichtlich scheute.

Aus diesem Grunde hat sich in Bonn während der letzten Monate mehr und mehr ein gewisser Defaitismus ausgebreitet. Niemand rechnet zwar mit einer Kapitulation des Westens, aber niemand gibt sich auch länger der hochgemuten Hoffnung hin, der status quo werde ohne Abstriche zu behaupten sein. Alles, was in den vergangenen elf Jahren geschehen ist, um Berlin enger mit der Bundesrepublik zu verbinden und ihm gewisse „Hauptstadt-Funktionen" auch für die Dauer des Bonner „Provisoriums" zu übertragen, kann jeden Augenblick in Frage gestellt werden. Jene geduldig aufgebauten staatsrechtlichen Konstruktionen, die dazu bestimmt waren, die abgeschnittene Stadt zu einem Land der Bundesrepublik — wenn auch zu einem Land sui generis — zu machen, haben sich als brüchig herausgestellt, weil die Alliierten sie wohl toleriert haben, aber nicht geneigt scheinen, ihren Fortbestand zu garantieren.

Die Tat v. 6. XII. 60

Ketzerische Vorschläge amerikanischer Historiker

30 Geschichtsprofessoren von 23 amerikanischen Universitäten und Colleges richteten an den gewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten, John Kennedy, und seinen Staatssekretär Dean Rusk ein Schreiben, in welchem die neue amerikanische Administration ersucht wird, die Anerkennung Volkschinas und der DDR in Erwägung zu ziehen. Die Historiker sind der Auffassung, daß solche Initiativen einen Schritt zur Regelung der Formosa- und der Berlin-Frage im Rahmen eines Programms zur Bremsung des Atomrüstungswettlaufs darstellen würden.

Die Tat v. 20. XII. 60

Es unterzeichneten die folgenden 30 Wissenschaftler:

Reginald F. Arragon, Reed College; J. Leonard Bates, Universität von Illinois; Ray A. Billington, Northwestern University; Eugene Boardman, Universität von Wisconsin; William B. Bristol, Union College; Edward M. Burns, Rutgers University; Vernon Carstensen, Universität von Wisconsin; John W. Caughey, Universität von Kalifornien; Thomas C. Cochran, Universität von Pennsylvania; E. David Cronon, Universität von Nebraska; Alexander Deconde, Universität von Michigan; Richard Drinnon, Universität von Kalifornien; Arthur A. Ekirch, American University; E. James Ferguson, Universität von Maryland; Robert H. Ferrell, Universität von Indiana; Robert Forster, Universität Nebraska; Dewey W. Grantham jr., Vanderbilt University; Samuel P. Hays, Universität Pittsburgh; Henry P. Hill, Universität von Kalifornien; Frederic C. Lane, John-Hopkins-Universität; Richard Lowitt, Connecticut College; Jackson T. Main, College San Jose (State); Horace S. Merrill, Universität Delaware; Kenneth M. Stampp, Universität von Kalifornien; Paul A. Vard, Michigan State University; Kenneth O. Walker, Goucher College; Richard L. Watson jr., Duke University; William A. Williams, Universität Wisconsin.

Londoner „Times"-Verlag weist Warnung Brentanos zurück

Der Londoner „Times"-Verlag wird trotz einer „Warnung" aus Bonn die deutsche Ausgabe seines Weltatlasses unverändert mit der Oder-Neiße-Linie als Grenze zwischen Deutschland und Polen erscheinen lassen. Ein Sprecher des Verlages beantwortete die Ankündigung Bundesaußenministers von Brentanos, man werde gegen den Verlag notfalls gerichtliche Schritte unternehmen, mit einem Zitat aus dem Vorwort des Atlasses: „Dieser Atlas gibt das Bild einer unvollkommenen Welt wieder, wie sie ist, und nicht, wie sie sein sollte. Er macht den Reisenden mit der Autorität bekannt, die er an irgendeinem geographischen Punkt vorfinden wird, gleichgültig, ob sein Patriotismus bereit ist, dies anzuerkennen oder nicht."

Frankfurter Rundschau v. 9. XII. 60

Starke Vergrößerung des Handelsverkehrs Großbritannien — DDR

Verhandlungen über die Kontingente im Warenaustausch zwischen Großbritannien und der Sowjetzone werden unmittelbar nach Jahresbeginn in London beginnen. Der Handel zwischen den beiden Ländern hat sich im laufenden Jahre sehr vergrößert. Großbritannien

konnte seine Ausfuhr in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres auf 6 Mill. Pfund erhöhen gegenüber von 2,6 Mill. Pfund in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Einfuhr aus der Sowjetzone hatte bis Ende Oktober einen Wert von 5,1 Mill. Pfund (i. V. 3,9 Mill. Pfund). Ein Sprecher der F.B.I. (Federation of British Industries) erklärte, daß die Zone alle Kontingente restlos aufgenommen habe, daß jedoch der Konsumgüterabsatz weiterhin zu wünschen übrig lasse. Von ostzonaler Seite in London wird hervorgehoben, daß man eine Erhöhung der Einfuhrkontingente nach England verlangen werde.

Stuttgarter Zeitung v. 10. XII. 60

Gegen Verhandlungen mit Bonn

Der Präsident des Norwegischen Fischerverbandes, Andersen, hat empfohlen, keine Verhandlungen mit der Bundesrepublik über die deutschen Fischereirechte in der neuen norwegischen 12-Meilen-Fischereizone zu führen, bis sich die Deutschen „etwas weniger überheblich gebärden". Andersen bezog sich hierbei auf die Erklärungen des Deutschen Fischereiverbandes, der die neue norwegische Fischereigrenze als den Genfer Seerechtsbeschlüssen zuwiderlaufend bezeichnet hatte. Andersen meinte, sollte die deutsche Regierung die gleiche Haltung an den Tag legen, müßte Norwegen die Verhandlungen abbrechen. Die Bundesrepublik bemüht sich gegenwärtig um Verhandlungen über die künftigen Fischereirechte innerhalb der neuen Zone und versucht dabei, ähnliche Bedingungen zu erzielen wie Großbritannien.

FAZ v. 13. XII. 60

Gegen Regierungsfernsehen

Erklärung deutscher Schriftsteller

Am 25. Juli 1960 hat Herr Fritz Schäffer mit der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch Herrn Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, die Errichtung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung („Deutschland-Fernsehen") vereinbart. Ohne vorherige Klärung der verfassungsmäßigen Rechte der Länder soll diese Gesellschaft ein zweites Fernsehprogramm vorbereiten und vom 1. Januar 1961 an ausstrahlen.

Sowohl die Entstehungsgeschichte als auch die bisherige Zusammensetzung der Aufsichtsgremien lassen erkennen, daß das „Deutschland-Fernsehen" nicht mehr ein Publikationsorgan unter öffentlicher Kontrolle, sondern ein Instrument der Bundesregierung, der Regierungsparteien und wirtschaftlicher Interessengruppen sein wird. Die Unterzeichner dieser Erklärung lehnen deshalb jede Mitarbeit an diesem Programm ab. Da diese Institution die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland gefährden kann, bitten sie auch ihre Kollegen, sich dem Boykott der Deutschland-Fernsehen GmbH und deren Programm-Lieferanten anzuschließen. Sie verpflichten sich, vom Zeitpunkt ihrer Unterschrift an ihr weder Texte noch Rechte an Texten zu überlassen und ihr jede redaktionelle oder dramaturgische Beihilfe zu verweigern. Die Autoren unter ihnen werden künftig ihre Verlagsverträge derart abschließen, daß die Fernsehrechte an ihren Arbeiten nur mit ihrer Zustimmung vergeben werden können.

Frankfurt am Main, November 1960

Ilse Aichinger, Christian Amery, Günther Anders, Herbert Asmodi, Heinrich Böll, Axel Eggebrecht, Günter Eich, Hans Magnus Enzensberger, Günter Graß, Fred von Hörschelmann, Wolfgang Hildesheimer, Peter Hirche, Jahnheinz Jahn, Walter Jens, Uwe Johnson, Robert Jungk, Joachim Kaiser, Marie Luise Kaschnitz, Erich Kästner, Wolfgang Koeppen, Ernst Kreuder, Eva Müthel, Hans Werner Richter, Klaus Roehler, Peter Rühmkorf, Paul Schallück, Martin Walser, Dieter Wellerhoff, Wolfgang Weyrauch, Gabriele Wohmann.

Ingeborg Bachmann, Herbert Eisenreich und Erich Fried, die dem Paß nach Ausländer sind und die Boykott-Erklärung deshalb nicht unterzeichnen konnten, haben ihren Absichten zugestimmt und den Unterzeichnern ihre Solidarität erklärt.

*

Persönliche Erklärung von Hans Magnus Enzensberger:

Bedarf die „Erklärung" einer Erklärung? Postministern und Reklamefachleuten, der Frau Nachbarin des Regierungschefs und seinem Hausarzt wird in unserm Land die Kompetenz für die Einrichtung der Massenmedien nicht bestritten, sondern von amtswegen

eingeräumt. Melden sich aber Leute zu Wort, zu deren potentiellen Produktionsmitteln ein Instrument wie das Fernsehen gehört, so ist die Verwunderung allgemein, und erklären sie gar, daß man ihre Dienste zum höheren Ruhm von Strauß und Sunil nicht kaufen kann, so scheint das als Provokation zu wirken. Das geht offenbar zu weit; das läuft darauf hinaus, es mit der Freiheit der Meinungsäußerung allzuernst zu nehmen. Dabei weiß doch ein jeder: Ordnung muß sein, und kleinliche Bedenken haben zu schweigen, wenn es um die Interessen der Regierung geht. Meinungsfreiheit ist gut für die Sonntagsreden der Auguren, werktags aber fordert die Praxis ihr Recht, da muß sich die Verfassung mit einem Augenzwinkern begnügen. Meine Meinung ist: mögen sich die Herren Schröder und Globke anderswo kulturelle Verzierungen für ihre gewalttätigen Absichten suchen! Solange da noch ein Sender im Land steht, der nicht unter ihrer Kuratel, sondern unter den Augen der Öffentlichkeit arbeitet, solange wollen wir die Partie nicht verloren geben. Die letzte Gleichschaltung in Deutschland ist noch keine dreißig Jahre her. Schriftsteller werden die nächste nicht verhindern. Heißt das, sie sollten sich an ihr beteiligen? Ich glaube nicht. Deshalb habe ich die Erklärung unterschrieben.

Frauen gegen Notdienstentwurf

Der Bundes-Frauenausschuß der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) hat auf einer Arbeitstagung in Kiel einen freiwilligen Hilfsdienst für Mädchen abgelehnt, weil dadurch weder eine ausreichende Berufsausbildung noch eine echte Entlastung für die Haushaltungen und Krankenhäuser ermöglicht werde. Außerdem befürchtet der Bundes-Frauenausschuß, daß aus dem freiwilligen Hilfsdienst eines Tages ein Pflichtdienst werden könnte. In einer zweiten Entschließung protestierte der Ausschuß gegen den Notdienstgesetzentwurf, der von der Bundesregierung ohne Anhörung der Betroffenen ausgearbeitet worden sei. Der Entwurf beschränke die Grundrechte „in unwürdiger Weise". Die DAG werde im übrigen einen eigenen Entwurf für einen Notdienst vorlegen.

FAZ v. 29. XII. 60

Höhere Steuern nach den Wahlen ...

Um nicht weniger als 3,9 Mrd. DM sind die Ausgaben des Bundes, die im Haushaltsentwurf des Bundeskabinetts für das nächste Jahr vorgesehen waren, in den letzten Monaten gestiegen. Nach einer Berechnung des Bundesfinanzministers erreicht der Haushaltsplan für 1961 damit schon jetzt ein Ausmaß von fast 49 Milliarden DM. Den fast vier Milliarden Mark Mehrausgaben stehen 1,5 Mrd. Mehreinnahmen gegenüber, die man auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung über die ursprünglichen Ansätze hinaus an Steuerzuwachs schätzt.

Die Mehrausgaben, die im Kabinettsentwurf für das Haushaltsjahr 1961 noch nicht enthalten waren, umfassen unter anderem: über zwei Mrd. Mark zusätzliche Entwicklungshilfe, 400 Millionen Mark für soziale Maßnahmen und 500 Millionen Mark für sogenannte zwangsläufige Mehrausgaben. 1,6 Mrd. Mark sollen den außerordentlichen Haushalt bereichern und 2,3 Mrd. den ordentlichen. 750 Millionen Mark, die auch nach der erhöhten Steuerschätzung noch nicht gedeckt sind, sollen entweder ebenfalls noch dem außerordentlichen Haushalt zugewiesen oder durch Kürzungen an anderer Stelle wettgemacht werden. Noch nicht berücksichtigt sind bei dieser Rechnung jedoch Ausgaben, die in den nächsten Monaten noch vom Parlament beschlossen werden.

Das Bundesfinanzministerium weist darauf hin, daß trotz dieser Ausgabensteigerung im nächsten Jahr auf Steuererhöhungen verzichtet werden könne, wenn der aufgezeigte Rahmen nicht gesprengt werde. Das Risiko werde dann im ungesicherten Anleihbedarf des Bundes in Höhe von mindestens drei Milliarden Mark liegen. Im übrigen kommt das Finanzministerium zu der Feststellung, daß die Grenzen der Finanzkraft des Bundes noch nicht erreicht und nur die gegenwärtigen Möglichkeiten ausgeschöpft seien.

Das Finanzministerium winkt in diesem Zusammenhang mit Steuererhöhungen in den Haushaltsjahren nach den Wahlen. Hierzu heißt es in den „Streiflichtern auf den Bundeshaushalt 1961", die von Ministerialdirektor Korff verfaßt wurden: es müsse darauf hingewiesen werden, „daß die Bundesregierung darauf verzichtet hat, zusätzliche Steuern vom Parlament zu fordern. Darin dürften ausreichende Reserven liegen, um in künftigen Rechnungsjahren unvermeidlich werdende Anpassungen vorzunehmen".

Der Mittag vom 22. XII. 60

„Die Zeit" lädt das PEN-Zentrum Ost-West ein

Die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit" hat die Mitglieder des „PEN-Zentrums Ost-West" — das mit dem PEN-Zentrum der Bundesrepublik nicht identisch ist — eingeladen, in einem Hörsal der Hamburger Universität oder, falls dies nicht möglich sei, in der Redaktion des Blattes mit westdeutschen Schriftstellern über verschiedene literarische Fragen zu diskutieren. Das „PEN-Zentrum Ost-West", dem in erster Linie Schriftsteller aus der Sowjetzone angehören, hatte Anfang Dezember eine Generalversammlung in Hamburg abhalten wollen, war aber durch das Einschreiten des Hamburger Polizeisenators an dem Treffen gehindert worden.

Stuttgarter Zeitung v. 16. XII. 60

Kennedy über die Abrüstungskontrolle

Der künftige amerikanische Präsident John F. Kennedy ist der Auffassung, daß die USA die Ausarbeitung und Vorlage eines Rüstungskontrollsystems nicht vertagen dürfen. Dies geht aus einem Interview hervor, das in der Zeitschrift „Bulletin of the Atomic Scientist" veröffentlicht worden ist und am Montag von „Information" wiedergegeben wurde.

Kennedy meint, daß jedes wirksame Kontrollsystem eine Änderung der Einstellung von allen Seiten voraussetzt. „Für die Sowjets mag es schwieriger sein, eine solche Änderung zu akzeptieren, als für uns. Inspektion ist leichter in einem offenen Staatswesn als in einem geschlossenen", sagte Kennedy. „Wir müssen die größte Geduld zeigen, und eine ebenso starke intellektuelle wie diplomatische Initiative entfalten."

Stuttgarter Zeitung v. 6. XII. 60

Liu Schao-tschi für friedliche Koexistenz

Der chinesische Staatspräsident Liu Schao-tschi hat am Sonntag bei einem Essen in Leningrad erklärt, die Sowjetunion sei eine „mächtige Bastion des Weltfriedens". Liu fuhr fort: „Die Ansichten der sowjetischen Regierung und ihre Vorschläge, die auf eine internationale Entspannung und auf die Verwirklichung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung und auf eine friedliche Koexistenz zwischen den Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsform gerichtet sind, haben die Sympathie und die Unterstützung aller friedliebenden Staaten und Völker." Die Besprechungen der Vertreter aller kommunistischen Parteien im Kreml hätten den Zusammenhalt der kommunistischen Bewegung weiter gestärkt und die Solidarität der Kommunistischen Partei Chinas und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion verbessert.

Stuttgarter Zeitung v. 6. XII. 60

Falscher Alarm?

Das amerikanische Verteidigungsministerium erklärte am Wochenende, ihm sei nichts über eine angebliche falsche Radarmeldung bekannt, die einen amerikanischen Gegenschlag hätte auslösen können. Das Oberkommando der amerikanischen Langstreckenbombereinheiten in Colorado Springs lehnte jeden Kommentar zu entsprechenden Presseberichten ab. Die Londoner „Daily Mail" hatte berichtet, daß die Radarstation in Thule auf Grönland eine Meldung an das Oberkommando geschickt hatte, aus der man entnehmen mußte, daß ferngelenkte Geschosse aus dem Osten in Richtung auf die USA unterwegs seien. Daraufhin sei sofort Alarm gegeben worden. Kurz danach sei dann aber festgestellt worden, daß eine neuaufgestellte Radareinrichtung nicht richtig funktioniert habe.

Generalanzeiger, Bonn, v. 28. XI. 60

„Polaris"-Raketen mit 4500 km Reichweite

Der Leiter des amerikanischen Entwicklungsprogramms für „Polaris"-Raketen, Vizeadmiral W. F. Raborn, kündigte am Sonntag abend in einer Fernsehsendung eine Beschleunigung der Entwicklungsarbeiten mit dem Ziel an, die Reichweite der Raketen bis Anfang des Jahres 1964 auf 4500 Kilometer auszudehnen. Die derzeitigen „Polaris"-Raketen haben eine Reichweite von knapp 2000 Kilometer. In der vorigen Woche bewältigte ein neuer „Polaris"-Typ zum erstenmal eine Strecke von 2700 Kilometern.

Stuttgarter Zeitung v. 6. XII. 60

Kundgebung gegen den Atomstützpunkt Holy Loch

Am Sonntag manifestierten in Glasgow rund 2000 Personen gegen die Einrichtung eines Stützpunktes für amerikanische Unterseeboote mit Kernwaffen in Holy Loch, einer 60 km von Glasgow entfernten Meeresbucht. Mehrere Labourabgeordnete und der Generalsekretär der schottischen Gewerkschaften, George Middleton, ergriffen das Wort. Middleton bemerkte ironisch, es könne stimmen, daß die atomaren Unterseeboote praktisch unverletzbar seien; sicher sei aber, daß der Flottenstützpunkt von Holy Loch verwundbar sei.

Die Tat v. 20. XII. 60

Afrika soll atomwaffenfreie Zone werden

Im Hauptausschuß der Vereinten Nationen haben die afrikanischen Staaten Ghana, Guinea, Äthiopien, Mali und Marokko beantragt, den gesamten afrikanischen Kontinent zu einer atomfreien Zone zu erklären und von allen ausländischen Stützpunkten zu befreien. Die Resolution trifft England, Frankreich, Spanien, Portugal und die Vereinigten Staaten. Sie wird natürlich vom Ostblock und den neutralen Staaten unterstützt, findet aber auch die Zustimmung der meisten unbeteiligten Staaten Asiens und aller afrikanischen Staaten mit Ausnahme der Südafrikanischen Union. Sie ist daher einer Zweidrittelmehrheit sicher und kann die Westmächte in Verlegenheit bringen.

Deutsche Zeitung v. 3./4. XII. 60

USA in Laos ...

Die Agentur Tass verbreitet eine vom „Radio der loyalistischen Streitkräfte" in Hanoi ausgestrahlte Erklärung des Hauptmanns Kong Lee, in der es heißt: „Nach fünf Tagen heroischen Ringens gegen die von den Vereinigten Staaten, Thailand und der verräterischen Clique Phoumi Nosavans und Boun Oums durchgeführte Aggression haben die Regierungsstreitkräfte des Pathet Lao und die bewaffnete Jugend den Befehl erhalten, ihre Stellungen in Vientiane aufzugeben und den Kampf weiterzuführen."

Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass berichtete unter Bezugnahme auf die nordvietnamische Nachrichtenagentur, im Namen „der legitimen Regierung des Prinzen Souvanna Phouma" habe Informationsminister Pholsena „die Aggression gegen Laos und die Verletzung der laotischen Souveränität durch amerikanische Imperialisten und thailändische Reaktionäre scharf verurteilt. Der Angriff gegen Vientiane sei von amerikanischen Offizieren geleitet worden. Unter den Truppen Phoumi Nosavans befänden sich Offiziere und Soldaten aus Thailand, den Philippinen, Südvietnam und Formosa. Die Vereinigten Staaten hätten den Rebellen Sturmwagen, Kanonenboote, Flugzeuge, Geschütze und Mörser geliefert. Die Rebellen hätten die Botschaften der Vereinigten Staaten, Thailands und Südvietnams als Stützpunkte gegen die Regierungstruppen benützt. Zum Schluß forderte Pholsena alle Länder, die an der Genfer Konferenz von 1954 teilgenommen hatten, sowie alle afrikanischen und asiatischen Länder und alle friedliebenden Regierungen auf, „die Aggression gegen Laos zu verurteilen und den Kampf des laotischen Volkes zu unterstützen."

Die Tat v. 20. XII. 60

Acheson für Aufnahme Chinas in die UN

Die USA sollten von dem nationalchinesischen Ministerpräsidenten Tschiang Kai-schek fordern, daß er seine Truppen verringert und sie auf schlagkräftige Verbände beschränke, die einen Fallschirmjägerangriff zurückschlagen könnten. Diesen Vorschlag machte am Donnerstag abend der frühere amerikanische Außenminister Dean Acheson vor der Rechtsanwalt-Vereinigung von Kansas City. Acheson regte gleichzeitig an, daß sich die USA nach dieser Truppenverringerung in einem Vertrag zum Schutze Formosas verpflichten.

Acheson sagte ferner, er erwarte, daß das kommunistische China innerhalb der nächsten Jahre in die UN aufgenommen werde. Er fügte hinzu, die Formosa-Frage müsse gelöst werden, bevor die Pekinger Regierung anerkannt werde. Ministerpräsident Tschiang Kai-schek sollte nicht länger als „Regierung von Rotchina" betrachtet werden.

Stuttgarter Zeitung v. 3./4. XII. 60

Gaitskell: China sollte in die UNO

Der Führer der britischen Labourpartei, Hugh Gaitskell, äußerte sich anläßlich einer Rede in Bingley (Yorkshire) über die britische Außenpolitik. Er betonte, man müsse Volkschina zur UNO zulassen, in Zentraleuropa eine entmilitarisierte Zone schaffen, in Afrika einen Kalten Krieg verhüten und die Aufgaben der NATO genau umreißen.

Gaitskell führte aus, es sei immer absurder, die Volksrepublik China von der UNO und den Abrüstungskonferenzen auszuschließen. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß 1961 trotz der verschärften Spannung zwischen Ost und West ein Jahr der Entspannung sein werde.

Die Tat v. 13. XII. 60

Japan verstärkt Rußland-Handel

Die sowjetisch-japanischen Handelsbesprechungen über den Warenaustausch für das kommende Jahr sind nach einmonatiger Dauer in Moskau beendet worden. Das Handelsvolumen wurde im Vergleich zum laufenden Jahr um 30 Millionen Dollar (rund 125 Millionen DM) auf 160 Millionen Dollar (rund 670 Millionen DM) erhöht.

FAZ v. 13. XII. 60

Das Ende einer französischen Algerien-Legende

Am vergangenen Wochenende ist das Algerien-Bild, das die offizielle französische Propaganda seit zwei Jahren sorgfältig in Westeuropa aufgebaut hatte, in tausend Stücke gegangen: nach diesem Bild ist die algerische nationale Befreiungsfront in den großen Städten Algeriens nicht mehr vorhanden; die Algerier zeigen großes Verständnis für den offiziellen Kurs der französischen Algerienpolitik; der FLN hält sich nur noch mühsam in unwegsamen Berggebieten; die „pacification" ist praktisch erreicht . . .

Aber am Wochenende brachen aus den stacheldrahtumzäunten Eingeborenenvierteln der großen algerischen Städte Tausende und aber Tausende von Algeriern. Sie führten die grün-weiße Algerienfahne mit dem roten Stern und Halbmond mit sich, und sie riefen: „Ferhat Abbas an die Macht!" Die französische Armee, die in den letzten Tagen, als die französischen Ultras auf die Straße gingen, keineswegs mit der Schußwaffe eingriff, ließ sich diese Gelegenheit nicht entgehen, ein Blutbad anzurichten. Nach offiziellen französischen Berichten blieben mehr als 80 Algerier auf der Strecke. Es zeigte sich einmal mehr, daß die französische Armee mit zwei verschiedenen Ellen mißt, je nachdem, ob die Demonstranten Ultras sind oder Algerier. Damit dürfte diese Armee auch den Test dafür abgelegt haben, ob sie für die faire Überwachung und Durchführung einer Volksabstimmung in Algerien geeignet ist oder nicht. Zugleich ist aber auch die offizielle französische Darstellung der politischen Lage in Algerien in unwahrscheinlichem Ausmaß Lügen gestraft worden. Man wird sich das wohl nicht nur in Europa, sondern auch bei der UNO merken.

Die Tat v. 13. XII. 60

Sartre will nicht Alibi für Militärjustiz sein

Der Schriftsteller Jean Paul Sartre hat die französische Regierung am Donnerstag öffentlich aufgefordert, ihn ebenso wie dreißig andere Unterzeichner des „Manifests der 121" unter Anklage stellen zu lassen oder die bereits eingeleiteten Strafverfahren insgesamt einzustellen. Er lehne es ab, als „Alibi" für die Entscheidung des Pariser Militärgerichts im sogenannten Barrikadenprozeß herhalten zu müssen, mit der Angeklagte, wie der Abgeordnete Lagaillarde und der Studentenführer Susini, der vor Gericht unverblümt nationalsozialistische Auffassungen vertreten habe, vorläufig auf freien Fuß gesetzt worden sind. In Frankreich sei die reinliche Trennung der Gewalten, die eine wirkliche Demokratie auszeichneten, zum Teil aufgehoben. Die Justiz verfahre nach politisch opportunen Gesichtspunkten, wogegen er sich wehre, da gleiches Recht für alle gelten müsse . . .

Sartre schilderte am Donnerstag in einer Pressekonferenz in der Wohnung seiner dabei anwesenden Gefährtin, der Schriftstellerin Simone de Beauvoir, daß er nach seiner Rückkehr von seiner Südamerikareise zwar zunächst vor den Untersuchungsrichter geladen und vernommen worden sei. Er habe erwartet, daß man ihm am Dienstag, dem Termin einer zweiten Vorladung, den Anklagebeschluß vorlegen werde, wie es bei dreißig ande-

ren Unterzeichnern des Aufrufes geschehen ist. Statt dessen habe man ihm mitgeteilt, der Untersuchungsrichter Perez sei erkrankt; ein neuer Vernehmungstermin sei in der Mitteilung nicht genannt worden, obgleich die Möglichkeit gegeben sei, daß ein anderer Richter das Verfahren weiter betreibe. Daraus entnehme er, daß die Justiz beabsichtige, das Verfahren gegen ihn im Sande verlaufen zu lassen. Mit dieser Methode werde lediglich bezweckt, weniger namhafte Unterzeichner des Aufrufes, die bereits angeklagt sind, einem erpresserischen Druck auszusetzen, und ebenso sympathisierende, aber eine Anklage gegen ihn und andere Prominente zu vermeiden, damit das Aufsehen in der Öffentlichkeit nicht zu groß werde.

Sartre verwies darauf, daß die Anwälte der Angeklagten Lagaillarde und Susini im „Barrikadenprozeß" für die Freilassung ihrer Mandanten mit der Begründung plädiert hätten, sie könnten nicht in Haft bleiben, wenn er, der „Hochverräter Sartre", auf freiem Fuß bliebe. Das Gericht habe die vorläufige Freilassung dieser Angeklagten öffentlich unter dem Gewicht dieses Argumentes beschlossen. So müsse er als „Alibi" für eine politisch beeinflußte Militärjustiz dienen.

FAZ v. 2. XII. 60

Amerikanische Senatoren für Unabhängigkeit Algeriens

Drei demokratische amerikanische Senatoren, die zusammen mit einem jüngeren Bruder des künftigen Präsidenten, Edward Kennedy, von einer mehrwöchigen Afrikareise zurückgekehrt sind, wollen Präsident Kennedy empfehlen, sich offen für die Unabhängigkeit Algeriens auszusprechen. Die Senatoren erklärten, daß die Afrikaner von der künftigen Kennedy-Regierung viel erwarteten. Die endgültige Haltung der afrikanischen Völker zum Westen werde zum Teil davon abhängen, wie die USA sich zur Unabhängigkeit Algeriens stellen.

Deutsche Zeitung v. 23./24. XII. 60

Italienische Solidarität mit dem „Manifest der 121"

Wie das kommunistenfreundliche Blatt „Paese Sera" mitteilt, haben 77 italienische Intellektuelle ein Dokument unterschrieben, in dem sie ihre Solidarität mit den Unterzeichnern des französischen „Manifests der 121" bekunden. Diese Stellungnahme sei auf Initiative der Monatsschrift „Tempo Presente" erfolgt. Unter den Unterzeichnern dieser Erklärung befinden sich der Nobelpreisträger Salvatore Quasimodo, die Schriftsteller Alberto Moravia, Vasco Pratolini, Ignazio Silone, Guido Piovene und Italo Calvino, die Schauspieler Alida Valli und Vittorio Gaßmann und die Filmregisseure Federico Fellini und Alberto Lattuada.

Die Tat v. 5. XII. 60

Industrieabsatz in den USA auf dem tiefsten Stand des Jahres

Der Industrieabsatz in den Vereinigten Staaten ist im Oktober auf den tiefsten Stand dieses Jahres gefallen. Der Auftragseingang ging in diesem Monat um 1,1 Milliarden Dollar zurück. Vertreter des Handelsministeriums, von dem diese Angaben stammen, führen den Rückgang auf Zurückhaltung des Verteidigungsministeriums bei Aufträgen für Flugzeuge, Raketen und elektronische Ausrüstung zurück. Die Lager der Hersteller nahmen um 400 Mill. Dollar ab. Der Absatz der verarbeitenden Industrie fiel im Oktober auf 29,64 Mrd. Dollar. Er ist damit seit sechs Monaten ununterbrochen abgesunken. Den größten Rückgang hatte die Eisen- und Stahlindustrie.

Deutsche Zeitung v. 3./4. XII. 60

Prominente gegen Nato-Atommacht

Eine Gruppe von 47 prominenten Amerikanern hat sich in einem Schreiben an Präsident Eisenhower gegen den Plan ausgesprochen, die Nato zur vierten Atommacht zu machen. In dem Schreiben heißt es, ein solcher Schritt würde eine Kettenreaktion auslösen und die Sowjetunion zu Gegenmaßnahmen veranlassen. Zu den Unterzeichnern gehören die Witwe des früheren amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt, Eleanor Roosevelt, der Publizist Norman Cousins, der Wissenschaftler Dr. Linus Pauling und der Schriftsteller Stuart Chase.

FAZ v. 19. XII. 60

25

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch - Frank Allaun, M. P. - Dr. Walther Ammann - Dr. Günther Anders - Stefan Andres - Prof. Manfred v. Ardenne - Prof. Dr. Dr. Hans Bayer - Prof. Dr. Karl Bechert, MdB - Arno Behrisch, MdB - General a. D. Dr. Franz Beyer - Lucie Beyer, MdB - Dr. Wilhelm R. Beyer - Dr. Achim v. Borries - Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner - Klemens Brockmöller S. J. - Dr. Hildegard Brücher, MdL - Dr. Gerhard Caemmerer - Harold Davies, M. P. - Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann - Dr. Wolf Donner - Dr. Helmut Dörr - Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard - Klaus Ehrler, Master of Arts - Prof. Dr. Fritz Eichholtz — Otto Eisenmann, MdB - Dr. Hans Magnus Enzensberger - Dr. Hermann Etzel - Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick - RA Erwin Fischer — Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. - Gertrud von le Fort - Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt) - Major a. D. Hans Moritz v. Frankenberg und Proschlitz - Prof. Dr. Wolfgang Friedmann - Prof. D. Emil Fuchs - Dr. Werner Gerth - Albrecht Goes - Prof. Gerhard Gollwitzer - Dr. Dr. Georg Groeninger - Prof. Dr. Walter Hagemann - Prof. Dr. Werner Hahlweg - Prof. Joh. Harder - Prof. Dr. Wilhelm Hasenack - Esther Sophia Hayfron - Dr. Friedrich Heer - Minister a. D. Dr. Arno Hennig - Dr. Elsa Hennings - Dr. Hans Henrich - Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig - Dr. Walther Herbst - Prof. D. Dr. Johannes Hessen - Dr. Irene Hilgers-Hesse - Kurt Hirsch - Hans Heinz Holz - Professor D. J. L. Hromádka - Professor Rolf Italiaander - Professor D. Hans Joachim Iwand † - Hans Henny Jahnn † - Dr. Viktor Kadalie - Alexander Karev - Hans Hellmut Kirst - Prof. Dr. Friedrich Klein - Wilhelm von Kleist - Dr. Arno Klönne - DD. Heinz Kloppenburg - Dr. Eugen Koller - Prof. J. Korowin - Dr. Erich Küchenhoff - Prof. Dr. Bernard Lavergne - Dr. Jonas Lesser - Dr. Carlo Levi - Prof. Dr. Hanns Linhardt - Hans Lipinsky-Gottersdorf - Dr. Bodo Manstein - Wladimir Massitsch - Dr. Basil Mathiopoulos - Prof. Dr. L. L. Matthias - Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May - Mathias Joseph Mehs - Dr. Wilhelm Ritter v. Meng - Prof. Dr. Eberhard Menzel - Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB - Herbert Mochalski - Dr. Girya K. Mookerjee - Prof. Dr. Wilhelm Müller - Hans Nätscher - Peter Nellen, MdB - Prof. Dr. Anton Neuhäusler - Anna Nieklewicz - Prof. Hermann Oberth - Prof. Dr. László Mârton von Pâkozdy - Prof. Dr. Linus Pauling - Rudolf Pikola - Kurt Pritzkoleit - Prof. Dr. A. J. Rasker - Prof. Dr. Franz Rauhut - Dr. Hermann Rauschning - Prof. Dr. Gerhard Reintanz - Prof. Dr. Hans Rheinfelder - Prof. Dr. Helmut Ridder - Prof. Dr. Renate Riemeck - Prof. Dr. Karl Rode - Lord Bertrand Russell - E. S. Sachs - Prof. Dr. Michael Seidlmayer - Dr. Seiei Shinohara - Paul Schallück - Adolf Schmidt - Prof. Dr. Franz Paul Schneider - Rolf von Schoen - Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl - Prof. Dr. Rudolf Schottlaender - Prof. Dr. L. Schücking - Hermann Schwann - Dr. Ernst Schwarz - Prof. Dr. Dr. H. Schweigart - Richard E. Sperber - Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg - Heinrich Steege - Prof. Dr. Karl Stoevesandt - Prof. D. Hermann Strathmann - Herbert Stubenrauch - Stephen Swingler, M. P. - Dr. Ruth Tangemann - Dr. Hans-Joachim Tepe - Reinhard Tietz - P. A. Timberlake - Dr. Ing. Jan Friedrich Tönnies - Hellmut Traub - Prof. Dr. Gregori Tunkin - Prof. D. Heinrich Vogel - William Warbey M. P. - Philipp Wehr, MdB † - Johannes Weidenheim - Günther Weisenborn - Prof. Dr. Leo Weismantel - Prof. Dr. Aloys Wenzl - Hans Wirtz - Botschafter Dr. Zairin Zain - Konni Zilliacus, M. P. - Prof. Dr. Ernst Zinner - Anton Zischka.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 2. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 2,— DM, zuzüglich 0,15 DM Porto oder 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.